

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 2. Juni 1924.

Der 25. Todestag Johann Strauß! Anlässlich der 25. Wiederkehr des Todestages von Johann Strauß legte heute Stadtrat Richter im Namen der Gemeinde Wien einen Kranz auf dem Grabe Johann Strauß' auf dem Zentralfriedhof nieder. Der prächtige Kranz ist mit Schleifen in den Farben der Stadt Wien geschmückt und trägt die Inschrift: „Die Stadt Wien, Ihrem geliebten Sohn.“

Die Gerüchte wegen des neuen Strassenbahnfahrpreises. In der Strassenbahnerversammlung am Samstag behauptete ein Vertrauensmann, daß bereits Karten zu dem künftigen Zweitausendkronentarif gedruckt vorrätig liegen. Die Rathauskorrespondenz ist ermächtigt, demgegenüber zu erklären, daß es vollständig unrichtig ist, daß seitens der Strassenbahndirektion eine Tarif-^{erhöhung} ^{bereitet} wird und ^{dass} sich die Fahrscheine ^{eines neuen} Normal-^{tarifes} ^{bereits} in Druck befinden. Es werden vielmehr die Fahrscheine nach wie vor zu den gegenwärtig bestehenden Tarifansätzen bestellt und gedruckt und erst vor kurzem sind Bestellungen auf Fahrscheine mit dem Aufdruck des geltenden 1700 Kronenpreises erfolgt.

Jubilare der Ehe. Vorige Woche überreichte Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters dem goldenen Hochzeitspaare Ferdinand und Franziska Wünsch, XII., Bendlgasse 20, die Ehrung der Gemeinde Wien.

150 Wiener Kinder in Bad Aussee. Montag, den 2. Juni wurde das Alpenheim in Bad Aussee als Kinderheim des Wiener Jugendhilfswerks eröffnet. Das Haus diente früher als Kaltwasserheilanstalt. Diese Tage sind bereits 150 erholungsbedürftige Kinder des städtischen Jugendamtes unter Leitung der Fürsorgerinnen Plan und Wilhelm zum fünfwöchentlichen Aufenthalt abgereist. Die Kosten für die Unterbringung dieser Kinder zahlt die Gemeinde Wien. Diesem Kindertransport werden im Laufe des Sommers noch zwei weitere folgen.

Die Gefahren des Wildbadens. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Unglücksfälle, die sich alljährlich durch das Baden außerhalb der Badeanstalten ereignen, sieht sich der Magistrat veranlasst, die Bevölkerung vor dem sogenannten „Wildbaden“ wegen der damit verbundenen großen Gefahren eindringlich zu warnen und macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß es im Gebiete der Alten Donau, sowie in allen Wasserausständen des XXI. Bezirkes und im Bereiche des Kuchelauer Hafens verboten ist.

Der Fuhrwerksverkehr über die Rotundenbrücke für vier Wochen gesperrt. Von Mittwoch, den 4. Juni 7 Uhr früh an bleibt die Fahrbahn der Rotundenbrücke wegen Ausführung von Instandsetzungsarbeiten auf die Dauer von ungefähr vier Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. Der Fußgänger und der Strassenbahnverkehr bleiben aufrecht.

RATHAUSKORRESPONDENZ.

~~~~~

Herausgeber und verantw. Redakteur:

Karl H O N A Y .

Wien, Montag den 2. Juni 1924. Abendausgabe.

Bürgermeister Seitz über das Attentat gegen den Bundeskanzler. In der gestrigen Volksversammlung seines Wahlkreises, in Floridsdorf, in der Bürgermeister Seitz über den Zolllarif referierte, kam er zunächst auf das Attentat gegen den Bundeskanzler zu sprechen. Der Bürgermeister sagte: „Es gibt wohl niemand in ganz Wien, der diesen Anschlag nicht sowohl vom rein persönlichen wie vom sachlich politischen Standpunkt aus verurteilen und beklagen würde. Die Sozialdemokratie trennt von Seipel in kulturpolitischen, in ökonomischen, sozialen und staatsrechtlichen Fragen eine breite Kluft, die sich in jeder Frage der inneren und äusseren Politik aufs neue eröffnet. Aber das hat die Sozialdemokraten nie gehindert, an dem Bundeskanzler seine persönliche Selbstlosigkeit, seine Zielklarheit und die ausserordentlichen Fähigkeiten anzuerkennen, mit denen er seiner Partei voranleuchtet. Es ist eine alte Erfahrung, dass intellektuelle und moralische Mängel eines Gegners für die Dauer kein Vorteil sind. Wenn man in Oesterreich lernen könnte, dass auch die Zuspitzung der Politik - gleichgültig, ob sie sich in der Form des Lobes der Freunde oder des Tadels der Feinde äussert - immer ein Fehler ist, so würde diese Erkenntnis die ohnehin in den sachlichen Fragen so schwierige Politik der Republik wesentlich erleichtern. Krankhafte und zur Gewaltätigkeit neigende Menschen entzünden ihre Leidenschaften an den sogenannten Führern im öffentlichen Leben. Wie vor Jahren unser Freund Schuhmeier einem Manne zum Opfer fiel, der in ihm die Inkarnation seiner politischen <sup>Gegner</sup> sah, so wendet sich die Aufmerksamkeit abnormaler Desperados den Persönlichkeiten zu, die im Vordergrund des politischen Lebens stehen. Schon von diesem Gesichtspunkt aus ist es unser aller Pflicht, die grossen Massen, die durch den Krieg und den Umsturz politisch interessiert worden sind, zu schulen, und die Aufgeregten und von der Gewalt Hypnotisierten von dem unglückseligen Gedanken abzubringen, dass Mittel der Gewalt und vor allem das furchtbare Mittel des politischen Mordes in der Republik und in der Demokratie einen Platz haben können. Gerade Wien leidet schwer unter dem Missverstehen des Auslandes, unter den Uebertrübungen, mit denen in der Auslandspresse Wiener Ereignisse dargestellt werden, als ob man Aehnliches nicht auch in anderen Millionenstädten verzeichnen könnte, ohne dass man daraus verallgemeinernde Schlüsse zöge. Einige Selbstmorde in Wien und wir haben eine Selbstmordepidemie, jeder Streik, jede Demonstration wird aufgebauscht, jede zerschlagene Fensterscheibe zum politischen Ereignis gestempelt. Umsomehr ist es Pflicht aller Parteien, dieses grosse Erziehungswerk der Demokratie und der Selbstbeherrschung zu vollbringen. Wir können nur wünschen und hoffen, dass Dr. Seipel ehestens geneset und dass die allgemeine Verurteilung des Attentates die beiden grossen Parteien, je schroffer sie in den sachlichen Fragen einander gegenüber stehen, in dem Streben zusammenführe, die Kämpfe unpersönlich und objektiv auszutragen und alle Mittel der Gewalt auszuschalten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl Honay

Wien, Dienstag, den 3. Juni 1924.

Die Preise der Stadt Wien für bildende Kunst. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates berichtete Bürgermeister Seitz über die Zuerkennung von Künstlerpreisen für bildende Kunst. Der Bürgermeister teilte mit, daß das Preisrichterkollegium die eingereichten Arbeiten eingehend überprüft hat. Auf Grund dieser Ueberprüfung und der Besichtigung von Werken einer großen Zahl von Künstlern, die zum Teil eingereicht, aber ihre Arbeiten nicht eingesandt hatten, zum Teil an der Bewerbung sich überhaupt nicht beteiligten und der Begehung mehrerer öffentlicher Kunstausstellungen hat das Preisrichterkollegium dem Stadtsenat vorgeschlagen, die Maler Albert Janesch, Oskar Larsen, und Bartholomäus Stefferl, sowie die Bildhauer Wilhelm Frass, Otto Hofner und Karl Philipp mit je einem der mit zehn Millionen Kronen dotierten Künstlerpreise der Stadt Wien auszuzeichnen. Der Stadtsenat hat diesen Vorschlägen zugestimmt.

Die Preisrichter haben, den jungen Maler Stefferl ausgenommen, für die übrigen fünf Preise Maler und Bildhauer gewählt, die bereits seit längerer Zeit als fertige Künstler wirken und zahlreiche Arbeiten geschaffen haben, ohne jedoch von der Allgemeinheit anerkannt worden zu sein. So hat Oskar Larsen in der diesjährigen Aquarellistenausstellung des Künstlerhauses einen Zyklus von zwölf Aquarellen großen Formats mit alttestamentarischen Darstellungen ausgestellt, die sowohl hinsichtlich der Komposition und Bewegung, wie auch der koloristischen Behandlung von hervorragender Qualität waren. Albert Janesch ist in der gegenwärtigen Frühjahrsausstellung mit vier Bildern vertreten, von denen ein Damenporträt zu den besten Arbeiten gezählt werden kann. Von Wilhelm Frass enthielt die kürzlich geschlossene Ausstellung der Sezession einige sehr bemerkenswerte Plastiken in Marmor, von denen besonders ein weiblicher Torso zu erwähnen ist. Die figuralen Arbeiten Otto Hofners waren schon vor einiger Zeit im Künstlerhaus ausgestellt, wo sie den Widerstreit der Meinungen erregten, das Talent des Künstlers aber auch unzweifelhaft erwiesen. Bildhauer Karl Philipp hat das Stifterdenkmal geschaffen.

Wohnungsverkauf. Das Bezirksgericht Ottakring beschäftigte sich am Montag mit einer Anzeige wegen Wohnungsverkaufes. Der Inhaber einer aus Zimmer,

Kabinett und Küche bestehenden Wohnung in der Brunnesgasse, hatte durch Vermittlung seine Wohnung um den Preis von vierzig Millionen Kronen gegen sofortigen Barerlag der Summe angeboten. Der Vorsitzende der Mietkommission, Landesgerichtsrat Dr. Federmann verurteilte den Verkäufer zu drei Millionen Kronen Geldstrafe und drei Wochen Arrest, den Vermittler zu einer Million Kronen Geldstrafe und einer Woche Arrest.

Spenden für die städtischen Sammlungen der Gemeinde Wien. Der amtsführende Stadtrat Richter hat für die städtischen Sammlungen die Autographe der Kompositionen „Der Harfenspieler“ und „Ade“ von Alfred Julius Becher gespendet. (Alfred Julius Becher ist 45 Jahre alt, am 23. November 1848 wegen Teilnahme an der Revolution in Wien erschossen worden. Er war ursprünglich Advokat, wandte sich <sup>später</sup> aber musikalischen Studien zu, wurde Lehrer für Harmonie an der königlichen Musikakademie in London und kehrte dann nach Wien zurück. Hier erwarb er sich rasch <sup>durch</sup> seine Musikkritiken großes Ansehen.)

Ferner hat Frau Karoline Stelzer ein Oelgemälde von del Zopp, das ihren Gatten, dem bekannten Schauspieler am Theater a.d. Wien Sebastian Stelzer darstellt, für die städtischen Sammlungen gespendet.

Sitzung des Stadtsenates. Freitag um 10 Uhr vormittags findet eine Sitzung des Wiener Stadtsenates statt.

Größere Spende für das Wiener Jugendhilfswerk. Anlässlich der Kinderrettungswoche hat das Bankhaus S.M. Rothschild für das Wiener Jugendhilfswerk fünfzig Millionen Kronen gespendet.

Die Gesundheits- und Sterbeverhältnisse in Wien im Monat April. Nach einem in der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte erstatteten Berichte hat der Krankenstand in Wien im Monate April trotz der ungünstigen Witterung abgenommen. Sowohl die Grippefälle, wie alle anderen Infektionskrankheiten sank <sup>en</sup> im Berichtsmonate und zwar gab es, die Grippefälle mit eingerechnet 990 Infektionskrankheiten (im Vormonat 1355) und die Grippefälle nicht <sup>mit</sup> eingerechnet 833 Infektionskrankheiten (im Vormonat 980). Die Sterblichkeit der Wiener Bevölkerung betrug im Berichtsmonate 2373 und war damit um 165 Fälle geringer als im Vormonat und um 148 Fälle geringer als im April des Jahres 1923.

Fälschung von Kinokarten zur Hinterziehung der Lustbarkeitsabgabe.

Vor dem Einzelrichter des Landesgerichtes für Strafsachen I hatte sich vor kurzem der Geschäftsführer des Schottenfelder Kinos Karl Puscha wegen eines eigenartigen Deliktes zu verantworten. Er war wegen Verbrechen des Betruges angeklagt, weil er die Eintrittskarten in das Kino, die aus einem früheren Jahrgange stammten, mit einer <sup>von ihm</sup> selbst hergestellten Perforierung versehen und diese Karten an Stelle der von der Gemeinde Wien perforierten ausgegeben. Dadurch wurde nicht bloß die Kinobesitzerin um den Betrag von 770.000 Kronen, sondern auch die Gemeinde Wien um die Lustbarkeitssteuer im Betrage von 230.000 Kronen geschädigt. <sup>bedingt</sup> Karl Puscha wurde zu zwei Monaten strengen Arrest, zur Zahlung der 230.000 K an die Gemeinde Wien und zur Zahlung der <sup>Prozeß-</sup> <sup>von ihm</sup> <sup>Prozeß-</sup> <sup>kosten</sup> verurteilt, wobei das Gericht die von der Gemeinde Wien perforierten Karten als eine öffentliche Urkunde bezeichnete. Die bedingte Verurteilung <sup>und seiner</sup> <sup>bisherigen</sup> Unbescholtenheit, sowie <sup>wegen</sup> der Schadensgutmachung ausgesprochen worden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 3. Juni 1924. Vormittagsausgabe!

.....  
Die Kundgebung des Stadtsenats zum Attentat auf den Bundeskanzler.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenats gedachte Bürgermeister Seitz des Attentates auf den Bundeskanzler. Er glaube im Sinne aller Mitglieder des Stadtsenats und des gesamten Gemeinderates gehandelt zu haben, wenn er sofort nach dem Bekanntwerden des Anschlages dem Bundeskanzler seine Teilnahme durch einen persönlichen Besuch bekundet und der allgemeinen Verurteilung dieser Tat Ausdruck gegeben hat. Wir alle hören, sagte der Bürgermeister, mit Freude, daß das heutige Morgenbulletin weit günstiger lautet und hoffen, daß diese Besserung im Befinden des Patienten rasch fortschreitet.

Bürgermeister Seitz begrüßte auch den nach langer Krankheit wieder erschienenen Stadtrat Karl Rummelhardt.

.....

Wien, Mittwoch, den 4. Juni 1924.

Die Kompetenzen bei Gewerbeangelegenheiten der Gesellschaften. Nach der Geschäftseinteilung des Magistrats sind die Gewerbeangelegenheiten nahezu aller Gesellschaften zentral von der Magistratsabteilung 53 zu behandeln. Nun hat während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Vergesellschaftung der Gewerbebetriebe in immer größerem Maße zugenommen. Da sich hieraus und mit Rücksicht auf die sonstigen Aufgaben der Gewerbeabteilung, insbesondere die ihr obliegende Lösung aller prinzipiellen Gewerbrechtsfragen eine allzustarke Belastung der Abteilung ergab, hat der Bürgermeister mit Genehmigung des Stadtsenates verfügt, daß vom 1. Juni an die Gewerbeangelegenheiten der Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem Stammkapital unter zwei Millionen Kronen von den magistratischen Bezirksämtern zu behandeln sind.

Die Ferien und Einschreibungen an den Volks- und Bürgerschulen. Der letzte stundenplanmäßige Unterricht findet Freitag, den 4. Juli 1924 statt. Die Schülereinschreibungen sind Donnerstag, den 26. Juni und Freitag, den 27. Juni, nachmittags zwischen um 2 und 4 Uhr vorzunehmen. Zur Einschreibung ist der Tauf- oder Geburtsschein des Kindes, ein Heimatsnachweis und bei geimpften Kindern das Impfzeugnis mitzubringen. Ansuchen um Altersnachsicht für solche Kinder, die das sechste Lebensjahr bis längstens

15. Jänner 1925 erreichen, sind vom Tage der Verlautbarung dieses Erlasses bis längstens zum 21. Juni l. J. beim Ortsschulrate (bzw. für Privatschulen) in der Kanzlei des Bezirksschulinspektors einzubringen. Die Einschreibung jener Schüler, die eine öffentliche Volksschule in Wien nicht besucht haben, in die Bürgerschule ist am 15. September zwischen 8 und 11 Uhr vormittags vorzunehmen. Die Anmeldungen für den einjährigen Lehrkurs der Bürgerschulen (vierte Bürgerschulklasse) werden am 19. und 20. September in den Kanzleien der in Betracht kommenden Bürgerschulen entgegengenommen. Mündliche oder schriftliche Ansuchen der Eltern um Befreiung ihres Kindes vom Unterricht in einzelnen Gegenständen (§§ 27 und 201 der def. Schul- und Unterrichtsordnung) oder vom gesamten Unterrichte wegen eines geistigen oder schweren körperlichen Gebrechens (§ 26 der def. Schul- und Unterrichtsordnung) sind an den Tagen der Einschreibung von den Schulleitungen entgegenzunehmen. Am Samstag, den 5. Juli findet in sämtlichen Schulen Wiens um um 9 Uhr vormittags die Zeugnisverteilung statt. Am 15. September haben sich alle Schüler um 9 Uhr vormittags zur Einteilung in die Klassen und zur Empfangnahme der Lernmittel in ihren Schulen einzufinden. Am 16. September beginnt um 8 Uhr früh der regelmäßige Unterricht. Die einjährigen Lehrkurse beginnen den Unterricht am Montag, den 22. September, um 8 Uhr früh.

Die Aufnahme in die städtische Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen.

An der städtischen Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen, VII., Burggasse 14 (Eingang: Faßziehergasse 3), wird im Studienjahre 1924/25 wieder ein erster Jahrgang eröffnet. Zur Aufnahme sind erforderlich: a) das bei Beginn des Schuljahres zurückgelegte 16. Lebensjahr; Altersdispensen sind unzulässig; b) sittliche Unbescholtenheit und körperliche Eignung zum Erziehungsberufe; c) die zur Aufnahme in die Lehrerinnenbildungsanstalt vorgeschriebene Vorbildung; d) jene Fertigkeit in den weiblichen Handarbeiten, wie sie dem Lehrziele der Bürgerschule entspricht; e) musikalisches Gehör und eine gute Singstimme.

Die Bedingungen unter c) und e) sind durch eine Aufnahmeprüfung zu erproben, die unter d) ist durch Vorlage selbstangefertigter weiblicher Handarbeiten nachzuweisen. Das Schulgeld beträgt für inländische Zöglinge 200.000 Kronen, für ausländische Zöglinge 300.000 Kronen (zahlbar in zehn Monatsraten).

Anmeldungen werden im städtischen Kindergarten VII., Faßziehergasse 3, entgegengenommen.

Das Schuljahr beginnt am 15. September 1924. An diesem Tage finden auch die Aufnahmeprüfungen (Taxe 5000 K) statt.

Drei tausend Kinder aufs Land - der Erfolg der Kinderrettungswoche. Obwohl noch fortgesetzt Spenden für die Kinderrettungswoche einlaufen, und insbesondere die Beiträge einzelner Banken noch ausstehen, kann man heute schon das Ergebnis der Kinderrettungswoche des Wiener Jugendhilfswerks als einen großen die gesamte Bevölkerung ehrenden Erfolg bezeichnen: Es beträgt 2.026.000.000 Kronen. Die Häusersammlung erreichte 1.777.231.500 K und hat in allen Bezirken mit Ausnahme des I., III. und VIII. Bezirkes die im Vorjahre gesammelten Summen <sup>bedeutend</sup> übertroffen. Die Ergebnisse der einzelnen Bezirke einschließlich der Kirchensammlungen betragen bis 3. Juni, in Millionen: I. Bezirk: 86, (im Vorjahre 125), II., 137 (105), III., 110 (127), IV. 78 (64), V. 106 (74), VI. 72 (61), VII. 80 (56), VIII. 45 (49), IX. 119 (112), X. 82 (67), XI. 35 (20), XII. 80 (62), XIII. 133 (95), XIV. 71 (54), XV. 49 (40), XVI. 106 (85), XVII. 82 (57), XVIII. 77 (43), XIX. 76 (58), XX. 71 (48) und XXI. Bezirk 76 (im Vorjahre 55).

An Einzelspenden sind hervorzuheben die Länderbank mit 50, das Bankhaus S.M. Rothschild mit 50 und das Bankhaus Gebr. Gutmann mit 10 Millionen Kronen. Die Beiträge der Anglo-Austrian-Bank, der n.ö. Eskomptegesellschaft, der Bodenkreditanstalt, der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, der Unionbank, des Wiener Bankvereines, der Mercurbank, der Verkehrsbank, die im Vorjahre namhafte Beträge zeichneten, sind noch ausständig.

Mit dem eingegangenen Betrage kann das Wiener Jugendhilfswerk über 3000 Freiplätze an erholungsbedürftige Kinder gewähren. Die Freiplätze werden nur auf Grund eines Mittellosigkeitszeugnisses an die Erholungs- und Fürsorgeorganisationen verliehen.

Der große Erfolg der Kinderrettungswoche, dank dem es möglich ist, 3000 der ärmsten Kinder die Segnung eines Landaufenthaltes zu verschaffen, ist vor allem der Opferwilligkeit der <sup>ganzen</sup> Bevölkerung zu danken, dann aber auch der regen Mitarbeit der Fürsorgeinstitute und Hausbesorger aller Parteien, die neben dem schönen Sammlungsergebnis noch einen andern Erfolg hatte, daß die Spesen für die Kinderrettungswoche trotz der umfassenden Werbetätigkeit nicht mehr als bloß vier Prozent betragen, also außerordentlich gering sind. Allen, die mitgewirkt und in der Zeit der schweren Wirtschaftskrise gespendet haben, gebührt der wärmste Dank.

Wien, Donnerstag, den 5. Juni 1924.

Eröffnung eines Lehrlingsheimes durch den Fortbildungsschulrat in Wien.

Der Fortbildungsschulrat in Wien hat am 1. Juni ein Lehrlingsheim in Margareten, Siebenbrunnengasse 37, eröffnet. Es bietet für vierzig Lehrlinge Unterkunft, so daß der Fortbildungsschulrat nun in der Lage ist, mit dem schon bestehenden Lehrlingsheim in der Badgasse, 120 Lehrlinge unterbringen zu können. Das Heim ist im rückwärtigen Teile der ehemaligen Landwehrkaserne derart untergebracht, daß die Schlafräume vom Tagraum vollständig abgetrennt sind. Auf der einen Seite befinden sich die Verwaltungskanzlei, die Küche, der Speiseraum, ein Krankenzimmer, ein Wäschedepot und ein Zimmer für die Köchin und die Küchenhilfskraft. Im Vorraume sind Regale zum Ablegen für die Kleider angebracht. Speiseraum, Vorraum und Kanzlei sind mit Bildern geschmückt, die von Lehrlingen der Buchdruckerschule angefertigt wurden. Im gegenüberliegenden Trakt befinden sich zwei große und ein kleiner Schlafsaal, die Wohnung für den Verwalter und ein Waschraum. Die Schlafsäle sind durchwegs in weiß gehalten und machen einen überaus anheimelnden Eindruck. Jeder Heimzögling hat neben seinem Bett ein Nachtkästchen und außerdem einen Schrankabteil für seine Kleider zur Verfügung.

Mit der Leitung des Heims ist ein Verwalter betraut, dem eine Köchin, eine Küchenhilfskraft, sowie zwei Aufseher zur Seite stehen. Die Kosten für die Adaptierung der Räumlichkeiten und für die gesamte Inneneinrichtung beliefen sich auf rund 450 Millionen Kronen.

Bei der kürzlich erfolgten Besichtigung, an der in Vertretung des Bürgermeisters, der amtsführende Stadtrat Herr Professor Dr. Tandler, der Obmann des Fürsorgeinstitutes Margareten Bürgerschuldirektor Drögl, Magistratsrat Dr. Starczikofsky, der Direktor der Unionbaugesellschaft

Dr. Löffler, die Chefärzte Hofrat Dr. Winter und Dr. Wielsch, der Leiter des magistratischen Bezirksamtes Margareten Magistratsrat Dr. Groll und die Fortbildungsschulratsmitglieder Baurat Barousch, Gemeinderat Beisser, Fabrikbesitzer Fehlinger, Sekretär Feldmann, Genossenschaftsvorsteher Fischer, Bürgerschuldirektor Halmschlager, Oberlehrerin Koppätz, Sekretär Marianek, Dr. Rager, Gemeinderat Täubler, Genossenschaftsvorsteher Wolf und Gehilfenobmann Schubert teilnahmen, begründete der Obmann des Fortbildungsschulrates Nationalrat Widholz, die Notwendigkeit der Errichtung von Lehrlingsheimen. Er wies darauf hin, daß in Wien für rund 1500 Lehrlinge vorgesorgt werden müsste und daß es daher noch vieler Anstrengungen bedürfe, bis dieses Ziel erreicht sein werde. Er gab gleichzeitig das Versprechen, daß der Fortbildungsschulrat in dieser Richtung weiter arbeiten werde, daß es ihm aber mangels der verfügbaren Geldmittel kaum möglich sein dürfte, das begonnene Werk allein durchzuführen. Nur für den Fall, daß sich die Gemeinde Wien und die Arbeiterkammer zur Mithilfe entschließen, könne an eine erfolgreiche Weiterarbeit gedacht werden.

Bei dem darauffolgenden Rundgang gaben die Anwesenden ihrer Genugtuung über die zweckentsprechende Einrichtung des Heimes unverhohlenen Ausdruck.

Am Sonntag, den 1. Juni bezogen die ersten Lehrlinge, 24 an der Zahl, das Heim, durchwegs Waisen, für deren Kostgeldbeitrag, der derzeit 15.000 Kronen pro Tag beträgt, die Gemeinde Wien aufkommt.

Provisorische Sperrung des Kobingersteges. Der Kobingersteg über den Wienfluß im XII. Bezirk wird infolge notwendiger Instandsetzungsarbeiten ab 10. Juni auf die Dauer von vier Wochen für den Fußgängerverkehr gesperrt.

Der Strassenbahnfahrpreis am Pfingstmontag. Am Montag, den 9. Juni (Pfingstmontag) gilt auf den städtischen Strassenbahnen der Sonntagsfahrpreis. Es haben demnach an diesem Tage die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten, sowie die Fürsorgefahrtscheine keine Giltigkeit.

Firmlingsverkehr mit Kraftstellwagen. Am Pfingstsonntag und Pfingstmontag verkehren von 8 bis 10 Uhr vormittags Kraftstellwagen vom Südbahnhof zum Stefansplatz. Zwischen Stefansplatz und Praterstern wird von 9 bis 11 und von 13 bis 16 Uhr ein Fendelverkehr eingerichtet.

Jubilare der Ehe. Diese Woche überreichte Stadtrat Speiser in Vertretung des Bürgermeisters den goldenen Hochzeitspaaren Wenzel und Karoline Plevka, XIX., Heiligenstädterstrasse 157 und Georg und Antonia Werner, VIII., Plaristengasse 16 die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Bekanntmachung öffentlicher Fürsorgestellen in den Häusern Wiens. Der Wiener Magistrat gibt jetzt Verzeichnisse über die in den einzelnen Wiener Gemeindebezirken bestehenden Fürsorgestellen heraus, um hiemit der Wiener Bevölkerung einen Wegweiser in allen Fürsorgeangelegenheiten zu geben. Diese Bekanntmachungen werden im Wege der Wiener Fürsorgeinstitute an die Hausbesorger verteilt, um an einer geeigneten Stelle im Hause angebracht zu werden. Auf diesen Verzeichnissen sind der für das Haus zuständige Fürsorgerat und der städtische Arzt, wie auch das Fürsorgeinstitut, das Bezirksjugendamt und sonstige Fürsorgeeinrichtungen im Bezirke, wie auch zentrale Fürsorgestellen unter Angabe des Amtssitzes und der Sprechstunden verlaublich. Der Wiener Bevölkerung wird dadurch vom städtischen Wohlfahrtsamte die Gelegenheit geboten, in jedem Hause die städtischen Fürsorgestellen zu erfahren, um eine Fürsorgehilfe bei der zuständigen Stelle anstreben zu können.

Anbotsverhandlung wegen Vergebung der Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten anlässlich des Neubaus des Magazins- Werkstätten- Kanzleihauses IX., Höfergasse. Anlässlich des Neubaus des Magazins-Werkstätten-Kanzleihauses, IX., Höfergasse 8-10, im Jahre 1924/25 wird wegen Vergebung der Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke IX., Mariannengasse 4, am Freitag, den 20. Juni um 9 Uhr vormittags eine öffentliche schriftliche Anbotsverhandlung abgehalten werden. Bewerber um diese Herstellungen können die besonderen und allgemeinen Bedingungen, Pläne, Kostenanschlag und diese Kundmachung bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke an Werktagen von 9 bis 2 Uhr nachmittags (Abteilung für Hochbau) einsehen; allgemeine und besondere Bedingungen, sowie der Kostenanschlag und Pläne können bei der Hauptkassa daselbst während der Kassastunden (9 bis 1 Uhr) zum Preise von 75.000 Kronen pro Parie für Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten bezogen werden. Die Angebote sind in Form eines an die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke, IX., Mariannengasse 4, gerichteten, stempelfreien Geschäftsbriefes zu verfassen, vom Bewerber eigenhändig zu unterfertigen und vor Eintritt der für den Beginn der Anbotsverhandlung anberaumten Stunde unter verschlossenem Umschlage, welcher außen mit einer den Gegenstand des Angebotes kennzeichnenden Aufschrift versehen ist, bei der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke zu überreichen. In dem Kostenanschlage sind die Preise vom Anbotsteller einzusetzen und die besonderen Bedingungen nach aufliegenden Exemplaren zu ergänzen. Von einem Kautionserlage wird abgesehen, hingegen der Gemeinde Wien das Recht vorbehalten, vom Ersteher fünf Prozent der Verdienstsumme als Sicherheit zurückzubehalten, welcher Betrag dann der Gemeinde Wien im Sinne der Bedingungen als Pfand für die vertragsmäßige Erfüllung der übernommenen Leistungen des Ersehers haftet. Jeder Bewerber ist bis zur Entscheidung der Gemeinde Wien über sein Anbot an dasselbe gebunden. Auf verspätet einlangende oder nicht vorschriftsmäßig ausgestattete Angebote wird keine Rücksicht genommen. Der Gemeinde Wien bleibt die Genehmigung des Ergebnisses der Anbotsverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter sämtlichen Bewerbern, aber auch die Ablehnung aller Angebote und die Einleitung jeder weiteren Maßnahme vorbehalten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 6. Juni 1924.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 6. Juni 1924.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung und hält, während sich die Mitglieder des Gemeinderates erheben, folgende Ansprache:

Ich glaube im Sinne des gesamten Gemeinderates zu handeln, wenn ich sage, daß wir uns den Kundgebungen anschließen, die in den zunächst betroffenen parlamentarischen Körperschaften aus Anlaß des Attentates auf den Bundeskanzler beschlossen wurden. Auch der Wiener Gemeinderat bedauert den Anschlag aufs tiefste. Wir erwarten und hoffen, daß die Genung des Bundeskanzlers, über die wir heute mittags wieder günstige Nachrichten erhalten haben, stetig fortschreite und daß er ehestens wieder hergestellt werde. Ich erbitte mir die Ermächtigung des Gemeinderates, den Bundeskanzler von dieser Kundgebung zu verständigen. (Zustimmung auf allen Seiten des Hauses).

Der Bürgermeister gibt nun bekannt, daß die Vorlage über die Erbauung eines Theatersaales im Lainzer Versorgungshaus von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Es wird sofort die Betriebsverlängerung der Strassenbahnen und die Gehaltsregulierung der Bediensteten verhandelt. Ueber die Betriebsverlängerung referiert Vizebürgermeister Emmerling, der die schon mitgeteilten Linien anführt, die vom 2. Juni an bis 12 Uhr nachts betrieben werden. Der Referent teilt dann weiters mit, daß durch die Ausdehnung der Betriebsstunden der Bahnhofrundverkehr erst später aufgenommen werden wird und auch der Kraftstellwagenverkehr entscheidend beeinflusst werden dürfte. Es ist als sicher anzunehmen, daß ein großer Teil der Passagiere des Kraftstellwagens nunmehr die Strassenbahn benützen werden. Der Kraftstellwagenverkehr, der bis jetzt bis 2 Uhr früh geführt wurde, wird dann bis 3 Uhr betrieben. In den letzten Monaten haben sich die Verhältnisse bei den Strassenbahnen wesentlich geändert. Es wurde in erster Linie auf die Leute, die in den Morgenstunden fahren müssen, Rücksicht genommen. So sind zwischen  $\frac{1}{2}$  8 Uhr 8 Uhr früh, der Zeit des größten Verkehrs, nicht weniger als 2700 Wagen im Betrieb. Im Laufe des Vormittags sinkt diese Zahl dann auf die Hälfte herunter und gegen 11 Uhr vormittags beginnt sie wieder zu steigen. Gegen 6 Uhr abends ist wieder ein Spitzenverkehr zu verzeichnen, der aber den Frühverkehr nicht mehr erreicht, da nurmehr 2500 Wagen verkehren. Nach den letzten Berechnungen wird die Strassenbahn jährlich 500 Millionen Menschen befördern. Vor dem Krieg betrug die Zahl der Strassenbahnfahrgäste nur 340 Millionen. Es ist richtig, daß noch mehr Wagen in den Verkehr gebracht werden können, aber ebenso richtig ist es auch, daß erst durch die elektrische Stadtbahn eine wesentliche Erleichterung für die Bevölkerung eintreten wird. Leider sind durch die langen Verhandlungen viele kostbare Monate nutzlos vergangen, es wird aber alles daran gesetzt, um die Stadtbahn so rasch als möglich der Wiener Bevölkerung zugänglich zu machen. (Beifall).

Bürgermeister Seitz schlägt nun vor, daß sofort über die Bezugsregulierung der Bediensteten der Strassenbahn referiert werden soll. Der Gemeinderat stimmt zu und der Referent

StR. Speiser führt aus: Die Bezugserhöhung der Strassenbahner, die heute beschlossen werden soll, beträgt für den einzelnen Bediensteten durchschnittlich 200.000 Kronen monatlich. Gegenwärtig stellt sich der Durchschnittsbezug eines Strassenbahners auf etwa 2,072.000 Kronen monatlich. Das ist aber der Grundbezug. Dazu kommen noch die Gebühren für Ueberstundenleistungen und Extradienste, so daß sich der genannte Bezug nur für die 48stündige Arbeitswoche ergibt. Der Strassenbahnbetrieb hat nämlich am Sonn- und Feiertagen und anlässlich sportlicher Ereignisse Spitzenleistungen zu verzeichnen, die nur dann bewältigt werden können, wenn die Bediensteten gewisse Mehrdienstleistungen auf sich nehmen. Dies trifft auch auf den Frühverkehr zu und auch die Verlängerung des Nachtverkehrs ist nur möglich, wenn die Bediensteten solche Mehrdienstleistungen auf sich nehmen.

Redner möchte schließlich darauf hinweisen, daß <sup>nur</sup> zufälligerweise die Verhandlungen über die neuen Lohnverhältnisse und die über die Einrichtungen des Betriebes zur Herstellung des 12 Uhr Abendschlusses zusammenfielen. Dem Gemeinderat seien nur jene Anträge vorzulegen, die die Bezahlung der Strassenbahner und nicht diejenigen, die die Vereinbarungen innerhalb des geschlossenen Arbeitsvertrages betreffen, Redner bittet schliesslich diesen Gehaltserhöhungen zuzustimmen.

GR. Rotter (chr. soz.) bespricht zunächst die Ueberfüllung auf den Strassenbahnen, die mit der Behauptung des Referenten, daß man sich dem Friedensverkehr nähere, im Widerspruch stehe. Während die Frequenz der Strassenbahnen um 50 Prozent zugenommen hat, ist die Wagenkilometerleistung nur um 18 Prozent gestiegen. Wenn die Gemeindeverwaltung ihre Hoffnungen auf den Stadtbahnverkehr setzt, so wird sie darin enttäuscht werden. Der Stadtbahnverkehr hat vor dem <sup>Trien</sup>riege, im Jahre 1914, kaum 45 Millionen Passagiere <sup>erreicht</sup>, umfasste also nur einen unbedeutenden Teil von Fahrgästen. Schließlich bespricht Redner die Verlängerung auf den einzelnen Linien und meint, daß die Ueberfüllung der Strassenbahnen auch auf ihre Bilanz einen ungünstigen Einfluß ausübe. So geschehe es manchmal, daß den Arbeitern der ganze Tag bezahlt, daß aber schon zu Mittag Feierabend gemacht wird, weil die geehrten Arbeiter zu irgendeiner Parade kommandiert werden. Es wird eben am unrechten <sup>Platz</sup> gespart und ausgegeben.

GR. Lehninger (chr. soz.) befasst sich insbesondere mit den Lohnerhöhungen. Die Strassenbahner sind <sup>zu</sup> intelligent, um sich nicht gegen die Verlängerung des Betriebes in einer Großstadt zu wehren, <sup>aber</sup> sie wehren sich nur dagegen, daß man diese Verlängerung auf Kosten der Bediensteten durchführt. Die Aufbesserung ist bei den bestbezahlten Strassenbahnern höchstens 202400 Kronen im Monat. Das ist eine sehr bescheidene Erhöhung, besonders wenn man die große Rentabilität der Strassenbahnen ins Auge fasst. Die Strassenbahner waren in der letzten Zeit gezwungen, bis 13 Stunden Dienst zu machen und monatlang keinen freien Tag zu haben, um das Notwendige für das Leben zu verdienen. Der Beschluß der Gemeindeverwaltung, daß man nur mit der Organisation verhandelt, welche über die Mehrheit verfügt <sup>nur</sup> und mit dem Handels- und Transportarbeiterverband zu verhandeln, ist schon aus dem Grunde zu verwerfen, weil dieser Verband an Altersschwäche leidet und zersetzt ist und schon lange nicht mehr die Mehrheit der Strassenbahner bei sich hat. Die Strassenbahner sind kein Parteistitut. Die Zusammensetzung der Personalvertretungen ist nicht demokratisch. Redner führt aus den statistischen <sup>Mitteilungen</sup> in

der Arbeiterkammer einige Kategorien von Arbeitern an, die weitaus nicht die Verantwortung der Strassenbahner haben, aber trotzdem höhere Löhne beziehen. Dabei hat der Strassenbahner weitaus mehr Arbeit zu leisten und ist vielfach genötigt außer Hause zu essen, sich auch besonders beim Nachtdienst Zubussen zu leisten, weil er sonst keine 30 Jahre im Dienst aushält. Sie scheinen es aber darauf abgesehen zu haben, daß er früher das Zeitliche segnet, damit er der Pensionskasse nicht zur Last falle. Die Strassenbahner mussten in den letzten Jahren eine Unmenge von Kompensationen zugestehen, um kleine Verbesserungen ihrer Bezüge durchzusetzen. Von allen diesen Kompensationen ist der Verlust der Pensionskasse wohl als der größte Verrat, der jemals an den Strassenbahnen begangen wurde, zu bezeichnen und als der letzte die Verschacherung des Rekonvaleszentenheims im Deutsch-Altenburg.

GR. Preyer (chr. soz.): Das ist niederträchtig!

Redner schliesst mit dem Appell an die Mehrheit, <sup>zu</sup> künftigen Lohnverhandlungen auch die Minderheit der Gewerkschaft heranzuziehen, die eigentlich eine Mehrheit ist. (Beifall bei den Parteigenossen).

GR. Doppler (chr. soz.) wünscht zu wissen, ob die Betriebsverlängerung als momentane Einführung für ein paar Monate gedacht ist, oder ob die Absicht bestehe, zu einer allgemeinen noch weiteren Betriebsverlängerung zu gelangen. Ferner vermisst er eine klare und deutliche Aufklärung des Referenten bezüglich der Gerüchte betreffend eine Tarifserhöhung. Es wäre endlich auch einmal <sup>an</sup> der Zeit, genaue Aufschlüsse über die Frequenz der Strassenbahnen zu geben, da die bisherigen Angaben zwischen 500 und 550 Millionen variieren. Wie immer die

Frequenz aber ist, so zeigt sich, daß zu Tarifierhöhungen kein Anlaß besteht. Was die Dauer des Betriebes betrifft, so bestehen da in kleineren Städten bessere Verhältnisse als bei uns. In Wien ist es nicht möglich mit der Strassenbahn zum  $\frac{1}{2}$  5 Uhr Zug zu fahren, wie dies in Linz der Fall ist. Dann kommt Redner auf das Ueberfüllungsverbot zu sprechen, das immer wieder bei Beratungen der Strassenbahn zu urgieren ist. Der Wunsch nach einem Ueberfüllungsverbot liegt im Interesse der Strassenbahnen selbst, sowie im dem der Bediensteten, die sich nicht so furchtbar abstrapazieren müssen, wenn in den Strassenbahnwagen nicht solche Verhältnisse wären. Schliesslich darf es nicht weiter geschehen, daß nur mit einer Organisation verhandelt wird, die übrigen aber, trotz ihrer Mitgliederzahl, nicht das Recht erhalten, mitzureden. Die Organisationsverhältnisse haben sich vollkommen verschoben. Es gibt ja auch eine Personalvertretung und einen Vertrauensmännerausschuss, die gewiß die berufendsten Vertreter ihrer Kollegen sein können, mit denen man in Verbindung treten müsste. Beim Bunde werden bei Personalverhandlungen Vertreter aller Organisationen zugezogen. Alle Menschen haben ein wohlbegründetes Recht auf Arbeit, das auch durch die gegenwärtige Gemeindeverwaltung nicht wegen der Zugehörigkeit der Arbeitssuchenden zu Nichtsozialdemokratischen Organisationen nicht geschmälert werden darf. Gerade die Sozialdemokratie kämpfe immer für den Arbeiterschutz. Es sei auch Pflicht in dieser Weise den Arbeiterschutz aufrecht zu erhalten und darum müsse man sich gegen die jetzt geübten Praktiken zur Wehr setzen. Wohin die Verfolgung Andersdenkender führe, könne man an dem Falle Stalzer, der in den Tod gehetzt wurde, ersehen.

GR. Preyer (chr. soz.): Ein Skandal ist das! Ein Terrorakt!

Es ist hoch an der Zeit, daß die Bestimmung der Arbeiter nur durch den Handel s- und Transportarbeiterverband aufzunehmen, falle.

GR. Haider (chr. soz.): Die Abwicklung des Strassenbahnverkehrs in Wien ist durchaus keine zeitgemäße. Darüber sind sich alle Faktoren des öffentlichen Lebens einig, das fahrende Publikum, die Verwaltung der Stadt und auch die Strassenbahndirektion. Durch den heute gefassten Beschluß, den Strassenbahnverkehr bis 12 Uhr auszudehnen, wird eine alte Rückständigkeit einigermaßen gemildert und wir hoffen, daß dieser Schritt eine Reihe weiterer Reformen, die im Bezug auf den Strassenbahnverkehr notwendig sind, nach sich ziehen werde. Nicht zum erstenmal erheben die Christlichsozialen ihre warnende Stimme und beklagen die herrschenden Unzukömmlichkeiten. Eine der wichtigsten Forderungen sei, endlich wieder das Ueberfüllungsverbot einzuführen. Eine gleichwertige Forderung sei die nach dem Zonentarif. Es sei eine schreiende Ungerechtigkeit hier eine kleine Strecke von wenigen Haltestellen ebensoviel bezahlen zu müssen, als wenn man von einem Ende zum anderen der Stadt fahre. Die Haltung gegenüber den Strassenbahnen in den zwei letzten Wochen war eine durchaus ungehörige. Man kann von den Schaffnern und Fahrern unmöglich verlangen eine Ueberleistung auf sich zu nehmen. Es sei vielmehr sicher, daß <sup>um</sup> diese Fragen die ganze Öffentlichkeit sich interessiere und leidenschaftlich zu den Problemen Stellung nehme. Alle diese Fragen, besonders die Entlohnung betreffend, sind von allergrösster volkswirtschaftlicher Bedeutung. Wenn die Gemeinderatsmehrheit ihre einmal gefassten Beschlüsse konsequent einhalten wollte, hätte man nicht mit dem H.T.V. Verhandlungen führen dürfen, sondern mit den unpolitischen und christlichen Strassenbahnerorganisationen, denen die Mehrheit der Strassenbahner angeschlossen sei. Auch die Presse hat sich diesmal wieder sehr eingehend mit der Strassenbahn beschäftigt. In der Sonn- und Montagszeitung, die der Sozialdemokratie sehr nahe steht, wurde behauptet, daß die Strassenbahn mit einem Defizit behaftet ist, das in viele Milliarden geht. Es könne daher an die Erfüllung der Forderungen der Bediensteten nicht gedacht werden. Ich weiß nicht, ob die Direktion das gemacht hat, um dieser öffentlich die Animosität der Bevölkerung gegen die Strassenbahner zu predigen. Ich weiß aber, daß diese Behauptung vollständig unwahr ist. Mit gutem Grund unterlassen Sie es uns zu sagen, woher Sie die 47 Milliarden nehmen werden, welche die gegenwärtige Lohnregulierung kostet. Es ist notwendig festzustellen, daß dieses Geld bereits vorhanden ist, Sie daher es gar nicht zu einer Tarifierhöhung kommen lassen müssen. Durch die heute vom Gemeinderat zu bewilligende Lohnerhöhung tritt eine neue liche Belastung des Betriebes überhaupt nicht ein.

Ich will auch noch auf die Ungehörigkeit verweisen, die darin liegt, daß nur sozialdemokratische Werkstättenbedienstete zum Fahrdienst herangezogen werden. Man muß gar nicht christlichsozial oder antimarkistisch gesinnt sein, um dieses Vorgehen als ein schweres Vergehen, um nicht zu sagen, Verbrechen zu bezeichnen. Ich weiß, daß dies eine schwere Anklage ist, aber sie ist richtig. Ich richte an Sie den Appell, das Personal endlich gerecht zu behandeln, weil das auch sicherlich im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt. (Beifall).

Vizebürgermeister Emmerling: Ich bin angenehm davon berührt, daß eigentlich wegen der Betriebsverlängerung nur so wenig Wünsche mitgeteilt worden sind. Es zeigt dies, daß mit dieser Vorlage allen berechtigten Wünschen entsprochen worden ist. Die Ueberfüllung der Strassenbahnwagen kann erst dann behoben werden, wenn die Stadtbahn verkehrt. Wir haben in Wien gegenwärtig jährlich 300 Fahrten auf jeden Einwohner zu verzeichnen. Diese Zahl geht weit über die Verhältnisse anderer Großstädte hinaus. Es mag dies wohl auch damit zusammenhängen, daß die Arbeiter und Angestellten ihrer jeweiligen Arbeitsstätte nicht mehr nachziehen können und der heutige Tarif außerordentlich billig ist. Im Jahre 1914 hat die Stadtbahn rund 40 Millionen Fahrgäste befördert. Durch die Elektrifizierung der wichtigsten Stadtbahnlinien wird wahrscheinlich eine höhere Frequenz erreicht werden. Die Bezugsregulierung, die heute beschlossen werden soll, verursacht jährliche Kosten von 47 Milliarden Kronen und wenn wir heute im Zusammenhang damit den Tarif nicht erhöht haben, so deshalb, weil wir bestimmt damit rechnen, daß den erhöhten Ausgaben durch die Verlängerung des Verkehrs auch erhöhte Einnahmen gegenüberstehen. (Beifall).

StR. Speiser wendet sich gegen die Ausführungen des GR. Lehninger, nach denen sich die Verlängerung des Strassenbahnverkehrs nach 11 Uhr abends nur auf Kosten der Bediensteten vollziehe und beweist, daß durch diese Neueinführung die Strassenbahner innerhalb der 48 Stundenwoche auch nicht eine Minute mehr Arbeit zu leisten gezwungen wären. Es handle sich dabei lediglich nur um eine geringe Einbusse, der dem Fahrpersonal im Verkehrsdienste der Gemeinde sowohl, wie des Bundes gesetzlich zugesicherten Freizeit. Diese Kürzung der Freizeit werde aber mit einem 165%igen Aufschlag bezahlt, was eine Mehreinnahme von beiläufig 200.000 Kronen im Monat für den Strassenbahner bedeute. Referent habe sich gensest um die Dienst- und Entlohnungsverhältnisse der Strassenbahnbediensteten vieler Großstädte, darunter Berlin, Paris, London, New-York interessiert und nach den erhaltenen Informationen das Bild gewonnen, dass in keiner dieser Städte die Strassenbahnbediensteten irgendwie besser gestellt seien. Es erhielten die städtischen Strassenbahner ein Gehalt, das alle anderen Bonifikationen, wie freie Fahrt für sich und Ermäßigungen für die Familie, Uniformen eingeschlossen, ruhig dem Einkommen der bestanzahlten Spitzenverdiener anderer Berufe gleichgesetzt werden könne. Die Vorbringungen, die von der Opposition in diesem Belange gemacht werden, seien vollkommen unstichhältig. Das Durchschnittseinkommen für die 48 Stunden-Arbeitswoche betrage im Monat 2.272.000 Kronen. Für die Ueberstundenleistung kommen 13 Prozent des Personals ständig in Betracht, eine Tatsache, die durch bessere Regelung des Betriebes beseitigt werden soll. Es muß aber zugegeben werden, daß bei besonderen Anlässen solche Ueberleistungen notwendig seien. Was die Pensionisten betreffe, so müsse <sup>sich</sup> schon jedermann vor Augen halten, daß Leute, die der Gemeinde nur zehn Jahre oder wenig darüber Dienst geleistet haben, nicht mit besonders hohen Pensionen bedacht werden können. Für voll ausgediente Pensionisten der Strassenbahn werden ohne der neuen Regulierung heute Pensionen in der Höhe von 1.674.000 K bezahlt, ein Betrag, der gewiß nicht erlaubt Sprünge zu machen, von dem wir aber wünschen, daß er allen Arbeitern, kleinen Gewerbetreibenden und Beamten nach einem arbeitsreichen Leben als Ruhegenuß zugesichert sei. (Händeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Rotter (chr. soz.): Stadtrat Speiser als Retter des Gewerbestandes!

StR. Speiser erklärt sich auf diesen Zwischenruf als einen ständigen Verfechter der Sache der kleinen Leute und erwidert, es sei ihm nicht bekannt, daß sich die Kleingewerbetreibenden durch eine 20 Jahre lange

christlichsoziale Verwaltungsperiode gerettet gefühlt hätten. (Beifall bei den Sozialdemokraten). Es sei wunderbar, wie die moralische Depression die sich als eine unausbleibliche Kriegsfolge in der Zeit nach dem Umsturze bemerkbar machte, nun von den Leuten im Fahrdienste des Bundes, sowohl wie der Gemeinde überwunden würde, weil sich die Leute selbst sagten, daß bei Einhaltung des Achtstundentages eine Intensivierung der Arbeitsleistung unerlässlich sei. Der Handels- und Transportarbeiterverband sei die größte Organisation, der von über 14000 Strassenbahnangestellten 10.000 angehörten. Darum sei auch diese Organisation allein durch Gemeinderatsbeschluss zu Lohnverhandlungen berechtigt. Die Lohnverhandlungen würden mit dem Handels- und Transportarbeiterverband, Verhandlungen aber über Dienstleistung mit dem Personalausschuß den Satzungen entsprechend geführt. Was die Beschwerden über die parteimässige Behandlung des Personals anlange, habe Referent in vielen Fällen schon Ungerechtigkeiten abgestellt, selbst gegen den Wunsch von Körperschaften, die über die betreffenden Angelegenheiten anders denken mussten. Referent müsse darum schärfstens gegen diese Vorwürfe protestieren und verpflichte sich jedem ihm bekannt gemachten Fall genauestens zu untersuchen und in objektivster Weise zu beurteilen. Referent möchte nur noch die Frage aufwerfen, wie die Strassenbahner aussähen, wenn die Gemeinde nicht von einer sozialdemokratischen sondern einer christlichsozialen Mehrheit verwaltet würde. (Beifall).

Bürgermeister Seitz will nun die Abstimmung vornehmen.

GR. Kurz (Soz. Dem.): Ihr laßt ja den Holoabek verhungern, wie der schlecht aussieht!

GR. Huber (chr. soz.): Das ist eine Rohheit!

GR. Kunschak (chr. soz.): Herr Bürgermeister, müssen wir uns das bieten lassen?

GR. Untermüller (chr. soz.): Wenn der Kurz nicht von uns gehalten worden wäre, wäre er schon längst ausgeliefert und nicht mehr hier.

GR. Huber (chr. soz.) begibt sich zum Bürgermeister und teilt ihm den Zwischenruf des Gemeinderates Kurz mit.

Bürgermeister Seitz: Es ist mir zur Kenntnis gebracht worden, daß zwei Mitglieder von der rechten Seite, ein Mitglied der linken Seite wegen seines schlechten Aussehens in unzulässigen Ausdrücken apostrophiert hätten. Wenn dies wirklich geschehen ist, muß ich es als ganz unzulässig erklären und der Würde des Gemeinderates widersprechend. Ich ersuche diese Angelegenheit nach der Sitzung auf gütlichen Wege auszugleichen. (Allgemeine Zustimmung).

Es erfolgt nun die Abstimmung.

Die Referentenanträge wurden einstimmig angenommen.

Die Anträge betreffend die Auffassung der Standesgruppe der Mahngruppen, sowie betreffend den Verkauf von 10 Kohlenwaggons der Gemeinde an die österr. Bundesbahnen/zwei Milliarden Kronen werden debattelos angenommen und die Sitzung geschlossen.

.....

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 6. Juni 1924.

Die verwüstete Lobau. Die land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft m. b. H. die kommerzielle Durchführungsstelle der landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde Wien, hat sowohl an die Polizeidirektion wie an die zuständige Magistratsabteilung 45 eine Eingabe gerichtet, in der sie über die empfindliche Störung der Bewirtschaftung in der Lobau, ja über die ernste Gefährdung der dort befindlichen Kulturbestände Klage führt. Die Flur-, Forst- und Jagdschäden in der Lobau nehmen in jüngster Zeit erschreckende Dimensionen an. Am letzten Sonntag wurden 260 Personen durchstreifen in einem Kleefelde lagernd, angetroffen. Die Ausflügler

die Wiesen, Saatfelder und sonstigen Anlagen

sie zünden, um sich vor der heuer außergewöhnlich starken Gel-senplage zu schützen, Rauchfeuer an, die bei fortschreitender Trockenheit eine Gefahr für die Kulturen aller Art sind, sie beschädigen den Baum- und Wiesenbestand rücksichtslos und baden auch in den dortigen Ausständen der Donau, die vielfach steil abfallend, mitunter eine Tiefe von zehn Metern erreichen, was für die Badenden selbst höchst gefährlich ist. Das ziemlich zahlreiche Jagd- und Feldschutzpersonal ist allen diesen Ausschreitungen gegenüber machtlos und setzt sich, bei einem Versuche ihnen entgegenzutreten, oft den schwersten Beschimpfungen aus. Die Bevölkerung die Lobau nur als einen allgemeinen Wiener Erholungsort zu betrachten, aber nicht zu wissen, daß daselbst bedeutende landwirtschaftliche Anlagen bestehen, die von großem Wert und Nutzen sind und eine wichtige Rolle in der Versorgung Wiens spielen. Bisher wurde, obgleich kein diebezüglicher Gemeinderatsbeschluss dazu verpflichtet, der freie Zutritt in die Lobau der Bevölkerung gewährt, weil die Lobau derzeit nicht vollkommen abgeschlossen ist und das ruhige und anständige Publikum, das die Wege nicht verlässt, keinen Schaden verursacht. Im Interesse der Kulturen selber, sowie der Erhaltung ihres landwirtschaftlichen Charakterbildes, müssen die Ausflügler dringendst ermahnt werden, nur die gebahnten Wege zu betreten, Auen und Wiesen nicht zu durchstreifen, jede Beschädigung des Baum- und Wiesenbestandes zu unterlassen und im eigenen Interesse nicht in der Lobau wild zu baden. Sollten diese Ermahnungen nichts fruchten, so würde darangegangen werden, die Lobau durch Aufrichtung von Zäunen dem allgemeinen Besuche unzugänglich zu machen und den Eintritt nur gegen besondere Bewilligung zu gestatten. Vorläufig werden in den Haupteintrittsstellen zur Lobau entsprechende Anschläge angebracht. Die Gemeindeverwaltung hofft, daß diese Verlautbarungen, die im Interesse der Allgemeinheit erfolgen, den gewünschten Erfolg haben werden.

Die Benützung öffentlicher Verkehrsflächen durch Aufstellung und Anbringung von Gegenstände für Privatzwecke. Die Bestimmungen über die Aufstellung oder Anbringung platzzinspflichtiger Gegenstände auf oder über öffentlichen Verkehrsflächen sind in verschiedenen Magistratskundmachungen verstreut, zum Teile nicht mehr zeitgerecht und auch vielfach bei der Bevölkerung bereits in Vergessenheit geraten.

Der Wiener Magistrat hat daher eine neue Kundmachung erlassen, die die alten Kundmachungen zusammenfasst und nach den seither gewonnenen Erfahrungen richtigstellt. Aus dieser neuen Kundmachung ergibt sich, daß jede Benützung der öffentlichen Verkehrsflächen, sowie des darüber befindlichen Luftraumes zur Aufstellung oder Anbringung von Gegenständen für Privatzwecke durch die Magistratsabteilung 36 zu bewilligen ist. Ferner sind darin die Fälle angeführt, auf die sich die Bewilligung bezieht und schliesslich ist darin angegeben, daß Uebertretungen der Bestimmungen mit Geldstrafen bis zu zwei Millionen oder mit Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Uebersiedlung der Magistratsabteilung für Statistik. Die Magistratsabteilung 51 - Statistik - ist aus ihrem früheren Büro am Schlesingerplatz in Räumlichkeiten ihren neuen XVII., Hauptstrasse 72-74 (Sparkassengebäude) übersiedelt.

Landwirtschaftliche  
Leitungsstelle der  
Wien, hat sowohl an die  
Abteilung 45 als auch an die  
Störung der Wirtschaft  
der dort befindlichen Kultur  
Jagdgeschützen in der Lobau  
an. Am letzten Sonntag war  
angetroffen. Die Ausflügler  
Saatzfelder und sonstigen An  
sch vor der Mauer ungewöhnlich  
Schfeuer an, die bei fortschreitender  
aren aller Art sind, die Besch  
ichtungs und Baden auch in den  
steil abfallend, mitunter eine  
für die Badenden selbst höchst ge  
agd- und Feldechutzpersonal ist a  
genüber machtlos und setzt sich, b  
oft den schwersten Beschimpfung  
nur als einen allgemeinen Wiener  
zu wissen, daß dasselbst bedeutende  
die von großem Wert und Nutzen  
rungs Wierspielen. Disher wur  
beschluss dazu verpflichtet,  
ng gewährt, wenn die Lobau d  
nd das ruhige und anständige  
schaden verursacht. Im Interesse  
ihres landwirtschaftlichen  
ndst ermahnt werden, nur die  
nicht zu durchstreifen, ja  
zu unterlassen und im ei  
den. Sollten diese Ermahnun  
gegangen werden, die Lobau  
esuche unzugänglich zu machen  
willigung zu gestatten. Vor  
ur Lobau entsprechende Ansch  
Verlautbarungen  
den ge

st

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 7. Juni 1924.

.....  
Keine Gemeinderatssitzung. In der kommenden Woche halten der Stadtsenat und Gemeinderat keine Sitzungen ab.

.....  
Gemeinderat David - Bürger der Stadt Wien. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung seinem langjährigen Mitgliede Anton David anlässlich seines 70. Geburtstag in Würdigung der großen Verdienste, die er sich um die Stadt Wien erworben hat, zum Bürger ernannt. Gemeinderat David ist einer der wenigen sozialdemokratischen Gemeinderäte, die schon vor dem Krieg dem Wiener Gemeinderat angehörten. Es wurde in Ottakring gewählt und beschäftigt sich im Gemeinderat vor allem mit Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

.....  
Spenden für das Museum der Stadt Wien. Bürgermeister Seitz hat am Freitag dem Gemeinderat mitgeteilt, daß der akademische Bildhauer Karl Gelles die von ihm abgenommene Originaltotenmasken des Staatssekretärs Ferdinand Hanusch und des Sozialreformers Josef Popper-Lynkeus dem Historischen Museum der Stadt Wien gespendet hat. Der Gemeinderat hat dem Spender den Dank ausgesprochen.

.....  
Die Ausstellung des Stadtschulrates. Im Gebäude des Stadtschulrates ist seit Samstag eine Spezialausstellung „Erziehung zu technischem Denken (Naturlehre) und zu künstlerischem Ausdruck (Zeichnen und Handarbeit)“ untergebracht. Die Ausstellung, die bis 15. Juni zugänglich ist, bleibt am Pfingstsonntag geschlossen. Am Pfingstmontag kann sie zwischen 10 und 12 Uhr besucht werden.

.....  
Gasanlagen für Wohnungen gegen Teilzahlungen. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Ausführung von Gasleitungen in kleineren und mittelgroßen Wohnungen durch die städtischen Gaswerke gegen Abstattung der Einrichtungskosten in zehn monatlichen Teilzahlungen beschlossen. Dadurch können Wohnungen, bei denen die Voraussetzungen für sogenannte Mietgasanlagen nicht vorhanden sind, sich die allgemein anerkannten Vorteile der Gasverwendung im Haushalte auf wirtschaftliche bequeme Weise verschaffen. Anmeldungen aus Mietgasanlagen können wegen der großen Zahl bereits vorliegender Anmeldungen bis auf weiteres nicht stattfinden.

.....  
Landaufenthalt für die erholungsbedürftige Jugend. Diese Woche sind wieder 400 Lehrlinge in die Erholungsheime Fischau a.d. Schneebergbahn und Bruck a.d. Leitha abgegangen. Seit Jahresbeginn wurden nach Fischau 800, nach Salzburg 500 und nach Bruck a.d. Leitha 200 Lehrlinge entsendet. In das Mädchenerholungsheim in Wieselburg a.d. Erlauf wurden heu-

er bereits 700 weibliche Pfleglinge untergebracht. Am 12. Juni werden nach Salzburg und am 13. Juni nach Wieselburg Pfleglinge fahren. Aufnahmen für die nächsten Entsendungen können in der Lehrlingsfürsorgeaktion, I., Hanuschgasse 3, eingereicht werden.

.....  
Beginn der Tätigkeit der Kleingartenbezirkskommissionen. Die amtliche Kleingartenstelle der Stadt Wien teilt mit: Die auf Grund des vom Gemeinderat beschlossenen Bauregulativs geschaffenen Kleingartenbezirkskommissionen werden in der nächsten Zeit ihre Tätigkeit beginnen. Es werden in jedem Bezirk von der betreffenden Bezirkskleingartenkommission sämtliche größeren Kleingartenanlagen begangen, um festzustellen, ob die errichteten Baulichkeiten den Bedingungen des Bauregulativs entsprechen. Gegenüber der bestehenden Bauordnung verschafft das Bauregulativ dem Kleingärtner bei der Errichtung seiner Lauben, Materialhütten u.s.w. gewisse Erleichterungen und es liegt in seinem Interesse, sich an dieses Bauregulativ zu halten. Vor allem müssen neu errichtete Objekte der Bezirkskleingartenkommission angemeldet werden. Der Kleingärtner hat also ein solches Ansuchen an das Bezirksamt des Bezirkes zu richten, in dem sich das zu errichtende Objekt befindet. Die Kleingärtner werden aufmerksam gemacht, daß strengstens gegen jene Besitzer vorgegangen wird, die ohne Zustimmung oder Wissen der Kleingartenbezirkskommission Objekte errichtet haben. Es sollen daher alle Kleingartenvereine oder Kleingärtner von den Erleichterungen, die das Bauregulativ für sie schafft, Gebrauch machen und zeitgerecht ihre Anmeldungen beim Bezirksamt erstatten. Ferner wird aufmerksam gemacht, daß das Absperrren der Verkehrswege in der Kolonie vermieden werden soll. Die Durchzugsstraßen dienen der Gesamtheit und müssen daher geöffnet werden, abgesehen davon, daß es keinen schönen Anblick bietet, wenn eine Kleingartenkolonie auch von außen hinter einem Stacheldrahtgitter verschanzt. Zu gleicher Zeit ergeht von der amtlichen Kleingartenstelle die dringende Mahnung, beim Wasserbezug keine Verschwendung zu treiben. Es besteht die Gefahr für die gesamte Bevölkerung, bei länger anhaltendem trockenem Wetter höchst unangenehmen Kalamitäten entgegenzugehen, weshalb die äußerste Sparsamkeit zur Pflicht gemacht wird.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o b n a y

Wien, Dienstag, den 10. Juni 1924.

.....  
Die erste Hilfe auf dem Südbahnhof. Anlässlich des Attentates auf den Bundeskanzler wurde mitgeteilt, daß der Rettungskasten auf dem Südbahnhof ungenügend ausgerüstet war. Die Revision der Rettungsmittel im Polizeiwachzimmer Südbahnhof hat nun ergeben, daß der dort befindliche städtische Rettungskasten genügend Verbandmittel und Medikamente enthält. Der Inhalt des Rettungskastens wurde vom städtischen Bezirksarzt vor ungefähr sechs Wochen ergänzt und war am Tage des Attentats vollständig in Ordnung. Es wurde aber nach einer Aussage des dienstführenden Wachbeamten der Rettungskasten des Polizeiwachzimmers bei dem Attentat auf den Bundeskanzler gar nicht benützt.

.....  
Die Alkoholfrage in der Schule. Der Stadtschulrat für Wien hat in Würdigung der hohen Bedeutung, die einer Aufklärung unserer Schuljugend über die mit dem Alkoholgenuß verbundenen gesundheitlichen und sozialen Gefahren zukommt, an die Mittelschulen und an die Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten eine Verfügung hinausgegeben, nach der in allen Mittelschulen, wo immer sich im Unterrichte eine geeignete Gelegenheit bietet, auf die Schäden des Alkoholgenusses für den einzelnen wie für die Gesellschaft hinzuweisen und im letzten Schuljahre (Winterhalbjahr) wenigstens eine Stunde im Rahmen des lehrplanmäßigen Unterrichtes einer zusammenfassenden Besprechung der Alkoholfrage zu widmen ist. Im Bedarfsfalle ist der Verein enthaltenamer Aerzte (Univ. Dozent Dr. Josef Friedjung I., Ebendorferstrasse 6) oder der Verband der enthaltenamen Lehrerschaft (Bürgerschullehrer Ferdinand Bicher, XIV., Ullmannstrasse 48) bereit, einen Vortragenden kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Da die Zöglinge der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten als zukünftige Lehrer zunächst berufen sind, das heranwachsende Geschlecht vor den Gefahren des Alkoholgenusses zu warnen, erscheint es besonders notwendig, sie für diese volkerzieherisch so wichtige Aufgabe schon an der Bildungsanstalt mit den nötigen Kenntnissen auszurüsten. Neben den beim Unterrichte auch sonst angebrachten Hinweisen auf die gesundheitliche und volkwirtschaftliche Bedeutung des Trinksittens durch die Lehrer der verschiedenen Fächer wird daher der Dozent für Schulgesundheitslehre mindestens eine Stunde über die Alkoholfrage als Arzt zu sprechen und ebenso der Lehrer für körperliche Erziehung - etwa statt eines verregneten Spielnachmittags - zwei Stunden der Behandlung der Alkoholfrage vom Standpunkte der körperlichen Erziehung zu widmen. Für die Zöglinge des dritten Jahrganges endlich sind in der Übungsschule zwei Musterstunden über die Alkoholfrage abzuhalten; die Zöglinge des vierten Jahrganges haben zwei Probeauftritte über diesen Gegenstand in Anwesenheit aller Zöglinge des Jahrganges abzuhalten.

.....  
Die Kunst- und Spielfahrt und die Gemeinde Wien. Die Kunst- und Spielfahrt, die das Bundesministerium für Unterricht während der Pfingstfei-

ertage bis zum 11. Juni für zirka 1000 Schüler und Schülerinnen veranstaltet, hat auch die Mitarbeit der Gemeindeverwaltung, insbesondere hinsichtlich der Organisation des sanitären Dienstes, in Anspruch genommen. Der Bürgermeister ladet die Teilnehmer an der Kunst- und Spielfahrt, Dienstag um 6 Uhr im Festsaal des Wiener Rathauses zu einer Jause ein. Ferner wurden den Teilnehmern für die Zeit ihres Wiener Aufenthaltes Sonderzüge der städtischen Strassenbahnen zur Verfügung gestellt. Schliesslich hat das städtische Gesundheitsamt die entsprechenden Anordnungen getroffen, um die sanitäre Ueberwachung der Teilnehmer durchzuführen, die Erreichbarkeit ärztlicher Hilfe auf jeden Fall sicherzustellen und um bei eventuellen Berufungen von städtischen Aerzten, insbesondere zur Nachtzeit, die Bereitschaft zu organisieren. Vertreter des Wiener Gesundheitsamtes haben einer an sie ergangenen Einladung des Bundesministeriums für Unterricht entsprechend den gesamten für die Kunst- und Spielfahrt bereitgestellten ärztlichen Dienst überprüft. Sowohl der Transport eventuell erkrankter Kinder, wie ihre Unterbringung im nächstgelegenen Fondsspital wurde vorbereitet.

.....  
Schulrat Oswald Hohensinner gestorben. Montag Mittag ist der frühere Gemeinderat der Stadt Wien, Bürgerschuldirektor im Ruhestande und Schulrat Oswald Hohensinner, Ehrenpräsident des deutschösterreichischen Bürgerschullehrerbundes und Ehrenmitglied mehrerer Fachorganisationen nach langem schweren Leiden im 60. Lebensjahre gestorben. Das Leichenbegängnis findet Donnerstag, am 12. Juni, um 4 Uhr nachmittags von der Kapelle des Wiener Zentralfriedhofes (Eingang II Tor) aus statt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 10. Juni 1924.

.....  
Eine Strassenmaut für die Freudenaue Gärtner. In der Bezirksvertretung Leopoldstadt teilten am Freitag die Bezirksräte Fuchshuber, Sailer und Genossen mit, daß vor ungefähr vierzehn Tagen die in der Freudenu anässigen Gärtner vom Polizeikommissariat Prater aufgefordert wurden, für die Benützung der Strecke Lusthaus-Hauptallee bis zur Lusthausstrasse und Lusthausstrasse und Schlachthausbrückeallee bis zur Schlachthausbrücke, eine Gebühr von 1.5 Millionen Kronen jährlich zu entrichten. Die Gärtner wurden auch aufmerksam gemacht, daß sie diese Summe bis längsten 15. Juni bezahlen müssen, da ihnen sonst das Befahren dieser Strassen nicht mehr gestattet werden wird. Die genannten Bezirksräte brachten zugleich einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem mitgeteilt wird, daß die Freudenaue Gärtner bereits seit mehr als sechzig Jahren diese Strecke für den Transport ihres Gemüses benützten und bis jetzt anstandslos die Bewilligung für die Benützung dieser Strassen immer auf ein Jahr kostenlos erteilt erhielten. Die Gärtner mussten darum beim Praterinspektorat ansuchen. Die Freudener Gärtner sind meist Pächter von Privatgründen, zahlen die höchsten Pachtzinse in Wien und sollen nunmehr auch noch eine derart hohe Strassenmaut entrichten. Die Antragsteller wiesen auch darauf hin, daß diese Strassen täglich von tausenden Automobilen und Fiakern zu Luxusfahrten gratis benützt werden, während man den Gärtnern, die ihre Ware auf den Markt bringen, eine Strassenabnutzungsgebühr vorschreibt. Die im rasenden Tempo fahrenden Automobile beschädigen übrigens die Strassen weit mehr, als die im Schritt fahrenden mit Federn versehenen Geschäftswagen. Die Erregung unter den Gärtnern ist umso mehr begreiflich, als die Gastwirte, die gleichfalls diese Strassen benützen, keine Gebühr zu bezahlen haben. Das Praterinspektorat beruft sich dabei auf einen Polizeidirektionsakt vom 15. Juni 1896, aus dem aber nur zu ersehen ist, daß für das Befahren dieser Strassen eine besondere Bewilligung erforderlich ist. Nirgends wird aber bestimmt, daß eine Gebühr, die einer Maut ähnlich ist, eingehoben werden darf. Die Antragsteller ersuchten daher den Bezirksvorsteher Berdiczower um Intervention bei Bürgermeister Seitz, damit diese unbegründete Strassenmaut aufgehoben werde.

.....

## RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur;  
Karl H O N A Y.  
Wien den 10. Juni 1924. Abendausgabe.

Empfang der Teilnehmer an der Kunst- und Spielfahrt im Rathaus. Die Jugend, die die vom Ministerium für Unterricht veranstaltete Pfingstfahrt mitmachte, war heute Nachmittags beim Bürgermeister von Wien zu Gäste. Im herrlichen Festsaale des Rathauses war eine Riesenzahl von kleinen Tischen aufgestellt, auf denen den jugendlichen Gästen ein einfaches Mahl serviert wurde. Im prachtvoll geschmückten Saale sassen mehr als Tausend Jünglinge und Mädchen, darunter manche mit bunten Kappen, auch Wehrmänner, die Schüler der Heeresführerschule in Enns.

Zugleich mit Bürgermeister Seitz waren erschienen der Bundesminister für Unterricht Dr. Schneider, Vicebürgermeister Hoss,

Präsident Glöckel, die Stadträte Speiser, Siegel, Richter und Kokrda, Magistratsdirektor Dr. Hartl sowie viele Mitglieder der Unterrichtsverwaltung und des Gemeinderates.

Nach Tisch betrat Bürgermeister Seitz die Rednerstrasse und sagte: „Ein grosser Teil von Ihnen war, wie ich höre, heute auf den Höhen des <sup>K</sup>ahlenberges und des Leopoldsberges, Sie haben von dort die Stadt Wien geschaut, Sie haben das Häusermeer mit seinen altherwürdigen Gebäuden und das silberne Band der Donau gesehen, das die Stadt durchzieht. Diese Stadt im Herzen Deutschösterreichs und am Rande Deutschlands gegen den Osten mit ihrer uralten Kultur war durch den Krieg und in der Nachkriegszeit schwer bedroht, Sie hat dieses Unglück ebenso überwunden wie alle die Bedrängnisse, die sie in früheren Jahrhunderten erduldet hatte. Dieser alte Sitz europäischer Kultur, den nicht einmal die Horden wilder Völker überwunden hatten, war immer widerstandsfähig und hat selbst in den schwersten Zeiten von 1914 bis 1918 standgehalten. Im Jahre 1919 gab es nur eines, was unseren Ausblick trübte, das war die Gefahr, dass Deutschösterreich sich von Wien loslösen wolle, was sich in dem hässlichen Schlagwort vom Wiener „Wasserkopf“ äusserte, den Deutschösterreich nicht erhalten könne. Diese Ansicht leitete man von der falschen Vorstellung über die Ernährungsschwierigkeiten ab und von der etwas rückständischen Meinung, dass nur die Produkte des Bodens einen Staat ernähren könnten. Aber auch diese Zeit ist vorübergegangen, Wien hat bewiesen, dass es nicht mehr der Mildtätigkeit bedürfe und dass im modernen Wirtschaftsleben auch Industrie, Gewerbe und Handelsquellen der Wohlfahrt sein können, ja dass das Industrie- und Handelszentrum eines Staates geradezu die Grundlage seiner wirtschaftlichen Existenz ist. Heute sehen wir mit Freude, dass sich alle Länder der Republik einig zusammenfinden in dem Willen, dieses kleine Deutschösterreich wieder stark und gross zu machen, wenn auch nicht an Umfang, so doch in seiner Wirtschaft, in seiner Kultur. Wir wissen, dass die Geschichte nicht stillesteht, dass noch niemals der Abschluss eines Krieges zugleich der Abschluss der Geschichte war, sondern immer nur der Ausgangspunkt einer neuen Epoche. Wir wissen, dass dieses Deutschösterreich zum grossen deutschen Mutterland gehört und dass wir die Pflicht haben, uns einig zusammenzustellen und treu zu warten, bis zu dem Moment, da das deutsche Volk der Arbeit in Mitteleuropa als eine Einheit für seine Zukunft sorgen kann. (Stürmischer Beifall.)

So bauen wir dieses Deutschösterreich auf als freie Republik des frei sich selbst bestimmenden Volkes. Wir wissen nicht, wann sich unser Traum erfüllen wird, aber das wissen wir, dass wir unsere Jugend zu voller körperlicher und geistiger Kraft entwickeln müssen. Dieser Entwicklung unserer Jugend dienen Veranstaltungen wie diese. Wer die alte Zeit kennt kann heute nur sagen: Glückliche Jugend! Sie geniessen Freiheiten, die wir in Ihrem Alter nicht geniessen haben, Bildung, die uns nicht zugänglich war. Sie haben Gelegenheit sich in Sport und Spiel zu betätigen und die neuen Methoden der Erziehung und des Unterrichts lassen der Jugend das Recht sich auch geistig auszuleben. Sie tauschen nicht, wie ich in meiner Jugend, Hausarrest ein für die Lektüre der verbotenen

Wälhelm Meisters Lehrjahre und Sie machen Reisen, die Sie weiser und damit freier machen. Wir wünschen, dass solche Veranstaltungen öfters stattfinden und ich sage schon heute: Wir werden auch mit unserer Jugend in die Länder hinauskommen! (Stürmische Zustimmung). Und wie wir Sie in unserer Stadt herzlich begrüssen, so erwarten wir, dass Sie uns willkommen heissen, wenn wir mit unserer Jugend in die Berge Ihrer Länder kommen. Dieser Austausch unserer Jugend, der rege Verkehr, soll mit ein Mittel sein uns zusammenzubringen zur Einheit und damit zur Kraft und zur Stärke. In dieser Festhalle haben wir viele Gäste gesehen. Würdige Männer der Wissenschaft, die zu gelehrten Kongressen, Kaufleute, die zur Messe gekommen waren, Künstler, Industrielle, Gewerbsleute und Arbeiter und alle diese Besuche waren willkommen. Aber die schönste Freude ist immer der Besuch der Jugend Deutschösterreichs, die unsere Hoffnung und unsere Zukunft ist und von der wir erwarten, dass sie auf den Trümmern des Krieges sich ein neues Leben, eine glückliche Republik aufbauen wird. Sie werden die Republik Deutschösterreich zu Ehren und Ansehen bringen. Sie werden Deutschösterreich durch die Kraft Ihrer körperlichen und geistigen Arbeit emporbringen bis wir das grosse Ziel erreicht haben. Ich danke den Veranstaltern dieser Kunst- und Spielfahrt, ich danke dem Herrn Minister für Unterricht, dass er sich an die Spitze dieser Veranstaltung gestellt, ich danke den Professoren und Lehrerinnen, die die ungeheure Mühe und die schwere Verantwortung der Führung auf sich genommen haben. Ich danke Ihnen allen, dass Sie Jugend zu uns gebracht haben. Möge diese Jugend die Erinnerung an unsere Stadt in ihrem Herzen bewahren und gedenken, dass Wien als Hauptstadt Deutschösterreichs immer in inniger Sympathie mit den Ländern zusammenwirken wird um die Republik Deutschösterreich stark und gross zu machen. Die Jugend Deutschösterreichs lebe hoch, hoch, hoch!

Während die Veranstalter in diesen Ruf lebhaft einstimmten, applaudierte die Jugend immer wieder dem Bürgermeister, der immer von neuem aufstehen musste, um zu danken. Auf die Rede des Bürgermeisters antwortete Professor Dr. Hover aus Graz, der ausführte: Wenn ich ohne ausdrückliches Mandat im Namen der österreichischen Mittelschuljugend das Wort ergreife, so geschieht dies mit einer gewissen Berechtigung deshalb, weil ich hier stehe als Führer der Grazer Jugend, der zweitgrössten Stadt unseres kleinen Staates. Wir Grazer Mittelschullehrer haben schon vor drei Jahren als die ersten den Gedanken gefasst und auch verwirklicht, unsere Jugend nach Wien zu führen. Es war dies zu einer Zeit, als das Wort vom „Wasserkopf Wien“ die Leitartikel aller Provinzzeitungen zierte und der Ruf „Los von Wien“ geradezu Feldgeschrei war. Wir haben es damals gewagt auf eigene Gefahr unsere Jugend nach Wien zu führen. Wir haben aber auch damals, zu Ostern 1921, unter weit schwierigeren Verhältnissen, das weitgehenste Entgegenkommen und die grösste Unterstützung des Staates und der Gemeinde Wien gefunden. Dieses Entgegenkommen war dann jedesmal freundlicher und herzlicher und ich kann wohl ruhig namens der österreichischen Mittelschuljugend der Bevölkerung der Stadt Wien und ihrem Bürgermeister für die ausserordentliche Gastfreundschaft die wir hier in diesem Hause heute geniessen, herzlichst danken. Auch das neue Wien, das Wien des Jahres 1924, weiss deutsche Gastfreundschaft zu würdigen und wenn es heute die deutsche Jugend ist, der die Gastfreundschaft zuteil wird, so soll nicht vergessen werden, dass gegenwärtig ein alter erfahrener Schulmann an der Spitze der Stadtverwaltung steht. Unser Dank gilt dem Schulmann, dem Gastgeber und der Wiener Bevölkerung. Ich fordere die deutsche Jugend auf, aufzustehen und der alten deutschen Kulturstadt, unserer Bundeshauptstadt, ihrer Gemeindevertretung und dem Herrn Bürgermeister ein kräftiges Hoch darzubringen.

Unter begeisterten Hochrufen kam die Jugend dieser Aufforderung nach.

Nach Beendigung des Empfangs im Rathaus begaben sich die Schüler ins Burgtheater.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 11. Juni 1924.

Reichsdeutsche Naturfreunde im Wiener Rathaus. Zu den Pfingstfeiertagen besuchten ungefähr 600 Mitglieder des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ aus Nürnberg und Oberbayern das Wiener Rathaus. Sie wurden in Vertretung des Bürgermeisters vom amtsführenden Stadtrat Speiser begrüßt. Stadtrat Speiser verwies in seiner Begrüßungsansprache auf die mannigfachen Berührungspunkte zwischen dem deutschen Reich und der Stadt Wien und betonte, daß es den Wienern immer besondere Freude bereite, aus Deutschland Freunde begrüßen zu können. Wenn uns auch heute noch Grenzpfähle trennen, so wird doch die Zeit kommen, in der das deutsche Volk zu einer Einheit vereint sein wird. Der Obmann der Ortsgruppe Nürnberg der Naturfreunde Sesselmann dankte namens der Teilnehmer für den freundlichen Empfang. Die Gäste besichtigten hierauf das Rathaus und die städtischen Sammlungen.

Förderung des Fremdenverkehrs durch die Schule. Der Stadtschulrat für Wien hat an alle Unterrichtsanstalten eine Mitteilung erlassen, in der die Direktionen (Schulleitungen) auf den Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht vom 21. Februar 1924, Z. 392/9 aufmerksam gemacht und angewiesen werden, bei den Schülern das Verständnis für die hohe Bedeutung des Fremdenverkehrs anzubahnen und sie mit den Einrichtungen des Fremdenverkehrs in geeigneter Weise bei allen im Unterrichte sich darbietenden Gelegenheiten vertraut zu machen. Insbesondere soll die Lehrerschaft die Schuljugend auf die Ziele des Natur-, Heimat- und Denkmalschutzes sowie darauf aufmerksam machen, daß die für den Verkehr bestimmten Anlagen und Einrichtungen zu schonen und reinzuhalten sind und daß die Schüler den Fremden gegenüber jederzeit ein Verhalten zeigen, das den Geboten der Höflichkeit und Dienstbereitschaft entspricht.

Gasinstallationen in Wien. Die Verwendung von Gas für die verschiedenartigsten Zwecke nimmt in Wien ständig an Verbreitung zu. Dem Berichte der Direktion der städtischen Gaswerke über die Installationstätigkeit im Monat Mai ist zu entnehmen, daß im abgelaufenen Monate in 272 Häusern mit 5125 Wohnungen und seit Beginn des Jahres in 2339 Häusern mit 39.644 Wohnungen Mietgaseinrichtungen installiert wurden. In Ausführung sind gegenwärtig Mietgaseinrichtungen in 314 Häusern mit 3831 Wohnungen. Im Berichtsmonate wurden 4949 Gasmesser für Mietanlagen aufgestellt, 7756 Bestellungen sind noch aufzuarbeiten. Ferner wurden 528 Weuan-schlüsse und Zuleitungendurchgeführt und 8459 Gasgeräte verkauft.

Einschreibungen in die Haushaltungsschule der Stadt Wien. An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien werden bis 5. Juli und in der Zeit vom 9. bis 13. September, täglich von 10 bis 15 Uhr Vormerkungen für alle Schulen und Kurse für das Schuljahr 1924/25 vorgenommen.

Wandtafeln zur Belehrung über die Tuberkulose. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrtswesen wurde die Anschaffung von Wandtafeln zur Aufklärung jener Personen, die Tuberkulosefürsorgestellen aufsuchen, beschlossen. Das deutsche Hygienemuseum in Dresden bringt vorzügliche Wandtafeln, die diesen Zwecke dienen und die Tuberkulosebekämpfung zum Gegenstande haben, in Serien von je 15 Tafeln zum Vertriebe. Es wurden nun für die bereits bestehenden Fürsorgestellen acht solche Serien und für die weiteren zwei Fürsorgestellen/im laufenden Jahre wahrscheinlich eröffnet werden, zwei Serien zum Gesamtpreise von 10 Millionen Kronen angeschafft.

Umwandlung eines Belagheims des städtischen Versorgungshauses in Lainzin ein Krankenhaus. Die Unzulänglichkeit der Räume in den Krankenabteilungen des Lainzer Versorgungshauses macht es notwendig, einen Belagraum in einen Krankenraum umzugestalten. Schon im Jahre 1919 hatte die Verwaltung des Versorgungshauses provisorisch das Heim III als Krankenhaus in Betrieb gesetzt, wodurch aber eine Krankenabteilung aller technischen Einrichtungen und Behelfe entbehrt, die für einen geordneten Betrieb einer Krankenabteilung unerlässlich sind. So war keine Zentralheizung vorhanden, sondern nur eine Ofenheizung, ein Personenaufzug fehlte, die Bäder waren ihrer Zahl nach ungenügend, es mangelt Gas u.s.w. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrtswesen wurde daher die Umwandlung des derzeitigen Belagheimes X in ein Krankenhaus beschlossen und die entsprechenden baulichen Umgestaltungs- und Neuherstellungsarbeiten genehmigt. Die Kosten machen drei Milliarden Kronen aus.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 12. Juni 1924.

Kölnener Sänger im Wiener Rathaus. Gestern besuchte der Gesangsverein Köln-Mühlheim das Wiener Rathaus. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte amtsführender Stadtrat Richter die Gäste, wobei er vor allem darauf verwies, daß jeder Besuch aus dem Deutschen Reich die Bande, welche die beiden Republiken verknüpft, immer mehr stärkt. Wenn auch staatsrechtlich eine Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich noch nicht erfolgt ist, so wird doch die Zeit kommen, in der die beiden Staaten vereint die großen Kulturaufgaben des deutschen Volkes erfüllen werden. Besonders für Sänger sei Wien die klassische Stätte, an der Künstler, wie Beethoven, Haydn, Mozart und Schubert gewirkt haben. Der Präsident des Gesangsvereins Köln-Mühlheim, Ludwig Rehbock, dankte für den freundlichen Empfang und hob die innigen Beziehungen zwischen den Deutschen am Rhein und an der Donau hervor. Er überreichte hierauf dem Stadtrat Richter zur dauernden Erinnerung an den Besuch zwei Bronzefiguren, den Handel und die Industrie darstellend. Stadtrat Richter dankte für das schöne Geschenk und erklärte, es den städtischen Sammlungen einzuverleihen. Die reichsdeutschen Sänger besichtigten hierauf die Räume des Rathauses und die städtischen Sammlungen.

Handarbeitsausstellung im Stadtschulratsgebäude. Im Oktober 1923 wurde von der Gemeinde Wien an allen Mädchenvolksschulen und an der Bürgerschule in der Wurlitzergasse Nachmittags-Handarbeitsschulen eingerichtet. Die Gemeinde wollte damit den Kindern, die ihre Nachmittags ohne Aufsicht, im Winter oft in ungeheizten Räumen verbringen mußten, eine gastliche Stätte bieten, an der sie von bewährten Lehrerinnen mit nützlichen Arbeiten aller Art beschäftigt wurden. Vielen Eltern wurde dadurch eine große Sorge abgenommen, da sie ihre Kinder wenigstens einige Stunden, den Gefahren der Straße entzogen, in sicherer Obhut wussten. Wie sehr diese Einrichtung den Wünschen der Eltern und auch der Kinder entsprach, mag daraus ersehen werden, daß diese Arbeitsschulen, zu deren Besuch niemand gezwungen wurde, meist sehr gut besucht waren und auch daraus, daß die Elternschaft mit größter Bereitwilligkeit das zu den Arbeiten erforderliche Material zur Verfügung stellte.

Um allen Eltern zu zeigen, welche hübschen und nützlichen Dinge aus dem beigegebenen Arbeitsmaterial hergestellt wurden und um denen, die vielleicht noch keine Gelegenheit hatten, sich mit dem Zwecke dieser Arbeitsschulen vertraut zu machen, Gelegenheit dazu zu geben, hat der Stadtschulrat eine Ausstellung der Spitzenleistungen dieser nachmittägigen Handarbeitsschulen aus allen Bezirken Wiens veranstaltet. Aus einem Rundgang durch die Ausstellung wird jeder Besucher Anregung und Belehrung empfangen. Einen breiten Raum nehmen die aus Altmaterial hergestellten Arbeiten ein. Aus Papierstoff-Strohsäcken wurden Buchhüllen, Mappen, Täschchen, Marktaschen, Rucksäcke, Hausschuhe u. dgl. gemacht, aus Spitzen- und Seidenstoffresten wurden Teepuppen, Würstel und Pölscherchen verfertigt; die Borten alter Strohhüte wurden zu Nähkästchen verarbeitet, Körperbändchen wurden zur Herstellung von Blusen, Hüten und Schürzen verwendet, aus Tuchresten verfertigten die Kinder Stofftiere, Puppenkleider und Spielwaren aller Art. Von den aus Neumaterial hergestellten Gegenständen seien Kleider, Blusen, Hüte und Wäschestücke aller Art erwähnt, besonders hervorgehoben seien auch die Rohr- und Bastarbeiten. Manche ausgestellte Arbeit gewährt dem Beschauer einen Einblick in die Eigenart des Kindes, Arbeiten ganzer Gruppen lassen uns einen Blick in die Ideenwelt der Kinder tun und wir erkennen oft deutlich den Einfluß der Umwelt der Kinder. Ottakringer Mädchen von der Schule Gaullachergasse führen uns einen Blumen- und einen Modistenladen vor, Hietzinger Kinder liefern eine Krankenstube mit einer Pflegerin. Die Leistungen mancher Schulen zeigen deutlich den Einfluß

der Eigenart einzelner Lehrerinnen und deren besonderer Fachkenntnisse. In der Schule, Favoriten, Knöllgasse 61, dominieren Schafwollwaren, in Rudolfshaus und Fünfhaus (in den Schulen Ortnergasse, Viktoriagasse und Benedikt Schellingergasse) Kleider und Schürzen, in Währing Rohrarbeiten und Spielwaren. Die Schule Leystrasse in der Brigittenau bringt schöne Farbeneffekte, Floridsdorf (Kuenburggasse) liefert besonders Stofftiere und Würstel, Lainz und die Schule Stättermayergasse (Rudolfshaus) stellen Hüte aus, besonders schöne Wäschestücke bringt die Schule Trogergasse (Hietzing). Die Schule Schönbrunnerstrasse 101 zeigt uns einen hübschen Korbwarenladen und die einzige in dieser Ausstellung vertretene Bürgerschule (Wurlitzergasse) stellt schöne Wäschestücke und kunstgewerbliche Arbeiten aus. Ein Ausstellungsstück führt uns den Wandel der Zeiten und den Fortschritt der Schule besonders vor Augen. Ein von der Großmutter gesticktes „Musterband“ wurde von der Enkelin zur Herstellung eines Divanpolsters verwendet. Während vor zwei Generationen in der Schule viel Fleiß, Mühe und Sorgfalt auf einen Gegenstand verwendet wurden, dessen Bestimmung es war, Jahrzehntlang unbeachtet in einem Kasten zu liegen, leitet die heutige Schule, deren Reform sich auch auf den Unterricht in weiblichen Handarbeiten erstreckt, die Kinder an, Gegenstände anzufertigen, die so gleich in Gebrauch genommen werden können. Die Ausstellung befindet sich im Gebäude des Stadtschulrates, I., Burgring 9, II. Stock, Saal 4 und ist bis einschließlich 15. Juni täglich von 9 bis 18 Uhr frei zugänglich.

450 Wiener Kinder in St. Wolfgang. Am Dienstag, den 10. Juni sind in einem Sonderzug unter Leitung der Fürsorgerinnen Plan und Mühlbacher 450 Kinder des städtischen Jugendamtes nach St. Wolfgang gefahren. Die Kinder sind dort im prächtigen Ferienhort, der unmittelbar an der Falkensteinwand am See liegt, untergebracht. Während des Winters hat der Verein Ferienhort das elektrische Licht in das Gebäude einleiten lassen.

Das städtische Volksbad im XX. Bezirk Treugasse. Das städtische Volksbad XX., Treustrasse 60 ist ab 18. Juni wieder an jeden Mittwoch von 1 bis 7 Uhr nachmittag in Betrieb.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 13. Juni 1924.

-----  
Die neue Stechviehschlachthanlage in St. Marx. Am Montag, den 16. Juni wird die mit einem Kostenaufwand von 1.7 Milliarden Kronen erbaute Stechviehschlachthanlage im Schlachthofe St. Marx dem Betrieb übergeben werden. Die neue Anlage ist ein weiterer wichtiger Schritt nach vorwärts in der Ausgestaltung der Wiener Approvisionierungseinrichtungen. Es ist nämlich jetzt vorgesorgt, daß mit Ausnahme von Schweinen alles Stechvieh, also Kälber, Schafe, Ziegen, Lämmer und Kitze in den städtischen Schlachthäusern geschlachtet werden kann. Es wird daher auch mit dem Tag der Eröffnung dieser Stechviehschlachthanlage der Schlachthauszwang für die genannten Tiere für ganz Wien verfügt werden. Vom 16. Juni an ist die Benutzung bestehender und die Anlage neuer Privatschlachtstätten, die namentlich in den dichtverbauten Stadtteilen sehr viele Unzukömmlichkeiten für die Wohnparteien mit sich bringen, unzulässig. Für die Benutzung der neuen Anlage wird die Gemeinde keinerlei Gebühr einheben, vorausgesetzt, daß die Schlachtungs- und Aufarbeitungsgebühr bereits entrichtet worden ist. Wird jedoch das Vieh nicht im Schlachthof St. Marx geschlachtet und nur die Entteiler- und Darmputzerei der neuen Anlage beansprucht, so ist eine Gebühr in der Höhe von 50 Prozent des derzeitigen Schlachthausstarifes für Kälber zu bezahlen.

-----  
Das Disziplinarverfahren gegen Wiener Lehrkräfte. Der Stadtschulrat für Wien hat der zuständigen Abteilung eine Zusammenstellung der Disziplinarfälle bis einschließlich 30. April vorgelegt. Daraus geht hervor, daß insgesamt 86 Lehrpersonen in Disziplinaruntersuchung gezogen worden sind. Mündliche Verhandlungen haben 20 stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen kommt darin zum Ausdruck, daß einer Lehrperson die Bezüge um 10 Prozent auf drei Jahre, einer Lehrperson ebenfalls um 10 Prozent auf zwei Jahre und einer Lehrperson um fünf Prozent auf vier Monate vermindert wurden. Eine Lehrperson erhielt einen Verweis mit Aufschub der Vorrückung auf ein Jahr, vier Lehrpersonen erhielten einen gewöhnlichen Verweis, drei Lehrpersonen eine Rüge, sieben Lehrpersonen wurden vom Disziplinarsenat vermahnt und zwei Lehrpersonen freigesprochen. In nichtöffentlicher Beratung wurden fünf Disziplinarverfahren eingestellt. In 32 Fällen wurde eine Disziplinaruntersuchung überhaupt nicht eingeleitet. Ohne weiteres Disziplinarverfahren wurde eine Lehrperson entlassen. Eine Mahnung durch den Bezirksschulinspektor erhielten 16 Lehrpersonen.

Unerledigt waren am 30. April noch 12 Fälle. Von den 18 in mündlicher Verhandlung verurteilten Lehrpersonen waren zehn Religionslehrer, sechs Volksschullehrer, ein Bürgerschullehrer und eine Oberlehrerin. Von den 16 durch den Bezirksschulinspektor gemahnten Lehrpersonen waren neun Volksschullehrer, vier Bürgerschullehrer und drei Religionslehrer.

-----  
Konkursausschreibung betreffend die Besetzung der Stelle eines Primararztes im Versorgungshaus Lainz. Im Status des städtischen Gesundheitsamtes (Abteilung der Aerzte der städtischen Heil- und Humanitätsanstalten) gelangt die Stelle eines Primararztes für innere Krankheiten im städtischen Versorgungsheime in Lainz mit den systemisierten Bezügen der vierten Bezugsklasse und dem Vorrückungsrechte nach dem Schema der städtischen Angestellten zur Besetzung. Bewerber wollen ihre ordnungsgemäß gestempelten und belegten Gesuche (Nachweis der österr. Staatsbürgerschaft, des Doktorates der gesamten Heilkunde und der Unbescholtenheit) bis 15. Juli 1924 im Büro der Verwaltungsgruppe I, Wien, I., Neues Rathaus, einbringen. Nach Wien zuständige Bewerber genießen ceteris paribus den Vorzug.

Eheschliessungen und Wohnungsnot. In der letzten Nummer des „Ämtlichen Wiener Anzeigers für Wohnungstausch und Untermiete“, der vom Wohnungsamt der Stadt Wien herausgegeben wird, veröffentlicht Dr. R. Delaunoy (von der Abteilung für Statistik des Wiener Magistrats) interessante Daten über die Zahl der Eheschliessungen seit dem Jahre 1906 und den Einfluß, den naturgemäß die Eheschliessungen auf dem Wohnungsmarkt ausüben. Es ist klar, daß durch die Eheschliessungen, die Wahl der Wohnungsbedürftigen vermehrt wird, ohne daß sich die Gesamtzahl der Bevölkerung vermehrt hätte. Freilich ist die Zahl der neuverheirateten Ehepaare, die schon als Brautpaare in derselben Wohnung, im selben Haushalte gelebt haben und nunmehr in derselben Wohnung auch weiter wohnen, nicht gering. Statistische Daten über Eheschliessungen von Brautpaaren, die im selben Hause gewohnt haben, liegen nur bis 1914 vor, die prozentuellen Zahlen (von allen Eheschliessungen der betreffenden Jahre gerechnet) schwanken in den Jahren 1910 bis 1914 zwischen 52.75 und 58.42. In normalen Jahren hat also die Hälfte aller neuverheirateten Ehepaare bereits vor der Eheschliessung gemeinsam gewohnt und diese berührt den Wohnungsmarkt nicht. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes bieten die Ziffern bezüglich der Eheschliessungen trotzdem ein interessantes Material für die Beurteilung der Wohnungsverhältnisse in Wien. Die Zahl der Eheschliessungen schwankte in den Jahren von 1906 bis 1913 zwischen rund 18.000 und 20.000. Im Jahre 1913 sinkt sie plötzlich auf 17.791, Entfielen früher auf je 1000 Einwohner durchschnittlich neunzehn Trauungen, so geht diese Zahl im Jahre 1913 auf achteinhalb zurück, wohl eine Folge der immer krisenhaft gestalteten politischen Lage und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen. Im Jahre 1914 sinkt die Zahl der Eheschliessungen aus den bekannten Gründen - Abschluß von Kriegsehen und Legalisierung des bereits bestandenen Zusammenlebens - auf 22.294, im August des ersten Kriegsjahres allein sind 5040 Eheschliessungen zu verzeichnen, gegenüber der früheren Durchschnittsziffer des August von 1918. In den folgenden Kriegsjahren sinkt die Zahl der Eheschliessungen tief unter die früheren Ziffern hinab. Erst im Jahre 1918 geht es wieder aufwärts und das Jahr 1920 hat in dieser Hinsicht eine Rekordziffer (31.164), die von nun an ständig sinkt, im letzten Berichtsjahre 1923 noch immer 19.827 ausmacht. Für die außerordentlich hohen Ziffern der Jahre 1919 bis 1923 mag maßgebend gewesen sein, daß die neue Gesetzgebung die Volljährigkeit vom 24. auf das 21. Lebensjahr herabsetzte und daß die Erteilung von Ehedispensen bei Ehehindernissen auf die Ehe lust einwirkte.

Die stetig ansteigende Zahl der Eheschliessungen, die im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik gewiß zu begrüßen ist, bildet für den Wohnungsmarkt eine Belastung. Gewiß steht der Eheschliessung die Ehelösung durch den Tod gegenüber, aber durch den Tod des einen Gatten werden Wohnungen nur in den seltensten Fällen frei. Auch in dieser Hinsicht, wie in allen Dingen, die den Wohnungsmarkt betreffen, ist eine Milderung der Wohnungsnot nur durch die Bautätigkeit der Gemeinde zu erwarten, deren Wohnungsbauten den neuen Ehepaaren Unterkunft bieten.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Stadtsenat am Dienstag, den 17. Juni um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Der Streit um das Wiener Krematorium. Bekanntlich wurde die Wiener Krematoriumsfrage dadurch endgiltig erledigt, daß der Bürgermeister als Landeshauptmann zwar der Weisung des Bundesministers, den Krematoriumsbetrieb einzustellen, nachkam, der Wiener Gemeinderat aber nach § 35 der Gemeindeverfassung seinen Beschluß auf Aufrechterhaltung des Betriebes wiederholte. Gegen diesen Gemeinderatsbeschluß haben die Stadträte Kunschak und Frau Dr. Motzko eine Verwaltungsgerichtshofbeschwerde einge-

bracht. Sie beschwerten sich darin, daß die Angelegenheit im Gemeinderate ohne Vorberatung im zuständigen Ausschusse und im Stadtsenat beschlossen wurde. Der Verwaltungsgerichtshof hat nunmehr die Beschwerde ohne mündliche Verhandlung zurückgewiesen mit der Begründung, daß § 99 der Gemeindeverfassung unter Berufung auf die Geschäftsordnung im Falle der Dringlichkeit Ausnahmen von der Vorberatung im Stadtsenat und in den Gemeinderatsausschüssen zulasse. Gemäß § 22 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat sei der Bürgermeister berechtigt, ohne weitere Unterscheidung der Beschlußgegenstände mit Zustimmung des Gemeinderates dringliche Geschäftsstücke, die seit Versendung der Tagesordnung zugewachsen sind, vor oder während der Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen und gemäß § 23 der Gemeindeverfassung werde die Reihenfolge der Verhandlung der Geschäftsstücke vom Vorsitzenden im Einvernehmen mit dem Bürgermeister bestimmt. Der Sinn dieser Bestimmungen könne nicht anders aufgefaßt werden, als daß im Falle der Dringlichkeit der Gemeinderat auch ohne Vorberatung der fraglichen Geschäftsstücke durch den Stadtsenat und die Gemeinderatsausschüsse auf Antrag des Bürgermeisters berechtigt ist, sofort Beschluß zu fassen. Die Entscheidung darüber, ob die vom Gesetze geforderte Dringlichkeit vorhanden ist, liege im freien Ermessen der beiden zuständigen Faktoren, des Bürgermeisters und des Gemeinderates. Im vorliegenden Falle habe der Gemeinderat dem Antrag des Bürgermeisters auf sofortige Verhandlung zugestimmt. Dem Gegenstande wurde also sowohl vom Bürgermeister als auch vom Gemeinderate die Dringlichkeit zuerkannt. Auch von einer Mangelhaftigkeit des Verfahrens könne nicht gesprochen werden. Infolgedessen musste die Beschwerde zurückgewiesen werden.

Strassenbahnentarif am Fronleichnamstag. Da am Donnerstag, den 19. Juni (Fronleichnam) in den meisten Betrieben gearbeitet wird, hat Vize-Bürgermeister Emmerling verfügt, daß an diesem Tage auf den Strassenbahnen der Werktagstarif zu gelten hat. Es können daher die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten benutzt werden, nur die Fürsorgefahrtscheine sind ungiltig.

Verpachtung der Gastwirtschaft in der Großmarkthalle. Wegen Verpachtung der städtischen Gastwirtschaft in der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, wird von der Magistratsabteilung 42 am 25. Juni 1924 eine öffentliche Anbotverhandlung abgehalten. Nähere Auskünfte sind bei dieser Magistratsabteilung (I., Neues Amtshaus, I. Stock) einzuholen.

Frei gewordene Kleingartenparzellen anzeigen! Um eine genaue Uebersicht über die Kleingartenbewegung zu bekommen, ersucht die städtische Kleingartenstelle alle Kleingartenvereine und Kleingärtner, daß sie ihr frei werdende Kleingärten bekannt geben und auch einen eventuellen Tausch von Parzellen mitteilen wolle.

Mädchenheim in Wieselburg. Der große Wert eines vierwöchentlichen Landaufenthaltes für erholungsbedürftige Mädchen kommt deutlich in den Ergebnissen der Lehrlingsfürsorgeaktion zum Ausdruck. So verzeichnen alle Mädchen, die kürzlich das Wieselburger Erholungsheim verließen, bedeutende Gewichtszunahmen, die bei acht Lehrlingmädchen 5½ kg, bei vierzehn rund 5 kg und bei dreissig 3½ kg betragen. Die durchschnittliche Gewichtszunahme betrug 3½ kg.

Unglücksfälle durch herabstürzende Hausteile.Die Erhaltung der Gebäude - eine Pflicht der Hauseigentümer.

In jüngster Zeit haben sich durch Abstürze von Gesimsteilen und Zierraten zwei tödliche Unglücksfälle ereignet. Der Magistrat macht in Ausübung des Aufsichtsrechtes über die den Hauseigentümern bezüglich der Erhaltung der Gebäude gesetzlich obliegenden Verpflichtungen aufmerksam, dass die Eigentümer der Häuser und Gebäude oder diejenigen, welchen darüber die Aufsicht übertragen wurde, verbunden sind, im Falle ein Haus in irgend einem Teile Einsturz besorgen lässt, unverzüglich einen Baumeister zur Besichtigung und vorläufigen Sicherung herbeizurufen und dass die Ausserachtlassung dieser Vorsicht nach §381, und je nach den etwa eintretenden Folgen nach den §§362 und 335 des Strafgesetzes geahndet wird. Die Hausbesitzer werden daher im eigensten Interesse aufgefordert, dem Bauzustand ihrer Gebäude eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, nach Bedarf durch Sachverständige eine Untersuchung der Gesimse, Erker, Balkone, des Zierverputzes und der Schaufflächen vornehmen und lose Teile abschlagen, bzw. entfernen zu lassen. Auch die Bevölkerung wird aufgefordert, bei Kenntnis derartiger Schäden die Baubehörde von denselben zu verständigen und zwar in den Bezirken I- IX und XX die Mag. Abt. 36, I, Neues Rathaus, und in den Bezirken X-XIX und XXI die Bauamtsabteilung des betreffenden Bezirkes.

0\_0\_0\_0\_0\_

Die Wahlordnung für die Vertretung der Volksschullehrer im Wiener Stadtschulrats.

Der Wiener Stadtsenat als Landesregierung hat eine vom 6. Juni 1924 datierte Verordnung über die Wahlen der Vertreter des Volksschullehrstandes im Stadtschulrats erlassen. Danach sind für diese Wahlen wahlberechtigt und wählbar alle an den öffentlichen Volks-, Bürger- und Sonderschulen im aktiven Dienstverhältnis stehenden definitiven Lehrpersonen, ebensó die nach dem Gesetz vom 31. Juli 1917 bestellten Religionslehrer, ferner die das Lehrbefähigungszeugnis oder das Reifezeugnis besitzenden, noch nicht definitiven Lehrpersonen, die definitiven Handarbeitslehrerinnen und die definitiven Lehrer und Lehrerinnen für den Unterricht in den Freigegenständen. Die Wahl, die geheim und unmittelbar ist, vollzieht sich so, dass jede Schulleitung die dem Lehrkörper angehörenden wahlberechtigten Lehrpersonen in Listen verzeichnet und diese Listen im Original dem zuständigen Bezirksschulinspektor und in einer Kopie dem Stadtschulrats übermittelt werden. Der Bezirksschulinspektor fasst die Listen seines Inspektionsbezirkes zu einer Gesamt- (Sprengel-)liste zusammen, die zwei Tage hindurch in seinem Amtslokal zur Einsicht aufliegen müssen. Reklamationen sind vom Bezirksschulinspektor dem Stadtschulrats zur Entscheidung vorzulegen. Jede wahlberechtigte Lehrperson hat nur eine Stimme. Lehrpersonen, die an mehreren Schulen desselben Wahlsprengels unterrichten, erhalten vom Bezirksschulinspektor die Schule zugewiesen, an der sie als wahlberechtigt zu verzeichnen sind. Wirkt eine Lehrperson an mehreren Schulen verschiedener Wahlsprengel, so entscheidet der Stadtschulrats, in welcher Schule die Wahlberechtigung zu verzeichnen ist. Der Schulbezirk Wien bildet einen Wahlbezirk, die Inspektionsbezirke sind Wahlsprengel. Wahlverschlüsse sind spätestens sechs Tage vor dem Wahltag der vom Stadtschulrats eingesetzten Hauptwahlleitung vorzulegen, müssen von mindestens 20 Wahlberechtigten unterfertigt sein und dürfen für jede Gruppenliste höchstens 20 Bewerber enthalten. Tag der Wahl und die Wahllokale werden vom Präsidenten des Stadtschulrates bestimmt. Ueber Beschwerden gegen die Wahl entscheidet der Stadtschulrats mit Offenhaltung der Beschwerde an das Bundesministerium für Unterricht.

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 16. Juni 1924.

Ermässigung des Milchpreises. Bei der am 6. Juni 1924 in der Österr. Landwirtschaftsgesellschaft III. Sektion für Milchwirtschaft abgehaltenen Besprechung zwischen den ländlichen Produzenten und den Milchhändlern wurde beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß sich bereits in einzelnen Milchabgabestellen Milchüberschüsse ergeben haben, den Milchpreis ab 17. d. M. um 360 bzw. bei Großmolkereien <sup>um</sup> 340 K per Liter herabzusetzen. Die Milch wird daher von diesem Tage an zu folgenden ermässigten Preisen verkauft werden: Milch aus Großmolkereien 5100 K (bisher 5400), Händlermilch pasteurisiert 5000 K (bisher 5360), nicht pasteurisiert 4700 K (bisher 5060). Es ist zu hoffen, daß diese Preisermässigung auch jenem Teil der Konsumenten, der bisher infolge der hohen Preise im Milchbezüge Beschränkungen auferlegen musste, einen genügenden Milchkonsum ermöglichen wird.

Eröffnung zweier Kinderfreibäder. Im Beisein des Bürgermeisters Seitz wurden gestern zwei Kinderfreibäder in Wien der allgemeinen Benützung übergeben. Im Czartoryskipark in Währing hat das Währinger Jugendheim, das unter der Leitung des Bezirksvorstehers Kleppe steht, mit Unterstützung der Gemeinde Wien und unter tätiger Mithilfe von Arbeitern, die 20.000 Arbeitsstunden unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatten, das Bad errichtet, in dem 250 Kinder zugleich zur Zeit baden können. Zur Eröffnung waren mit Bürgermeister Seitz die Stadträte Kokrda, Siegel, Tandler und Weber, Präsident Glöckel, sowie viele Gemeinderäte aller Bezirke Wiens erschienen. Zuerst wurde eine Ausstellung von Handarbeiten der Kinder und Lehrer des Jugendheims besichtigt. Beim Kinderbade selbst hatte sich außerordentlich viel Bewohner des Bezirkes versammelt. Auf die Begrüßungsworte des Gemeinderates Linder antwortete Bürgermeister Seitz. Er erinnerte daran, wie er selbst als kleiner Junge mit einer gewissen Scheu an dem halbverfallenen Schloß vorübergeschlichen sei, das Geheimnisse zu bergen schien und wie zu jener Zeit Wien von vielen solcher Geheimnisse erfüllt war. Der Poesie solcher verwunschener Schlösser stellen wir die Poesie der neuen Zeit entgegen, in der Wald und Park allen zugänglich ist, in der die Jugend sich in freier Luft, in Sonne und Wasser tummelt und zu freien Menschen heranwächst. Der Bürgermeister beglückwünschte schließlich den Bezirksvorsteher Kleppe und seine Mitarbeiter zum weiteren Fortschritt ihres einzigartigen Werkes und bat die Währinger Jugend diesen Park so schön zu erhalten und zu behüten, wie sie ihn bekomme und die Erwachsenen, das Werk, das hier geschaffen wurde, immer weiter zu unterstützen. Bezirksvorsteher Kleppe versprach, daß diese Eröffnungsfeier nicht die letzte in diesem Garten sein werde. Noch liege die Hälfte des Gartens unbenützt und er hoffe, noch im heurigen Jahre den restlichen Teil auszubauen und der Jugend zu übergeben. Mit Liedervorträgen der Schulkinder und außerordentlich präzis durchgeführten Turnvorführungen schloß die Feier, nachdem sich auf ein Signal des Führers eine Anzahl von kräftigen Jungen in das Wasser gestürzt und damit das Bad sichtbar in ihren Besitz genommen hatte.

Vom Czartoryskipark begab sich Bürgermeister Seitz mit den übrigen Funktionären der Gemeinde in die städtische Wohnhausanlage auf der Schmelz. Der riesige Häuserblock war in herrlichster Weise geschmückt, aus jedem Fenster leuchteten Fahnen, Embleme und Aufschriften in hellen Farben. Das Bad liegt in der Mitte der großen Gartenanlage und ist ebenso wie das des Czartoryskiparkes zum Teile als Planschbecken für kleine Kinder, zum Teile tiefer gebaut und zum Schwimmen eingerichtet. Nach der Begrüßung durch den Mietervertrauensmann Korbel, ergriff Bürgermeister Seitz von den Hausbewohnern und der Bevölkerung stürmisch begrüsst, das Wort. Bürgermeister Seitz dankte und sagte, daß er diese Begrüßung nicht für seine Person, sondern für die Sache, der alle dienen und die er nur repräsentiere, in Anspruch nehme. Der Bürgermeister entwarf ein Bild der aufeinanderfolgenden Bauperioden Wiens, erst der Zeit der kleinen Häuser mit den großen Höfen, in denen die Jugend sich in freier Luft erholen konnte, dann jener Periode der elendsten Zinskasernen, in denen der letzte Flecken Bodens verbaut wurde und die Jugend von jeder Bewegung im Freien ausgeschlossen war, außer auf der Strasse. Diese Zeit wird nun abgelöst durch eine neue Periode in der die Gemeinde nicht mehr kleine Einzelhäuser baut, sondern große Anlagen mit Gemeinschaftswohnungen, in denen die Menschen zwar in Massen beisammen sind, aber doch ihrer Individualität entsprechend, einzelne und abgegrenzte Wohnungen haben. Für die allgemeinen Bedürfnisse der Erholung und Kräftigung ist durch die herrlichen Parkanlagen gesorgt, die die Gemeinde schafft, und von denen ein Beispiel in der Schmelzer Wohnhausanlage zu sehen ist. Wir wissen, daß wir manchmal, wenn wir solche Parkanlagen errichten, in Gegensatz kommen zu Leuten, die in der Zeit des Krieges und schweren Ernährungsorgen ein Stückchen Land für sich gerettet haben. Wir rufen diese Siedler offen auf, das, was ihr Privateigentum ist, der Gesamtheit nutzbar zu machen. Die Gemeindeverwaltung muß in ihren großen Bauten fortfahren, sie wird Angriffen und Verhetzungen ausgesetzt sein, aber sie wird mit zäher Energie das Wohnbauprogramm restlos zu Ende führen, um die Stadt von der würgenden Wohnungsnot zu erlösen. Unter ungeheurem Jubel schloß der Bürgermeister seine Ausführungen mit dem Danke an alle, die sich an dem schönen Werke beteiligt hatten. Es sprachen noch Bezirksvorsteher Grassinger und Nationalrat Forstner. Ein reizendes Kinderpaar, ein Knabe und ein Mädchen <sup>denn</sup> überreichten dem Bürgermeister einen Blumenstrauß, wobei das Mädchen an den Bürgermeister eine förmliche Ansprache hielt. Unter den Klängen einer Kapelle der Strassenbahner besichtigten nunmehr Bürgermeister Seitz und die Gäste die Anlagen, sowie einige Wohnungen, die in ihrer Sauberkeit und praktischen Einrichtung die bewundernde Anerkennung aller Anwesenden, besonders der Fachleute fanden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 17. Juni 1924. A b e n d a u s g a b e

-----  
Vollversammlung des Wiener Stadtschulrats. Heute nachmittags hielt der Stadtschulrat für Wien im Sitzungssaal des Gemeinderates seine sechste Vollversammlung ab, in der der geschäftsführende Präsident Nationalrat Glückel einige bemerkenswerte Mitteilungen über das Wiener Schulwesen machte. Der Wiener Stadtschulrat hat eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Es obliegt ihm die administrative Schulverwaltung und er hat vor allem auch die schulreformatorischen Bestrebungen zu stützen. Die einzelnen Abteilungen des Stadtschulrates hielten in diesem Schuljahr insgesamt 96 Sitzungen ab. Es gibt in Wien gegenwärtig 390 öffentliche Volksschulen, 151 Bürgerschulen, 14 Sonderschulen und 14 tschechische Schulen. Im Vergleich zum vergangenen Schuljahr wurden heuer um 14.919 Schüler weniger gezählt. Während im vergangenen Schuljahr die öffentlichen Volksschulen noch von 105.373 Kindern besucht wurden, sank diese Zahl in diesem Schuljahr auf 92.950. Die Zahl der Bürgerschüler ist von 49.497 im Schuljahr 1922/23 auf 47.087 heuer gesunken. Von 3408 auf 3195 ging die Zahl der tschechischen Schulkinder zurück. Nur die Sonderschulen weisen eine kleine Steigerung von 1850 auf 1967 Kinder auf. Entsprechend der geringeren Schülerzahl ist auch die durchschnittliche Zahl der Kinder einer Klasse zurückgegangen. Im vergangenen Schuljahr entfielen auf eine Bürgerschulklasse noch durchschnittlich 38 Schüler, im laufenden Schuljahr nur mehr 29, während die durchschnittliche Besucherzahl einer Volksschulklasse nur von 34 auf 33 gesunken ist. Tschechische Schulkinder kamen im vergangenen Schuljahr noch 37 auf eine Klasse, jetzt sind <sup>es</sup> nur 31. Die Zahl der durchschnittlichen Besucher einer Sonderschulklasse hat sich ebenfalls von 15 auf 11 verringert. In 390 Volksschulklassen werden Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet. Knabenmittelschulen besuchen gegenwärtig 1059 Mädchen. Leider sind die Mädchenmittelschulen in ihrer Existenz stark gefährdet. Der jetzige Zustand der Subventionswirtschaft ist unhaltbar und der Staat darf sich seiner Pflicht nicht mehr länger erhalten, sollen diese Bildungsstätten nicht zugrundegehen. Die Zahl der Lehrpersonen ist gegenüber dem vergangenen Schuljahr um 520 zurückgegangen und Wien hat jetzt 7380 aktive Lehrpersonen. Für den Lerneifer der Lehrpersonen spricht der gute Besuch des pädagogischen Instituts der Stadt Wien. In diesem Jahr haben nämlich nicht weniger als 1279 Lehrerinnen und 611 Lehrer dieses Institut besucht. Eines ungemein guten Besuches erfreuten sich die Schulreformausstellungen in den einzelnen Schulen, vor allem aber die im Gebäude des Stadtschulrates. Die Gemeinde hat in diesem Jahre auch neun neue Schulwerkstätten errichtet, so dass jetzt insgesamt 22 Schulwerkstätten bestehen. Durch den Krieg wurden die Lehrmittelsammlungen der Wiener Volks- und Bürgerschulen direkt verwüstet. Für ihre vollständige Instandsetzung sind rund 4.5 Milliarden Kronen erforderlich. Da die Gemeinde für das Jahr 1924 bereits 2.5 Milliarden Kronen bewilligt hat und den Rest im nächsten Schuljahr bewilligen wird, so werden im Jahre 1925 die Schulen mustgültig mit sämtlichen Lehrmitteln versehen sein. Gute Fortschritte sind auch im gewerblichen Fortbildungsschulwesen zu verzeichnen, wo durch die versuchsweise Einführung des zehnmonatigen Schuljahrs und die Ausdehnung des Lehrwerkstättenunterrichtes bedeutende Erfolge erzielt wurden. Es gibt in Wien nicht weniger als zweitausend Privatschulen, die dem Stadtschulrat viel Arbeit verursachen, wobei festzustellen ist, dass die Zahl der privaten Volks- und Bürgerschulen verschwindend klein ist. Präsident Glückel teilte mit, dass ein ausführlicher Bericht über die Tätigkeit des Wiener Stadtschulrates gedruckt wird.

Es sprachen dann noch Ministerialrat Fadrus über die Reform der Lehrerbildung, Landeschulinspektor Dr. Furtmüller über pädagogische Ueberleitung von der Grundschule in die Mittel- und Bürgerschule und Landeschulinspektor Dr. Wollmann über die Errichtung einer Prüfungskommission für Lehrer des Esperanto.

-----

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 17. Juni 1924.

.....  
Glückwanschreiben des Bürgermeisters an Hugo Thimig. Bürgermeister  
Seitz hat an Hugo Thimig folgendes Schreiben gerichtet:

Einem herzlichen Bedürfnis folgend, will ich Ihnen, verehrter Meister, zu Ihrem 70. Geburtstagsfeste persönlich und im Namen der Stadt Wien die innigsten Glückwünsche entbieten. Diese Wünsche sind von dem Gefühl inniger Dankbarkeit beseelt, die Wiens Bevölkerung Ihnen und Ihrer unübertrefflichen Kunst entgegenbringt. Generationen von Wienern verdanken Ihrem künstlerischen Schaffen unvergeßliche Stunden beher Kunstfreude und geistiger Erholung und Ihr Name als Schauspieler und Direktor ist mit unserem Burgtheater für immer verbunden.

Heute, verehrter Meister, darf es Sie nicht nur freuen, daß Sie persönlich sich schon längst die Herzen der Wiener gewonnen haben und Sie sich diesen kostbaren Schatz der Hochschätzung und Verehrung dauernd erhalten; heute darf auch Ihr Vaterherz mit Stolz und Genugtuung erfüllt sein in dem Bewusstsein, in Ihren Kindern die göttliche Gabe der Kunst weiter wirken zu sehen.

An Ihrem 70. Geburtstag grüße ich Sie und die Mutter Ihrer Kinder herzlichst und wünsche Ihnen, daß Sie die Freude an dem Erfolge Ihres eigenen Schaffens und an dem Schaffen Ihrer Kinder noch recht viele Jahre genießen können!

.....  
Jubilare der Ehe. Stadtrat Speiser überbrachte in Vertretung des Bürgermeisters den Ehejubilaren Karl und Magdalēna Mayer und Leopold und Auguste Matzka im II. Bezirke und Mathias und Magdalena Thenmayer im XVIII. Bezirk die Ehrengabe der Gemeinde Wien zur goldenen Hochzeit.

.....

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 18. Juni 1924.

.....  
Besichtigung der Wasserkraftwerke durch den Bürgermeister. Ende der vorigen Woche bereiste Bürgermeister Seitz in Begleitung mehrerer Funktionäre der Gemeindeverwaltung und der Wasserkraftwerke-Aktiengesellschaft die Wasserkraftwerksbauten in Gaming und Opponitz, welche die WAG für die Stadt Wien gegenwärtig durchführt. Der Bürgermeister nahm auf den Baustellen die Vorstellung der Ingenieure entgegen und besichtigte hierauf mit großem Interesse nicht nur die einzelnen im Bau befindlichen Anlagen sondern auch die für die Unterkunft und Verpflegung von mehr als 2600 Arbeitern getroffenen Fürsorgeeinrichtungen. Er drückte dabei wiederholt seine Befriedigung über das Gesehene aus und konnte insbesondere auch den Eindruck mit sich nehmen, daß nach dem jetzigen Stande der Bauarbeiten die Vollendung des Opponitzer Kraftwerkes bis Ende 1924 sicher erwartet werden kann. Während der Fahrt wurden auch das städtische Mädchenerholungsheim im Schloß Weinzierl bei Wieselburg, sowie die Kohलगewinnungsstätten Lunz und Ederlehen bei Ybbsitz der Ybbstaler Steinkohलगewerkschaft de Majo - Betrieb Gemeinde Wien - besichtigt.

.....  
Einschreibungen in die Haushaltungsschulen der Stadt Wien. An der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, finden bereits Vor- merkungen für die Mitte September 1924 beginnenden Schulen und Kurse statt. Einschreibungen täglich von 10 bis 15 Uhr.

.....  
Motorboote in der Alten Donau verboten. Mit Rücksicht auf die vielen Bade- anstalten im Gebiete der Alten Donau und auf die immer lebhafter sich ent- wickelte Ruderschiffahrt hat der Magistrat im Einvernehmen mit der Poli- zeibehörde und der Baudirektion der niederösterreichischen Donaure- gulierungskommission das Befahren der Alten Donau mit Motorbooten verbo- ten, zumal durch die Motorboote die Fischzucht in der Donau beeinträch- tigt, das Wasser vielfach verunreinigt und das Publikum belästigt wird. Ausnahme von diesem Verbot werden nur in einzelnen Fällen über besonderes Ansuchen zugelassen, wobei für die Gewährung derartiger Bewilli- gungen folgende Grundsätze aufgestellt wurden: 1.) Werden nur kleine Motor- boote in einer Länge von höchstens 8 m und einer Motorstärke bis höchstens 5 P.S. zugelassen. Bloß für sportliche Veranstaltungen (Ruderregatten) als Begleitboote wird auch die Verwendung größerer Motorboote/gestattet werden. 2.) Für die Monate Jänner bis März wird mit Rücksicht auf die Fischzucht (Laichzeit) überhaupt keine Erlaubnis erteilt. 3.) Für die Zeit vom 15. Mai bis 15. September werden Bewilligungen lediglich für Probefahrten erteilt, die jedoch nur an Werktagen bis 1 Uhr mittags und ausschliesslich im unteren Teile der Alten Donau unterhalb der Kagranerbrücke vorgenommen werden dürfen. Für sportliche Veranstaltungen gelten diese Einschränkungen nicht. 4.) Die Eignung des Bootes und die Befähigung des Schiffsführers bzw. des Motorwärters ist durch eine Bescheinigung des Binnenschiffahrts- inspektorates nachzuweisen, die auf Grund einer von dieser Behörde ange- ordneten Probefahrt ausgestellt wird. Mit dieser Bescheinigung ist bei der Mag. Abt. 33 gegen Erlag einer von dieser Abteilung festzusetzenden Gebühr eine Nummerntafel zu beheben, die an dem Boote in deutlich sicht- barer Weise anzubringen ist und für die behördlichen Organe als Kennzei- chen für die erteilte Bewilligung dient. Für die zur Feststellung der Eignung des Fahrzeuges und der Befähigung des Schiffführers, bzw. des Motorwärters im Beisein eines Vertreters des Binnenschiffahrtsinspektora- tes vorzunehmenden Probefahrten wird dem Binnenschiffahrtsinspektorate von der Mag. Abt. 33 eine Tafel mit der Aufschrift „Probefahrt“ zur Ver- fügung gestellt, die bei derartigen Fahrten an dem Boote in deutlich sichtbarer Weise anzubringen ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 20. Juni 1924.

Ein neuer Rauchfangkehrertarif. Die Rauchfangkehrergehilfen haben gegenwärtig einen Wochenlohn von 409.000 Kronen. In diesem Betrage ist aber die Vergütung für das vom Gehilfen beizustellende lederne Arbeitsgewand, Handwerkszeug und Waschmaterial inbegriffen, so daß der reine Arbeitslohn 350.000 Kronen beträgt. Die Gehilfenschaft hat eine 25%ige Lohnerhöhung angestrebt, die sich im bestehenden Kehrtarif auswirken muß. Vom Magistrat wurden daher mit den Interessenten Verhandlungen geführt, bei denen die Gehilfenschaft ihre Lohnansprüche auf die Indexauswirkung reduzierte. Auf Grund des Ergebnisses dieser Verhandlungen wird vom 1. Mai an eine Tarifierhöhung um rund 16% vom 285fachen auf das 300fache des Grundtarifies vom Jahre 1920 vorgenommen. Die Mehrbelastung einer Kleinwohnung beträgt rund 160 Kronen monatlich.

Freikonzert am Heldenplatz. Der Neubauer Männergesangverein veranstaltet am Montag, den 23. Juni (bei schlechter Witterung am 27. Juni) am Heldenplatz um 7 Uhr abends ein Freikonzert unter der Leitung seines Chormeisters Herrn Sigismund Schnabel, bei dem Chöre von Hans Wagner, Kirchl, Eyrich und V. Kehlendorfer vorgetragen werden.

W I E N E R G E M E I N D E R A T  
Sitzung vom 20. Juni 1924.

Bgm. Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Ein Antrag der Gemeinderäte Schleifer, Reismann, Fränkel und Genossen, der den Gemeinderat auffordert, gegen die geplante Erhöhung der Zölle auf Baumaterialien, vor allem auf Zement, zu protestieren, da durch die erhöhten Zollsätze das Investitionsprogramm der Gemeinde, insbesondere das Wohnbauprogramm gefährdet wird, wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Gemeinderat genehmigte sodann ohne Wortmeldung die Erbauung eines Verwaltungsgebäudes im Strassenbahnhof Ottakring, um den Betrag von drei Milliarden Kronen, ferner die Verlegung des Teiles der Strassenbahnlinie 2 zwischen der Sezession und der Akademiestrasse und die damit zusammenhängenden Änderungen an den Gleisen der Linien Neuer Markt-Bahnhof Meidling und Kärntnerstrasse-Favoriten mit einem Kostenbetrag von 2100 Millionen Kronen. Ohne Debatte wurde der Ankauf von Grundstücken und Häusern in der Leopoldstadt, auf dem Alsergrund, in Favoriten/Simmering

beschlossen. Für den Neubau einer Tagrambaracke mit Unterkunftsräumen für das Personal in der städtischen Kindererholungsstätte in Pötzleinsdorf wurde ein Betrag von 400 Millionen Kronen und für die Erweiterung des städtischen Ziegelwerkes in Oberlaa ein Kredit von rund 1.7 Milliarden genehmigt. Angenommen wurde auch der Entwurf für den Bau einer Schleppebahnanlage von der Station Hernals der Vorortlinie zur projektierten Wohnhausgruppe „Sandleithen“ und gleichzeitig die Kosten von einer Milliarde bewilligt. Schließlich wurden noch ohne Debatte zwei Milliarden Kronen für Strassenerhaltungsarbeiten und der gleiche Betrag für den Ankauf von vier Strassenwalzen bewilligt. Für den Geschäftsbereich der städtischen Zahnkassen wurde die Stelle eines Primararztes und einer Hilfskraft systemisiert. Auch die Liquidierung der Hausgehilfenkrankenkasse der Gemeinde und die Aufkündigung des Dollarkredits der Nationalbank an die WAG wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

StR. Speiser beantragt die Genehmigung eines Kollektivvertrages für die Arbeiter der städtischen Reparaturwerkstätte für Wassermesser.

GR. Panosch (chr. soz.) wünscht zu erfahren wieviele Arbeiter in dieser Werkstätte beschäftigt sind und welchen Umfang die Beschäftigung an gewerblichen Arbeitern in den verschiedenen Arbeitskategorien überhaupt genommen hat. Man hört, daß immer beim Abschluß eines Kollektivvertrages solche Werkstätten existieren. Es ist für die Gemeinde Wien nicht von großem Vorteil, wenn sie derartige Arbeiten in eigener Regie ausführt, sie sollte diese lieber dem Gewerbestande zukommen lassen. Auch auf dem Gebiete des Pflückerwesens geht die Gemeinde nicht richtig vor. So soll in einer Magistratsabteilung ein Obermonteur zur Reparatur von Uhren verwendet werden,

d.h. einen Arbeiter direkt zum Pflücker animieren.

GR. Haider (chr. soz.) hat gegen die Lohnerhöhung nichts einzuwenden, möchte aber bei dieser Gelegenheit eine andere mit ihr in Beziehung stehende Sache erörtern. Die Gemeindeverwaltung vergibt die Herstellung von tausenden von Wassermessern. Dabei richtet sie nicht ihr Augenmerk auf die Förderung der heimischen Industrie und des heimischen Gewerbes. So hat die Gemeinde Wien neue Wassermesser um den Betrag von 8.992.470.000 Kronen bestellt und diesen Auftrag an drei Firmen und zwar an die Firma Siemens und Halske, an die Firma Meineke und an die Firma Schünzel übergeben. Die Firma Siemens und Halske ist allerdings zum Teile wenigstens eine österreichische Unternehmung, aber die Firma Meineke ist eine deutsche Firma, die ihren Sitz in Breslau hat. Die österreichische Firma Spanner wurde bei dieser enormen Bestellung übergangen, und zwar, wie es heisst, weil sie christlich organisierte Arbeiter in ihren Betrieben hat. Freilich auch Arbeiter, die schon zwanzig und dreissig Jahre in ihren Betrieben tätig sind. Der Haß der Gemeindeverwaltung gegen das inländische Gewerbe und heimische Industrie darf nicht so weit gehen, daß man bei Bestellungen von über acht Milliarden Kronen die heimische Erzeugung übersieht

StR. Speiser beantwortete die Anfrage des G. R. Panosch über die Zahl der in der Wassermesserreparaturwerkstätte beschäftigten Arbeiter damit, daß hier 20 Arbeiter tätig sind. Die Zahl der gewerblichen Arbeiter in Gemeindebetrieben überhaupt, werde erst später dem Gemeinderat bekanntgeben. Redner konstatiert aber, daß die Existenz dieser Werkstätte nicht erst anlässlich der Revision eines Kollektivvertrages dem Gemeinderat bekanntgegeben werde, sondern daß diese Reparaturwerkstätte durch einen Beschluß des Gemeinderates im Jänner 1922 gegründet wurde und im Jänner 1923 ihre Tätigkeit begonnen hat. Diese Werkstätte wurde geschaffen, weil die Firmen, die sich mit dem Reparieren von Wassermessern beschäftigen, dies im allgemeinen nur nebenbei betrieben und zahlreiche Klagen über den schlechten Zustand der Wassermesser einliefen. Deshalb mußte die Gemeindeverwaltung diese Werkstätte errichten, um die Anstände zu beseitigen. Alle deutschen Städte führen Wassermesserreparaturen selbst durch und während der Herrschaft der Christlichsozialen im Rathause haben das Gaswerk und Elektrizitätswerk alle ihre Messer selbst repariert. Bezüglich der angeblichen Uhrenreparaturen durch einen Obermonteur in einer Magistratsabteilung wird der Redner Erhebungen pflegen lassen. Im allgemeinen billigt niemand und auch kein Sozialdemokrat das Pflücker außerhalb der normalen Arbeitszeit oder das Abtreiben von Arbeiten bei Gewerbetreibenden, insofern nicht ein Nutzen für die Allgemeinheit damit verknüpft ist. Bezüglich der Klagen des GR. Haider über die Vernachlässigung der heimischen Industrie teilt Redner mit, daß von der Bestellung von acht Milliarden in das Ausland nur ein Achtel hinausgegangen ist und sich diese eine Milliarde nur zu einem gewissen Teile, weil Nebenarbeiten für diese Milliarde im Inlande hergestellt wurden. Die Firma Meineke, eine der ersten Spezialfirmen auf dem Kontinent, erzeugt besondere Patente und größere Wassermesser, die eine andere Firma herzustellen, gar nicht in der Lage ist, und die auch nicht im Inlande hergestellt werden können. Die Firma Siemens und Halske hat einen großen Betrieb in Berlin und einen in Wien. Jeder dieser Betriebe ist für gewisse Arbeiten spezialisiert. Es werden also gewisse Bestandteile ihrer Erzeugnisse in Wien erzeugt und nach Berlin verschickt und umgekehrt. Was endlich die Uebergehung der österreichischen Firma Spanner betrifft, über die GR. Haider Beschwerde geführt habe, und die er politischen Motiven zuschrieb, so ist Redner durch diese Imputation genötigt, zu erklären, daß die Gemeinde mit dieser Firma schlechte Erfahrungen gemacht habe. Anfang 1922 wurden ihr bei 93 Stück Wassermesser bestellt und heute sind davon 37 Stück, d.h. 40% reparaturbedürftig. Die Lieferungsbedingungen enthalten aber die Bestimmung, daß, wenn 20% der bestellten Gegenstände nach drei Jahren einer Reparatur unterzogen werden müssen, die ganze Lieferung einer Firma zurückzustellen ist. Im den Jahren 1913 und 1914 wurden von der Firma Spanner rund 2400 Wassermesser geliefert, die infolge ihrer mangelhaften Konstruktion und Ausführungen jetzt nach 10 Jahren überhaupt nicht mehr verwendet werden können. Man kann also nicht sagen, daß hier der Haß wegen einer christlichen Firma mitgespielt hat, sondern daß die Firma für die Gemeinde schlecht geliefert hat und die Gemeindeverwaltung musste sie pflichtgemäß aus rein sachlichen Gründen von der Bewerbung ausschalten. Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten angenommen.

StR. Speiser berichtet sodann über die fünfprozentige Lohnerhöhung für die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke und Ueberlandzentrale.

GR. Haider (chr. soz.): Auch die Minderheit könne gegen die Lohnerhöhung keine Einwendungen machen, da sie aber kein Freund des Lizitierens sei, unterlasse sie es Anträge auf entsprechende Erhöhung der Lohnsätze zu stellen. Man müsse darauf aufmerksam machen, daß es der Mehrheit darum zu tun sei, die breite Öffentlichkeit irre zu führen, wenn man von einer fünfprozentigen Lohnerhöhung der Elektrizitätsarbeiter spreche. In Wirklichkeit wäre das keine fünfprozentige Lohnerhöhung, da die Alterszulage sowie die Starrezulage, beides Bestandteile des Lohnes, keine entsprechende Erhöhung erführen. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung trachte immer danach, die städtischen Arbeiter und Angestellten als glänzend bezahlt erscheinen zu lassen. Die Minderheit sei aber der Meinung, daß die Entlohnung der städtischen Arbeiter keine glänzende, ja nicht einmal eine genügende sei. Man müsse an eine Reihe von Bonifikationen denken, die von der früheren christlichsozialen Verwaltung den städtischen Arbeitern, besonders aber den Elektrizitätsarbeitern zugestanden worden seien. Letztere hätten sogar den Eigenbedarf an Strom nicht zu bezahlen gebraucht. Wenn heute von den Sozialdemokraten immer so viel von den Zuwendungen und Begünstigungen gesprochen würde, handle es sich in allen diesen Fällen nur um aus der Zeit der christlichsozialen Verwaltung übernommenen Einrichtungen. Die Minderheit habe auch noch den Herrn Referenten zu ersuchen, auf besonders in den Elektrizitätswerke heute noch herrschende gesundheitswidrige Verhältnisse mit Nachdruck hinzuweisen.

StR. Speiser

weist vor allem darauf hin, daß

die Starrezulage nirgends in der Welt bei Lohnverhandlungen entsprechend der Erhöhung des Lohnes ebenfalls erhöht würde, denn sonst könnte sie nicht als eine Starrezulage bezeichnet werden. Es sei also, dem Herrn GR. Haider in diesem Falle ein kleiner Lapsus unterlaufen. Dass die Bonifikationen von der christlichsozialen Gemeindeverwaltung übernommen worden wären, gebe Referent unumwunden zu, nur dürfe man nicht vergessen, daß in der Auffassung der Bonifikationen und in ihrer Wirksamkeit zwischen der christlichsozialen Stadtverwaltung und ehemals und der heutigen sozialdemokratischen Stadtverwaltung ein bedeutender Unterschied sei. Früher bedeuteten die Bonifikationen nichts anderes als eine ganz kleine Entschädigung für einen sehr sehr schlechten Lohn, heute bedeuten diese Bonifikationen Einrichtungen, die im Interesse der Arbeiterschaft von dieser selbst sobald als möglich überwunden und beseitigt gewünscht werden, sobald man eben ein/entsprechend ausreichenden Lohn werde bezahlen können. Die Gemeindeverwaltung leiste auf dem Gebiete der Bonifikation heute ganz gewaltiges, wenn sie sieben Prozent vom Lohnesinkommen für die Pensionskasse und ein dreizehntel Prozent vom Lohnesinkommen für die Krankenfürsorge der städtischen Arbeiter und Angestellten aufwende. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes seien durchschnittlich um 20 und 30 Prozent besser bezahlt, als die Arbeiter der gleichen privaten Industrie, wie etwa bei Siemens und Halske und Siemens Schuckert. Wirklich ausreichend müsse das Wocheneinkommen eines besonders guten Arbeiters mit 871.000 Kronen angesprochen werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

StR. Speiser referiert über den Zuschusskredit von 435 Millionen Kronen für das Jahr 1924 zur Bedeckung der durch Personalvermehrung in den Heilanstalten der Stadt Wien erwachsenden Kosten.

GR. Stöger (chr. soz.): Auf den ersten Blick müsse einem dieser Antrag sympatisch erscheinen. Bei genauerer Einsicht fände man aber, daß mit diesem Antrag, sowie mit vielen anderen, die Prinzipien der Demokratie aufs Ärgste verhöhnt wird. Nirgends herrsche eine so schrankenlose Willkürherrschaft, als auf diesem Gebiete, wosich die Mehrheit geflissentlich jeder Kontrolle durch die Minderheit entziehe. Wahrscheinlich hätte die Mehrheit dazu ihre guten Gründe. Ein Beispiel charakterisiere ganz besonders die unfähige Verwaltung, die Kinderheilstätte Bad Hall. Hier könnten 300 Millionen Kronen im Jahr der Steuerzahlenden Bevölkerung erspart bleiben, wenn es nicht der Gemeinderatsmehrheit nach kulturkämp-

ferischen Auesserungen gelüstete. In der Kinderheilanstalt Bad Hall begann man vor einem Jahre sehr an unrichtiger Stelle und gegen den entschiedenen Widerspruch der Minderheit am Personal abzubauen, nur darum, um seit sieben Jahrzehnten im charitativen Dienste stehende Ordensschwestern davonzujagen. An die Stelle der Ordensschwestern mußten weltliche Krankenpflegerinnen gesetzt werden, deren Zahl bis heute die Zahl der Ordensschwestern um zehn überschreitet. Die Verwaltung wurde bisher von der Oberin der Schwestern unentgeltlich aus freien Stücken im Nebenteleamt geführt, in der Zeit, aber wo das Ärgste Sparen notwendig gewesen wäre, wurde an deren Stelle ein kulturkämpferischer Verwalter gesetzt. Daß dadurch die finanzielle Belastung der Gemeinde eine bedeutend größere ist, sei eine Selbstverständlichkeit. Mit dieser Tatsache stehe im Ärgsten Widerspruch der Umstand, daß man von den Ärmsten Eltern oft ganz unaufbringliche Verpflegungskostenbeiträge, allerdings unter anderen Namen, wie Elterngelder, einzutreiben versucht. Dort wirft man Millionen für schlechte kulturkämpferische antichristliche Zwecke hinaus und hier presst man aus den Ärmsten Ständen so verhältnismässig lächerlich geringe Beträge. Sozialdemokratische Theorie und sozialdemokratische Praxis decken sich hier nicht. Es sei auch höchst verwunderlich, daß bis heute das Kuratorium für die Anstalt in Bad Hall, das doch vom Gemeinderat gewählt wurde, noch nie einberufen worden ist. StR. Breitner hat da ruhig erklärt, daß man gar nicht daran denke, dieses Kuratorium einzuberufen. Warum es dann nicht aufgelöst wird, ist mir unerfindlich. So wie man die geistlichen Schwestern aus dieser Anstalt entfernt habe, werde auch mit dem übrigen Personal verfahren. Ausgezeichnet werden nur ekelhafte Konjunktursozialisten, so daß nach den letzten Massenauszeichnungen es eigentlich keine Ehre mehr ist, wenn man ausgezeichnet wird. Brechen Sie mit dieser Wirtschaft und das Vertrauen des gesamten aufrecht gebliebenen städtischen Personals ist Ihnen sicher. (Beifall).

StR. Speiser: Mein Vorredner hat das Märchen wiederholt, daß bei den Auszeichnungen parteiisch vorgegangen wird. (Große Heiterkeit bei den Christlichsozialen). Wenn Sie lachen, so ist das nur ein Zeichen dafür, daß Sie sich eine wirklich moderne und gerechte Verwaltung nicht vorstellen können, weil Sie immer an die Zeiten denken, in denen Sie in einer wirklich unerhörten Weise diese Stadt verwaltet haben. (Stürmischer Beifall). Als Angehörige einer Partei, die durch zwanzig Jahre hindurch eine geradezu unerhörte Protektions- und Korruptionswirtschaft geübt hat, haben Sie das Recht verwirkt, wenn selbst solche Dinge jetzt vorgekommen wären, daran Kritik zu üben. Ich selbst nehme die Verantwortung für alle diese Dinge auf mich und sage Ihnen, daß in hunderten Fällen, wo in Anlehnung an die alten Verhältnisse der christlichsozialen Zeit, von mir solche Dinge verlangt worden sind, ich den größten Widerstand geleistet habe. Soll man hier in diesem Saale immer wieder von den Christlichsozialen Lehrerverfolgungen sprechen, jetzt, wo als lebende Zeugen Seitz und Täubler hier sitzen? Wenn Sie etwa wünschen, daß wir die Sünden dieser Zeit besprechen, wir sind bereit, Sie werden dann Gelegenheit haben, den Unterschied zwischen einst und jetzt zu sehen. Wir haben bei der Uebernahme der Verwaltung auch zahllose Kuratorien vorgefunden, die niemals gearbeitet haben. Die Arbeit des Kuratoriums für Bad Hall besorgt heute der Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtsangelegenheiten. Wenn wir die Eltern dazu verhalten, nach ihrer wirtschaftlichen Kraft Verpflegungskostenbeiträge zu leisten, so gehen wir von dem Grundsatz aus, daß die Bettelgesinnung der Jahre 1919 und 1920, die so entwürdigend ist, abgebaut werden soll. Bedürftige Eltern werden nie etwas bezahlen und im Bad Hall sind auch 50% Kinder untergebracht, für die von der Gemeinde die vollen Kosten getragen werden. (Lebhafter Beifall).

StR. Speiser berichtet über die Regelung der Bezüge der Bediensteten des städtischen Fuhrwerksbetriebes.

GR. Dirisamer (chr. soz.) bringt den Fall des Pferdewärters Kobler aus dem Fuhrwerksbetrieb Simmerin zur Sprache, der sich im Jahre 1919 geweigert hatte, im Handels- und Transportarbeiterverband aus der zweiten in die Beitrittsklasse überzutreten und deshalb vom Betriebsobmann aus dem Betriebe gedrängt wurde, obgleich sich die Kollegen seines Betriebes seiner annahmen. Der Betriebsobmann wurde später auch wegen Erpressung angeklagt und von der zweiten Instanz zu vier Monaten strengen Arrests verurteilt. Redner bringt auch andere Fälle zur Sprache, in denen städtische Arbeiter angeblich aus politischen Motiven verfolgt und entlassen wurden, und schliesst mit dem Wunsche, daß die Prinzipien wahrer Demokratie in den Unternehmungen der Gemeinde Wien zu Wirkung gelangen.

GRin. Dr. Motzko (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, daß bei diesem Kollektivvertrage von dem bisher befolgten Prinzip der Gleichstellung männlicher und weiblicher Arbeiter abgegangen wurde und daß die Depotarbeiterinnen bei den Fuhrwerksbetrieben, die bisher den Hilfsarbeitern gleichgestellt waren, bei den Lohn erhöhungen und sonstigen Vergütungen ihrer Leistungen nicht berücksichtigt werden. Die/Depotarbeiterinnen ist unsauber und gesundheitsschädlich und verdient bei vielleicht geringerer physischer Kraftaufwendung der Arbeiterinnen doch eine gewisse Berücksichtigung.

StR. Speiser erklärt auf die vorgebrachten Beschwerden des GR. Dirisamer nicht eingehen zu können, da diese Fälle so weit zurückliegen, daß er sie ohne Vorbereitung nicht in Erinnerung habe. Bezüglich der Verurteilung des Betriebsobmannes wisse er aber, daß dieses Urteil in Arbeiterkreisen Entrüstung hervorgerufen habe und dass dagegen außerordentliche Rechtsmittel angewendet wurden. Redner verkennt nicht, daß es eine aus England zu uns herübergekommene gewerkschaftliche Auffassung gibt, nach welcher die Arbeiter eines Betriebes, die die Vorteile einer Organisation genießen, auch fest in einer Organisation zusammengeschlossen sein müssen. Als Verwalter der städtischen Betriebe könne er diesen Standpunkt nicht akzeptieren und einen Zwang zum Beitritt Organisation nicht anerkennen. Bezüglich der anderen vorgebrachten Fälle müsse Redner aber bitten, bei der Uebernahme von privaten Informationen vorsichtig zu sein. GRin. Dr. Motzko antwortet Redner, daß die Gleichstellung der Depotarbeiterinnen mit Hilfsarbeitern bei der früheren Lohnregulierung nur wegen der geringen Zahl der Arbeiterinnen vorgenommen wurde, die sich später aber mit Rücksicht auf die Rückwirkung in anderen Betrieben, dagegen Bedenken geltend machten. Im übrigen sind aber die Depotarbeiterinnen gewiß besser gestellt, als viele Arbeiterinnen in Privatbetrieben. Schliesslich werden die Anträge des Referenten angenommen.

GR. Grünfeld berichtet über die Umgestaltung und Organisierung der Friedhofsverwaltung als Betrieb und ersucht um Genehmigung des Gemeinderat vorliegenden Organisationsstatuts.

GRin. Dr. Motzko spricht sich gegen diese Organisierung aus und verweist auf meritorische und formelle Gründe, die dem beabsichtigten Schritt als unklug erscheinen ließen. Es ginge nicht an, daß die Gemeindefunktionen, die ihr als autonome Obrigkeit als Pflicht zustünden, in Form von Gewinnunternehmungen durchführten. Zur besseren Klärung und Durchberatung der Angelegenheiten, die von weittragender Bedeutung wären, sehe sich Rednerin bemüsst, den Antrag auf Absetzung des Referates von der Tagesordnung und auf Rückverweisung in dem zuständigen Ausschuss zu stellen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Rückverweisung abgelehnt und der Antrag des Referenten mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

GR. Fischer referiert über Zuschußkredite für die Ausgestaltung der Lagerhäuser der Stadt Wien und zwar 100 Millionen über den bereits genehmigten Kredit von einer Milliarde Kronen bei der Erbauung von drei neuen Wagenmagazinen im Prater und weitere 50 Millionen Kronen über den bereits genehmigten Kredit von 400 Millionen bei der Rangier- und Spillanlage in der Kaianlage der Lagerhäuser, Lohnsteigerungen im Baugewerbe,

bezw. die Erweiterung des Projektes machen diese Zuschußkredite notwendig.

GR. Rotter (chr. soz.) erklärt, daß er sich schon einmal wegen einer weiteren Vergrößerung des Lagerhauses ausgesprochen habe, weil nach seinen Informationen die Verhältnisse im Lagerhaus sehr schlecht seien. Wie er höre, sei der Lagerbestand kaum größer als 20 Waggons bei einem Fassungsraum von bei nahe 3000 Waggons. Die Gründe liegen gewiß in der allgemeinen Geschäftskrise, ferner die Konkurrenz anderer Donauhäfen, wie Pressburg, Passau, Budapest und Regensburg, deren Tarife niedriger seien, ferner die schlechte Verwaltung. Gerüchten zufolge bewege sich das Defizit des Lagerhauses von einer Summe von 10 Milliarden Kronen. Redner habe auch gehört, daß man neue Tariferhöhungen plane. Schluß sei ferner die Ueberlastung des Lagerhauses mit zu viel Personal. Es gebe auch Gerüchte, die von einer Verpachtung, ja von einem Verkauf der Lagerhäuser sprechen. Schliesslich bringt Redner einen Antrag ein, daß dem Gemeinderat binnen vier Wochen über die finanzielle und kommerzielle Lage des Lagerhauses Bericht erstattet werde.

VB. Emmerling sagt, die Rede des GR. Rotter sei der typische Beweis dafür, daß man über geschäftliche Unternehmungen nicht in einer öffentlichen Sätzungsreden soll. GR. Rotter habe mit wahren Gerüchten und Informationen aus dritter Hand ungeheuerliche Behauptungen vorgebracht, die geeignet seien, ein Geschäft im Mißkredit zu bringen. Man spricht nicht von Tariferhöhungen, Verpachtung und Verkauf eines Unternehmens,

wenn man dessen nicht sicher ist, solches Gerüchte könnte die Lagerhäuser in Mißkredit bringen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung nicht wisse, was sie auf solche Ausführungen zu geben hat. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Der zuständige Ort für die Ausführungen des GR. Rotter würde der Unternehmungsausschuss gewesen. Er hat aber für alle seine Behauptungen nicht den Schatten eines Beweises. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Rotter erklärt, daß er im Unternehmungsausschuss nicht die Möglichkeit habe zu sprechen, weil das Referat abgesetzt wurde.

VB. Emmerling: Sie haben <sup>dort</sup> ja die Möglichkeit zu reden, wann sie wollen.

GR. Rotter: Versichert nochmals, daß er nicht die Absicht habe, die Lagerhäuser in Mißkredit zu bringen und verlangt die Annahme seines Antrages.

GR. Fischer: Die Verhältnisse im städtischen Lagerhaus sind naturgemäß bedingt durch die wirtschaftliche Lage im allgemeinen. Man kann nicht sagen, daß unser Lagerhaus in schlechteren Verhältnissen sich befände, als irgend ein anderes. Der Geschäftsgang ist nach der Konjunktur bald ein regerer, bald ein mehr schleppender. Gegenwärtig sind Wagen im Ausmaß von bei häufig von 2000 Waggon eingelagert. (GR. Rotter: Das ist eine offene Unwahrheit!) Im Lagerhaus wurde in letzter Zeit ein bis zu 40% gehender Personalabbau durchgeführt, der begründet war durch modernere, rationellere Maschinen, die in Betrieb gestellt wurden.

Der Zusatzantrag des GR. Rotter wird bei der Abstimmung abgelehnt und der Antrag des Referenten genehmigt.

4

Einzufügen in die Debatte über das Lagerhaus nach der Rede des Vizebürgermeisters Emmerling  
Bürgermeister Seitz richtet bei diesem Anlass an alle Mitglieder des Gemeinderates den dringenden Appell, sich in ihrer Kritik über die geschäftlichen Unternehmungen der Gemeinde eine gewisse Reserve aufzuerlegen. Wenn auch der Sachkundige bei solchen Erörterungen weiss, wieviel er davon auf das Konto der parteipolitischen Ueberreibungen zu buchen hat, so könnte doch hier und da der Verdacht entstehen, dass an solchen Behauptungen doch etwas richtig sei. Das wäre gegen das Interesse der Gemeinde überhaupt, nicht der einen oder anderen Partei. Es kann nicht laut und nicht deutlich genug festgestellt werden, dass das Lagerhaus ein blühendes geschäftliche Unternehmen ist, dass von Schwierigkeiten beim Lagerhaus nicht die Rede sein kann, sondern dass dort das Geschäft wie alle derartigen Unternehmungen von der jeweiligen Konjunktur abhängig ist. Ebenso kann von irgendwelchen Unzukömmlichkeiten in den Lagerhäusern nicht die Rede sein. Ich wünsche das mit allem Nachdruck festzustellen, damit jeder Verdacht gründlich beseitigt werde und bin überzeugt, dass bei keinem Mitgliede des Gemeinderates auf Widerspruch zu stossen.

VB. Emmerling berichtet über den Bau einer Strassenbahnschleife Kollingasse, Wasagasse-Schottenring, der zur Erleichterung des starken Strassenbahnverkehrs beim Schottentor durchgeführt werden soll. Die Kosten betragen 2.4 Milliarden Kronen.

GR. Rummelhardt stellt fest, dass hier endlich einmal auf die Gründe der Minderheit gehört wurde. Es wäre nur noch zu wünschen, dass der Vorgarten beim Kaffee Dobner nicht geschmälert wird, weil das Bild der Stadt bezüglich dieser Vorgärten keine Veränderung erfahren soll. Die Wünsche wegen der Linie 5, die bereits im Stadtsenat vorgebracht worden sind, sollten doch einmal berücksichtigt werden. Dort fahren die Wagen rasend schnell durch die Laudongasse und kommen oft aus dem Gleise. Eine Zeitlang war dort ein Wächter angestellt, der dieses schnelle Fahren abgestellt hat, jetzt ist aber auch dieses Organ weg und die Wagen sausen wieder mit beängstigender Geschwindigkeit durch die Laudongasse. Schliesslich sei auch die Ueberfüllung der Strassenbahnwagen geradezu unerträglich und wäre dies in der Periode der früheren Verwaltung vorgekommen, so hätten die Blätter spaltenlange Artikel geschrieben. Jetzt, wo die Strassenbahn über Geld verfügt, wäre diese arge Ueberfüllung doch nicht notwendig. Auch der neue Unfug mit der Propaganda in den Strassenbahnhöfen für den Verein Freie Schule-Kinderfreunde müsse abgestellt werden.

GR. Karasek (chr. soz.) macht auf einen Antrag aufmerksam, der seinerzeit von den Christlichsozialen gestellt worden und in dem eine Schleife bei der Endstation des 4er Wagens verlangt wird. Das wäre sehr notwendig, weil dort ein starker Verkehr ist. Auch die Verhältnisse auf der Linie 8 sind unhaltbar, dort herrsche besonders in den Morgen- und Abendstunden ein unerhörter Andrang.

GR. Biber (chr. soz.) regt an, dass die Schleife beim Favoritenplatz endlich durchgeführt wird.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass der Vorgarten des Kaffee Dobner nur verändert aber nicht verkleinert wird. Die Beschwerden über die Linie 5 sind durch die Anlegung eines neuen Gleisbogens hinfällig geworden, wenn dort zu schnell gefahren werde, so werde dies untersucht werden. Der Ausbau der Linie nach Salsmamsdorf koste mehr als 20 Milliarden und sei daher jetzt noch nicht möglich. Die Geleiseschleife auf dem Favoritenplatz wurde über Verlangen der Bevölkerung entfernt und stelle auch gar keine Notwendigkeit dar, da dort eine Haltestelle nicht errichtet werden könne.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten einstimmig angenommen.

St. R. Siegel referiert über das vorletzte Projekt des Bauprogrammes, die Wohnbauanlage im 20. Bezirk, Konstanziagasse, das vom Architekten Professor Dr. Peter Behres stammt.

G. R. Kunschak polemisiert gegen das Projekt, dem er vorwirft, dass es Räume enthalte, die nur indirektes Licht empfangen und ferner Mistablagerungsstätten werden würden.

GR. Biber (chr. soz.) bespricht die ungarischen Ziegellieferungen, die sich leicht vermeiden hätten lassen können, wenn bei der Uebernahme städtische Prüfungsorgane anwesend gewesen wären. In der letzten Zeit haben sich auf Gemeindebauten eine Reihe von Unglücksfällen ereignet, die für eine ungeheure Schlamperie bei der Bauführung sprechen. Sonst könne es doch nicht vorkommen, dass Personen durch Zementsäcke, die ins Rutschen kommen, schweren körperlichen Schaden leiden. Es sei entsetzlich, wenn berichtet wird, dass ein junger Mensch, der in eine Betonmischmaschine gekrochen ist, direkt zermalmt wurde. Das grösste Unglücksfall ist aber bei dem Bau des Kinderheims in Favoriten zu verzeichnen, wobei ein Menschenleben zugrunde ging. Die Prüfung der Bruchstücke hat dort ergeben, dass die Festigkeit auf Bruch nicht einmal ein Zwanzigstel der vorgeschriebenen Stärke war. Es sei kein Wunder, dass wenn solche Dinge vorkommen, dass das Vertrauen der Wiener Bevölkerung in die Wohnhausbauten der Gemeinde erschüttert werde.

Stadtrat Siegel erklärt in seinem Schlusswort, dass es nicht in der Ordnung sei, wenn die Minderheit der Mehrheit an den beiden Unglücksfällen, die sich in der letzten Zeit auf den Bauten der Gemeinde Wien ereignet haben, die Schuld gebe. Nach dem Gesetz ist immer der bauführende Unternehmer für den Bau verantwortlich. In dem einen Fall handelt es sich um die Firma Kraus, Mayreder & Co. eine erstklassige Firma und es sollen sich die Christlichsozialen nur erinnern, dass Mayreder unter ihrer Herrschaft doch selbst Stadtrat war und das Bauwesen geführt hat. Es sei sicherlich nicht in Ordnung, wenn heute der Gemeinde wegen der Unglücksfälle so schwere Vorwürfe gemacht würden. Es ist noch gar nicht so lange her, da hat sich in Ottakring, bei einem Wohnhausbau der Firma Warchalovsky, ein schwerer Einsturz ereignet und diesen Bau hat niemand geringerer ausgeführt, als ein früherer christlichsozialer Nationalrat und Stadtbaudirektor von Wien. Auch beim Bau der Anstalt Steinhof sind solche Unglücksfälle vorgekommen und es wäre damals niemand eingefallen, die christlichsoziale Landesregierung anzugreifen. Wenn schliesslich ein junger Arbeiter im Uebermut in die Zementmischmaschine kriecht und ein anderer Arbeiter die Maschine in Betrieb setzt, so dass der unglückliche junge Mensch zermalmt wird, so muss das tief bedauert, aber kann doch niemals der Gemeinde eine Schuld zugemessen werden. Wenn sich Unglücksfälle auf Gemeindebauten ereignen, so so dass auch darauf zurückzuführen, dass eben sonst keinerlei Bauten aufgeführt werden. Was die Vorläge anlangt, so sei auf die Anwürfe wegen der geringen Belichtung zu antworten, dass nur Vorräume, aber nicht Wohnräume ungenügend belichtet sind.

GR. Biber berichtigt mehrere Behauptungen des Referenten, worauf Stadtrat Siegel einige Richtigstellungen macht und feststellt, dass die Unternehmer auch bei dem von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Material volle Verantwortung tragen.

Unter lebhafter Unruhe des wird der Antrag des Referenten von der Mehrheit angenommen.

Am Schluss der Sitzung begründet G. R. Orel die Dringlichkeit seines Antrages, dass die Kapelle auf dem Gersthofer Friedhofe, die eben besichtigt worden sei, wieder neu errichtet werde. Als er im Verlaufe seiner Ausführungen von jüdischem Hass und jüdischer Frechheit spricht die in der Massnahme des Stadtrates Tandler zum Ausdruck gelangt, ruft ihn der Bürgermeister zur Ordnung. Bei der Abstimmung wird dem Antrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt. um 3/4 III Uhr Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen.

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wi amstag, den 21. Juni 1924.

Neue Mindestlöhne für das Hauspersonal. Vor einigen Tagen fand unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Weber eine Besprechung über die Mindestentlohnung des häuslichen Dienstpersonals an der außer den Vertretern der Gemeinde, der Verband der Hausgehilfinnen „Einigkeit“, der Wiener Hausfrauenverein, der Verband der christlichen Hausgehilfinnen, der Verein arbeitender Frauen, der christliche Frauenbund und die Zentralorganisation der katholischen Frauenbewegung teilnahmen. In dieser Beratung einigte man sich auf folgende neue Mindestlöhne, die vom 1. Juni 1924 an gültig sind:

Der Monatsbezug für höheres Hauspersonale wurde um ungefähr 15 Prozent erhöht. Vom 1. Juni an wurde der Mindestbezug einer Erzieherin, einer geprüften Kindergärtnerin mit Musik- oder Sprachkenntnissen im Haus mit 800.000 K, tagsüber mit Verpflegung mit 950.000 K, vormittags mit Verpflegung mit 600.000 K, ohne Verpflegung mit 950.000 K, nachmittags mit Verpflegung und einer Hauptmahlzeit mit 650.000 K, ohne Verpflegung mit einer Million Kronen monatlich festgesetzt. Kindergärtnerinnen und Kinderfräuleins mit Praxis im Haus erhalten nun 600.000 K, tagsüber mit Verpflegung 750.000 K, vormittags mit Verpflegung und Mittagessen 500.000 K, ohne Verpflegung 750.000 K, nachmittags 550.000 K mit Verpflegung und 850.000 K monatlich ohne Verpflegung. Kinderfräulein mit Kurs (Anfängerin) im Haus erhalten 400.000 K, tagsüber mit Verpflegung 550.000 K, vormittags mit Verpflegung 400.000 K und ohne Verpflegung 600.000 K, nachmittags 450.000 K mit Verpflegung und 700.000 K ohne Verpflegung.

Für die Hausgehilfinnen wurden folgende neue Mindestlöhne festgesetzt: Für Mädchen unter 16 Jahren monatlich 150.000 K, für Mädchen für Alles mit Kochkenntnissen 250.000 K und mit Zeugnissen einer Haushaltungsschule 350.000 K. Für Küchen- oder Extramädchen 300.000 K und für Köchinnen für Alles 400.000 K monatlich. Für perfekte Köchinnen neben Stubenmädchen 450.000 K und für eine Perfekte Köchin neben Küchen- oder Extramädchen 500.000 K. Für ein einfaches Stubenmädchen 350.000 K und für ein selbständiges Stubenmädchen 400.000 K. Nach der neuen Regelung beträgt nun der Mindestbezug für ein Kinderstubenmädchen 350.000 K, für eine Kinderfrau 450.000 K, für eine Haushälterin 450.000 K, für eine Kammerjungfer 500.000 Kronen, für Kammerdiener mit Dienstkleidern 600.000 K und für Hausdiener mit Dienstkleidung 450.000 K monatlich.

Auch für die Bedienerinnen wurde eine durchschnittliche Erhöhung von zehn Prozent der gegenwärtigen Löhne beschlossen. Die ebenfalls vom 1. Juni an geltenden Mindestbezüge betragen nun für Bedienerinnen für zwei Stunden täglich ohne Kost, 75.000 K, für drei Stunden 100.000 K, für vier Stunden 130.000 K und für fünf Stunden 170.000 K wöchentlich. Mit Verpflegung wurde der Wochenlohn für eine Bedienerin für dreistündige tägliche Arbeit mit 65.000 K, für fünfständige Arbeit mit 90.000 K und für acht Stunden mit 120.000 K festgesetzt. Für Geschäftshäuser bei zwei Stunden Arbeitszeit beträgt der Mindestlohn wöchentlich 84.000 K, bei drei Stunden 126.000 K, bei vier Stunden 160.000 K und bei achtstündiger Arbeitszeit 320.000 K.

Die neuen Mindestlöhne für Hausarbeiterinnen stellen sich nun für eine Tagesköchin mit Kost auf 25.000 K, für eine Wäscherin mit Kost auf 40.000 Kronen, für eine Büglerin auf ebenfalls 40.000 K, für eine Feinbüglerin auf 45.000 K, für eine Putzfrau auf 40.000 K, für eine Reibfrau auf 45.000 K, für eine Haushaltsbedienerin, die regelmäßig verwendet wird, auf 35.000 Kronen und für eine Näherin auf 30.000 K täglich. Diese Löhne gelten nur bei Verabreichung der Kost. Ohne Kost sind täglich um 40.000 K mehr zu bezahlen.

Bei tagsüber Beschäftigten ist das Fahrgeld abgesondert zu berechnen, und zu vergüten. Hausgehilfen und Hausgehilfinnen müssen vom Dienstgeber Schürzen beige gestellt erhalten.

Entfallende Sprechstunde. Montag entfällt beim städtischen Personalreferenten amtsführenden Stadtrat Speiser die Sprechstunde. Die Vormerkungen bleiben für die nächste Sprechstunde, am <sup>Montag, den</sup> 30. Juni, aufrecht.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält in der nächsten Woche am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Die Verwendung von Eiern für alkoholische Getränke wieder gestattet. Der Bürgermeister als Landeshauptmann hat die Verordnung vom 26. August 1922 betreffend das Verbot der Verwendung von Eiern bei der Erzeugung und Verabreichung alkoholischer Getränke außer Kraft gesetzt.

Die Verpflegungsgebühren in den Wiener Krankenanstalten. Der Bürgermeister hat die Verpflegungsgebühren in den Wiener öffentlichen Krankenanstalten (öffentliche Fondskrankenanstalten, Krankenhaus in Lainz, in den angegliederten Kinderspitälern und in der niederösterreichischen Gebäranstalt) festgesetzt: 50.000 K für die allgemeine Verpflegsklasse, 90.000 K für die zweite Verpflegsklasse und 150.000 K für die erste Verpflegsklasse. Die Verpflegungsgebühr für die dritte Verpflegsklasse der den öffentlichen Krankenanstalten angegliederten Kinderspitäler wird mit 40.000 K pro Kopf und Tag bestimmt. Die Verpflegungsgebühr für die dritte Verpflegsklasse in der niederösterreichischen Landesgebäranstalt (I. und II. geburtshilfliche Klinik und niederösterreichische Landesgebärklinik) in Wien beträgt 50.000 Kronen pro Tag. Die neuen Gebühren gelten vom 16. Juni ab.

Absperrung eines Teiles der Taborstrasse. Mit Rücksicht auf den Beginn der Holzstückelpflasterung in der Taborstrasse im II. Bezirk wird diese Strasse in der Strecke von der Gredlerstrasse bis zum Karmeliterplatze von Montag, den 23. Juni 1924 an für den Fuhrwerksdurchzugsverkehr abgesperrt.

Die Totenmaske Berta von Suttners in den städtischen Sammlungen. Der akademische Bildhauer Hugo Taglang hat den städtischen Sammlungen anlässlich des zehnten Todestages der Vorkämpferin für den Weltfrieden die Original-Totenmaske Berta v. Suttner gespendet.

Schuleinschreibungen. Es wird neuerlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Schülereinschreibungen an den Volksschulen am 26. und 27. Juni zwischen 2 und 4 Uhr nachmittags stattfinden.

Schülersausstellungen von gewerblichen Fortbildungsschulen. In den nächsten Tagen werden im Fortbildungsschulgebäude VI., Mollardgasse 37 Arbeiten ausgestellt, die im heurigen Schuljahr von den Schülern in der Schule hergestellt wurden. Besonderes Interesse dürften die Werkstättenarbeiten erregen, die von den Lehrlingen der verschiedenen Gewerbe angefertigt wurden. Die fachlichen Fortbildungsschulen für mechanisch-technische Gewerbe stellen vom 24. bis 30. Juni, die Tischler vom 27. bis 30. Juni, die Elektrotechniker und Schuhmacher vom 28. bis 30. Juni an Wochentagen von 8 bis 12 Uhr und von 3 bis 6 Uhr, am Sonntag von 8 bis 12 Uhr aus. Die verwendbaren Schülerarbeiten können gekauft werden.

Übergabe der Floridsdorfer Brücke. Die Donauregulierungskommission wird am Mittwoch, den 25. Juni um 11 Uhr vormittags die fertiggestellte Floridsdorfer Brücke an die Gemeinde Wien übergeben. Zu dieser feierlichen Übergabe sind alle Mitglieder des Gemeinderates geladen.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl Honay

Wien, Montag, den 23. Juni 1924.

.....  
Der neue Rauchfangkehrertarif. In dem von der Rathauskorrespondenz ausgegebenen „neuen Rauchfangkehrertarif“ war infolge eines Schreibfehlers gesagt worden, daß nach Verhandlungen mit den Rauchfangkehrergehilfen vom 1. Mai an eine Tarifierhöhung auf das 300fache des Grundtarifes im Jahre 1920 vorgenommen wurde. Es soll richtig heißen, daß die Tarifierhöhung das 330fache des Grundtarifes vom Jahre 1920 beträgt.

.....  
Spenden für wohltätige Institutionen der Stadt Wien. In der letzten Gemeinderatssitzung hat Bürgermeister Seitz von mehreren bedeutenden Spenden für die Wiener Humanitätsanstalten Mitteilung gemacht. Für das Röntgeninstitut des Krankenhauses in Lainz hat <sup>die</sup> Firma Siemens und Halske eine neue Röntgenapparattypen im Werte von 32 Millionen und die Firma Radion eine neue Röntgenröhre im Werte von sechseinhalb Millionen Kronen gespendet. Die Generaldirektion der österreichischen Tabakregie hat für männlichen Pflinglinge der städtischen Humanitätsanstalten <sup>210.000</sup> Stück Zigaretten verschiedener Sorten unentgeltlich und 450.000 Stück zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt. Der Gemeinderat hat den Spendern den Dank ausgesprochen.

.....  
Kein Sondertarif auf der Linie 47. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für die städtischen Unternehmungen wurde ein Antrag der Endstation der Linie 46 in der Maroltingergasse bis zur Heilstätte Steinhof führt, in das Tarifgebiet I einbezogen werden soll. Die Strecke der Linie 47 von der Maroltingergasse in Ottakring bis zur Endstation bei der Heilstätte Steinhof in Hietzing, hat nur zwei Haltestellen und für diese kurze Strecke müssen die Fahrgäste 600 K bezahlen. Die Wagen der Linie 47 werden zumeist von Personen benützt, die ihre Familienangehörigen in der Heilstätte besuchen. Diese Linie dient nicht, so wie andere Linien den Bedürfnissen der Ausflügler und es wird daher als eine Härte betrachtet, wenn für diese kurze Strecke separat Fahrgeld zu bezahlen ist. Der Unternehmungsausschuß hat diesen Antrag angenommen und am Freitag wird der Gemeinderat darüber beraten.

.....

Subventionen der Gemeinde. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses wurde der Gesellschaft zur Herausgabe der Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich, eine gegenüber dem Vorjahre erhöhte Subvention von 15 Millionen bewilligt. Ferner wurde dem „Verein für Geschichte der Stadt Wien“ eine Subvention von 5 Millionen gewährt.

Eine 400 Millionen-Subvention der Gemeinde für die Wiener Messe.

Nach einem Referat des G.R. Broczyner hat der Finanzausschuss heute der Wiener Messe A.G. eine Subvention von 400 Millionen bewilligt, die insbesondere für Propagandazwecke verwendet werden soll. Die für die Frühjahrsmesse gewährte Subvention von 250 Millionen ist mit Rücksicht auf die herrschende wirtschaftliche Depression erhöht worden, da diesmal grössere Anstrengungen notwendig sind, um die Wiener Messe zu einem vollem Erfolge zu führen. Ausserdem bietet die Reichsausstellung in London eine besonders günstige Gelegenheit, mit der Propaganda Angehörige von Ländern zu erfassen, die als Abnehmer der Wiener Luxus- und Geschmacksindustrie in Betracht kommen. Dank der erhöhten Subvention der Gemeinde werden nun auf allen auf den englischen Kolonien nach England verkehrenden Schiffen Broschüren in englischer Sprache über Wien und die Wiener Messe verteilt werden, ferner werden in Nord- und Südamerika Broschüren und Prospekte, die gleichfalls im Zusammenhange mit der Wiener Messe Wien behandeln, und die in 23 Sprachen verfasst sind, auf Schiffen und in Eisenbahnwagen aufliegen. Da die Wiener Messe bisher immer alle Erwartungen erfüllt hat, so ist auch diesmal zu hoffen, dass die grosszügige Propaganda im Herbst eine erhöhte Zahl von Fremden nach Wien bringen wird.

Gleichbleibender Zinsfuss bei Instandhaltungskrediten für Wohnhäuser.

Bekanntlich hat die Centralsparkassa der Gemeinde Wien mit Unterstützung der Gemeinde eine Aktion unternommen, um den Besitzern von Kleinwohnhäusern zur Instandhaltung ihrer Häuser einen Kredit zu gewähren. Die Gemeinde hatte 20 Milliarden für diesen Zweck bewilligt. Als Zinsfuss war ein mit 3% über dem jeweiligen Diskontsatz der Nationalbank hinausgehender Satz bestimmt worden. Obgleich die Nationalbank ihre Bankrate jetzt von 12% auf 15% erhöht hat, wurde in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses auf Antrag des G.R. Broczyner einstimmig beschlossen, bei dem bisherigen Zinssatz von 12% zu verbleiben, sofern die anderen Sozialversicherungsanstalten, die für diesen Zweck Einlagen zur Verfügung gestellt haben, an dem seinerzeit bestimmten Zinsfuss festhalten. Es werden also höchstwahrscheinlich auch weiterhin für die Instandhaltung von Häusern Kredite zu 12% Prozent Zinsen plus 1/4% Regiespesen für 1/4 Jahr zu erhalten sein. Bei dieser Gelegenheit wurden auch verschiedene Massnahmen beschlossen, um Erleichterungen bei der Bewilligung und Auszahlung der Kredite durchzuführen. So werden die Nebengebühren wie die Schätzungskosten eine wesentliche Herabsetzung erfahren, es wird auch dafür gesorgt werden, dass die Erledigung der Ansuchen mit grösster Beschleunigung vor sich gehe, schliesslich dass sofort nach der Bewilligung des Kredites auch dessen Auszahlung erfolge und nicht mehr wie bisher erst im Verlaufe und nach Vollendung der Reparaturen. Freilich muss da strenge darauf geachtet werden, dass derartige Kredite wirklich für den vorgesehenen Zweck verwendet werden, Zuwiderhandelnde hätten mit der sofortigen Einstellung des Kredites, der rücksichtslosesten Eintreibung der ausgefolgten Raten und überdiess einem entsprechend höheren Strafsatz in der Verzinsung zu rechnen. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, dass sich bisher keine Gelegenheit zu einem diesbezüglichen Einschreiten gegeben hat. Hingegen war der Referent genötigt festzustellen, dass trotz der ausserordentlichen Billigkeit dieser Instandhaltungskredite die Ansuchen um solche nicht in der erwarteten Zahl eingelaufen sind. Man hatte, als man die Aktion

in Angriff nahm, erwartet, dass sich sogleich 900 bis 1000 Bewerber melden würden, es sind bis heute nur ca. 250 Ansuchen bewilligungsreif. Es scheint sich vorläufig wenigstens nicht das notwendige Einvernehmen zwischen Hausbesitzern und Mietern bezüglich der Bezahlung der Zinsen vollzogen zu haben, was im Interesse der Instandhaltung der Häuser zu bedauern ist. Die Gemeinde hat die Hausbesitzerorganisationen auf die mannigfachen Vorteile, besonders auf die Billigkeit dieser Institution aufmerksam gemacht, ein diebezüglicher Hinweis ist auch schon im Organ der Hausbesitzer erschienen. Es ist zu hoffen, dass sich Mieter und Hausbesitzer diese Kreditaktion in reicheren Ausmasse als bisher benützen werden.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 24. Juni 1924.

Die Wiener Theater- und Musikausstellung. Im September und Oktober wird in den Räumen des historischen Museums der Stadt Wien von der Direktion der städtischen Sammlungen eine Ausstellung veranstaltet, die einerseits dem volkstümlichen Wiener Theater der letzten 150 Jahre und andererseits der ernsten Musik von Anton Bruckner bis zur Gegenwart gewidmet sein wird. Der Kern der Ausstellung wird aus den Beständen der städtischen Sammlungen gebildet werden, zu denen noch Leihgaben aus dem Besitze privater Sammler, sowie anderer öffentlicher Institute dazukommen. Entsprechend dem Charakter der städtischen Sammlungen wird die spezifisch wienerische Note in der Ausstellung besonders hervortreten. Was die Theaterausstellung betrifft, so soll hier das volkstümliche Theater Wien von etwa 1780 bis zur jüngsten Gegenwart zur Darstellung gelangen. Es wurde gerade das volkstümliche Theater gewählt, weil in ihm mehr als beim ernsten Drama oder bei der Oper der wienerische Charakter deutlich wird. So wird im wesentlichen die wienerische Theaterkultur des alten Theaters an der Wien, des Josefstädtertheater, des Leopoldstädter Theaters und anderer kleinerer Theater mit Raimund und Nestroy, mit den Schauspielern Treumann, Scholz, Grois, Carl an der Spitze den Ausgangspunkt der Darstellung bilden, dann die ersten Anfänge des späteren Volksstückes (Kaiser, Anton Langer, Elmar) und schliesslich als Höhepunkt der Entwicklung Anzengruber. Bei der besonderen Stellung, die die Operette in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts im Wiener Theaterleben einnimmt, soll in der Ausstellung zum erstenmal versucht werden, auch die Entwicklung dieser Kunstgattung von Suppé, Millöcker und Strauß angefangen bis Lehár zu zeigen, wobei schauspielerische Erscheinungen wie Gallmayer, Girardi, Niese u.s.w. ihren gebührenden Platz finden werden. Ferner werden die Nachfolger Anzengruber im Volksstück, die volkstümlichen Vorstellungen Deutschen Volkstheater, die ersten Anfänge des Arbeiter-Dramas bei Werkmann, Philipp Langmann u.s.w. im Rahmen der Ausstellung behandelt und damit der Begriff des Volksstümlichen im Theaterwesen Wiens in Autoren und Darstellern und nicht zum wenigsten in einem Publikum erläutert werden. Im ganzen wird die Ausstellung zirka 30 Wiener Theater des 19. Jahrhunderts mit ihren Direktoren, Schauspielern, Kapellmeistern, Dichtern und Komponisten umfassen und etwa 600 bis 1000 Nummern und zwar Porträts, fotografische Ansichten, Szenebilder, Theaterzettel, charakteristische Drucke, Witzblätter, Manuskripte und Briefe enthalten. Die Musikausstellung knüpft an die 100. Wiederkehr des Geburtstages Anton Bruckners (9. September 1924) an, deren ja auch im Rahmen des Theater- und Musikfestes durch die große Aufführung einer Messe des Meisters gedacht wird. So wird der ideelle Mittelpunkt der musikalischen Ausstellung Bruckner sein und ein Bild musikalischen Schaffens in Wien seit Bruckner, also ungefähr der letzten 50 Jahre, geboten werden. Die Lebensgeschichte des Meisters selbst, die erst in ihrer zweiten Hälfte im Wiener Boden wurzelt, macht es notwendig, daß zu dem, was aus den städtischen Sammlungen, aus der Nationalbibliothek, aus der Bibliothek der Gesellschaft der Musikfreunde und des Wagnervereins in dieser Hinsicht herbeigeschafft werden kann, auch noch Material aus Linz, St. Florian, Kremsmünster, Wels, Steyr, Vöcklabruck zur Verwendung gelangen, dessen Ueberlassung bereits gesichert ist. Der übrige Teil der Ausstellung wird sich um die führenden Gestalten der „Wiener Moderne“ wie Brahms, Mahler, Strauß und Schönberg gruppieren. Johann Strauß wird in diese Ausstellung nicht den ihm gebührenden überragenden Platz erhalten, da eine besondere Ausstellung, die nur diesem Meister und seiner Zeit gewidmet sein soll, für das nächste Jahr, in dem die 100. Wiederkehr seines Geburtstages gefeiert werden wird, geplant.

Entfallende Sprechstunde. Donnerstag, den 26. Juni entfällt die Sprechstunde des städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Kokrda wegen dienstlicher Verhinderung.

Die Arbeiten an den Wasserkraftwerken in der Zeit vom 1. Februar bis 30. April. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses legte Referent Professor Fränkel den zehnten Vierteljahresbericht der Wasserkraftwerke A.G. für die Zeit vom 1. Februar bis 30. April vor. Dem Berichte ist der überaus günstige Fortschritt der Arbeiten zu ersehen, daß die Hoffnung zuläßt, daß noch in diesem Jahre aus den Opponitzer Werken der elektrische Strom nach Wien geleitet werden wird. Im Baulose I der Opponitzer Werke sind von der 3696 Meter langen Stollenstrecke bereits 99.2% auf das volle Profil gebracht. Von dem 4093 Meter Stollen des Bauloses II sind 88.1% vorgetrieben, im Baulose III sind die Stollenausmauerungsarbeiten nahezu beendet. Von den 753 Masten der gesamten Fernleitung Opponitz-Wien sind 719 Masten (95%) in der Werkstätte fertiggestellt und 581 Masten (77%) bereits aufgestellt. Mit den Bauarbeiten für das Unterwerk Floridsdorf wurde begonnen, ferner wurde auch an der zu errichtenden Schaltstation Gresten, welche den Zusammenschluß der Leitung von Opponitz, vom Wasserleitungskraftwerk Gaming und vom Partenstein ermöglichen sollen, gearbeitet. Die Installationsarbeiten im Wasserleitungskraftwerk, die im Februar und März durch Schnee und Frost stark beeinträchtigt waren, nähern sich dem Ende. Die Verhandlungen mit den Grundbesitzern, deren Grundstücke in Anspruch genommen werden müssen, sind abgeschlossen, die notwendigen Grundstücke käuflich erworben. Der Geldbedarf im abgelaufenen Vierteljahr war durch die Fertigstellungsarbeiten am Opponitzer Werk durch Hinausgabe der letzten großen Bestellungen dieses Werkes, sowie durch die nunmehr im vollen Zuge befindlichen Arbeiten am Wasserleitungskraftwerk sehr bedeutend. Dank der von der Gemeinde getroffenen Vorsorge stand das Kapital wie bisher im vollen Ausmaß zur Verfügung. Die Gesamtanlagekosten einschliesslich Integularzinsen und Wagnerschlag betragen 168 Milliarden Kronen, wozu kommen für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1924 die Bausauslagen mit 60 Milliarden Kronen und die Anzahlungen für noch nicht errechnete Lieferungen und Arbeiten mit 16.5 Milliarden Kronen, so daß insgesamt bis zum 30. April die Anlagekosten 244.5 Milliarden Kronen betragen, von denen 200 Milliarden Kronen mit der Gemeinde abgerechnet wurden.

Flügelkonzert im Schloßhof in Schönbrunn. Samstag, den 28. Juni 1924 findet um 5 Uhr nachmittags im Schloßhofe von Schönbrunn ein Flügelhorn-Konzert statt, welches von dem durch seinen Flügelhornvortrag im Löwenkäfig berühmt gewordenen Professor Dr. Max Sostaric abgehalten wird. Außerdem Mitwirkung zweier erstklassiger Musikkapellen. Eintrittskarten á 3000 Kronen an der Kassa. Ein eventueller Reinertrag fließt den Armen der Bezirke XII, XIII, XIV. und XV zu.

Wien, Mittwoch, den 25. Juni 1924.

Die Eröffnung der Floridsdorfer Brücke. Heute vormittag fand die feierliche Uebergabe der neuen Floridsdorfer Brücke an die Gemeinde Wien statt.

Auf dem festlich mit den Fahnen Oesterreichs, des Landes Niederösterreichs, der Stadt Wien und der Donauregulierungskommission (in blaues Kreuz auf weißem Grunde) geschmückten Platz vor der Bauleitung (Bände fanden sich Bundesminister Dr. Schürff, Bürgermeister Seitz, der Präsident der Donau- die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss regulierungskommission Nationalrat Sever, die Stadträte Breitner, Kokrda, Siegel, Speiser und Weber, Landeshauptmann Dr. Buresch und Landeshauptmannstellvertreter Christoph, sowie zahlreiche Funktionäre des Bundes und der Gemeinde ein. Nachdem Strombaudirektor Brandl im Namen der Baudirektion der Donauregulierungskommission die erschienenen Gäste begrüßt und von der Fertigstellung der Brücke die offizielle Meldung erstattet hatte, ergriff Bundesminister Dr. Schürff das Wort und erinnerte daran, daß es gerade 50 Jahre her sei, daß die erste Floridsdorfer Brücke dem Verkehre übergeben würde. An Stelle jener alten Brücke wurde nun eine neue hingesezt, die von außerordentlicher Bedeutung für den Verkehr und für die Zukunft von Wien sein wird, ein neues Bindemittel zwischen dem südlich und dem nordlich der Donau gelegenen Teile der Stadt. Die Donauregulierungskommission hat mit der Errichtung der alten Brücke seinerzeit sozusagen ihre Tätigkeit begonnen und nunmehr beschließt sie ihre große ruhmvolle Tätigkeit, mit der Errichtung dieser neuen Brücke. Der Bau dieser Brücke ist nicht bloß eine lokale Tat, die für die Bewohner dieser Stadtteile von Nutzen ist, sie ist ein Beweis unserer technischen Leistungsfähigkeit. Der Minister dankte schließlich allen, die lange Zeit hindurch an der Spitze dieses großartigen Werkes gestanden sind und es bis zum Ende geführt haben, vor allem dem Leiter der Arbeiten Sektions- und chef Ingenieur Reich dem Strombaudirektor Brandl und ihren sonstigen Mitarbeitern. Er gedachte dann jener Mitarbeiter an diesem Werke, die an der Ueberwindung der ungeheuren Hemmnisse und Schwierigkeiten mitätig waren, der Unternehmungen, die sich an der Erbauung beteiligt hatten und sprach Worte des Gedenkens für diejenigen, die im Dienste der Arbeit gefallen waren. Schliesslich richtete er an den Bürgermeister die Bitte, dieses schöne Denkmal

in das Eigentum der Gemeinde Wien zu übernehmen. Hier- auf ergriff Bürgermeister Seitz das Wort und erklärte, daß die Gemeinde Wien gerne die neueröffnete Brücke in ihre Obhut übernehme. „Es sind jetzt 20 Jahre her, daß die damaligen Sachwalter der Gemeinde Wien ihr Augenmerk nach dem Nordosten, nach jenen Donaufergemeinden richteten, denen durch den damals projektierten Donau-Oderkanal eine neue und große Zukunft in Entwicklung zu einem Industrieemporium in Aussicht stand. Die damaligen Sachwalter der Gemeinde Wien erklärten, sich die Steuerquellen einer solchen neuen Industriestadt nicht entgehen lassen zu wollen, die Eingemeindung sei notwendig. Der Widerstand, der sich gegen diesen Plan erhob, mußte durch viele Versprechungen beschwichtigt werden, wie die neuer Verkehrswege, der Errichtung eines neuen Krankenhauses und auch durch das Versprechen, daß diese Brücke neu ausgebaut werden würde. Die Meinungen waren erregt, es gab nicht wenig heftige Kämpfe. Wenn wir heute auf all dies zurückblicken, können wir uns eines Lächelns nicht enthalten. Im Grunde ist alles anders geworden. Der Donau-Oderkanal wurde nicht gebaut, aber dafür haben wir die Genugtuung, daß wir nicht mehr für unseren Kohlenbedarf ungeheurer Zufuhren aus dem Auslande bedürfen, sondern daß die Gemeinde Wien 60 Prozent ihres gesamten Kraftbedarfes durch die von ihr selbst geschaffenen Wasserkraftwerke in kürzester Zeit gedeckt haben wird. Es ist auch dadurch anders geworden, daß der Krieg den Bau der Brücke hemmte und daß es längerer Zeit, als man je vermutet hatte, brauchte, bis man sie dem Verkehre übergeben konnte. Es ist auch anders geworden in politischer Hinsicht und die Donaufergemeinden, die vor 20 Jahren ihre Freiheit bedroht wähnten, können heute mit Befriedigung konstatieren, daß sie zusammen mit der ganzen Stadt Wien in der freien Verwaltung des Volkes stehen, daß sie nichts eingebüßt haben. Diese neue Stadt, die wir hier am andern Ufer der Donau sich entwickeln sehen, war nicht nur bedingt durch die Aussicht auf billige Kohlenfracht, sondern auch durch die ganze Eigenart dieses Geländes. Es ist selbstverständlich, daß die Entwicklung der

Industrie nach den weiten Geländen des Nordostens geht. Schon dürfen wir sagen: Wien liegt nicht mehr an der Donau, sondern die Donau durchzieht Wien. Ein Teil ist das Wien der Wohngebiete und ein Teil das Wien der Industriegelände. Die Donauregulierungskommission hat sich durch die Durchführung dieses Werkes ein ungeheures Verdienst erworben. Der Bürgermeister dankte dem Bundesminister, der der verantwortliche Leiter der Donauregulierungskommission ist und allen seinen Mitarbeitern, insbesondere dem Sektionschef Reich und allen die sich an dem Werk beteiligt hatten. Er gedachte vor allem der vier Menschenleben, die dieses Werk gekostet hat, der vier Arbeiter, die ihr Leben lassen mußten im Kampfe gegen Naturgewalten, im Kampfe für eine große kulturelle Errungenschaft. Diese Märtyrer und Pioniere werden in unserer Erinnerung bleiben, solange die Quadern dieser Brücke stehen. Ich danke allen jenen, die hier mitgearbeitet haben, sei es als Techniker, sei es als geistige Leiter, sei es als Handarbeiter für das Werk, das sie aufrichtig geholfen haben und das die beiden Arbeitsteile unserer Stadt für ewig miteinander verbinden soll. Diese machtvolle Brücke mit ihren Quadern und eisernen Verbindungen soll das Sinnbild sein für die mauerfeste Solidarität und für die ewige Verbindung der Donaufergemeinden mit der alten Stadt Wien, das Sinnbild der Solidarität, die beide Teile dieser Stadt zu einer großen Industriegemeinde verbindet. Dieses Wien hat durch Jahrhunderte getrotzt den Fährnissen des Kriege, des Hasses und auch denen mancher wirtschaftlicher Entwicklungen. Aber es hat sich immer wieder behauptet, nicht bloß dank seiner natürlichen Lage, sondern auch, weil es durch die außerordentlichen Anlagen seines Volkes berufen ist, für immer ein Zentrum der Industrie, des Gewerbes und des Handels, ein Emperium geistiger und manueller Arbeit zu bleiben.

Die Anwesenden nahmen diese Worte des Bürgermeisters mit stürmischen Applaus auf. Nunmehr begab sich Bürgermeister Seitz mit Bundesminister Dr. Schürff, Sektionschef Reich und Ministerialrat Ing. Gelze in Begleitung der anderen erschienenen Gäste zur Brücke selbst, die er eingehend besichtigte.

Das Generalprojekt für den Umbau der alten Franz Josefsbrücke wurde in der Plenarsitzung der Donauregulierungskommission am 28. Februar 1912 in Beratung gezogen und mit Stimmeneinheit genehmigt. Die Kosten waren auf 12 Millionen Kronen präliminiert, zu denen die Gemeinde Wien vier Millionen beizutragen beschlossen. Die Vorarbeiten zum Umbau der Brücke wurden am 17. April 1913 begonnen, die eigentlichen Bauarbeiten am 25. Mai in Angriff genommen. Die feierliche Grundsteinlegung fand am 28. Juni 1923 statt.

Die Brücke wurde unter möglichster Benützung des bestehenden Unterbaues der alten Brücke in einer allen modernen Anforderungen entsprechendem Weise umgebaut, wobei, dank einem eigenartigen, hier zum erstenmale angewendeten Montageverfahrens der Verkehr auf der alten Brücke ohne jede Unterbrechung abgewickelt werden konnte. Die Länge der gesamten Brückenanlage beträgt ohne Hinzurechnung der Brigittenuerrampe 846.42 m und besteht aus der Kalbrücke mit einer Länge von 85.70 m, welche durch vollwandige Bögen mit Zugbändern überspannt werden, insgesamt also 334.80 m und der auf 12 Feldern bestehenden Inundationsbrücke mit einer Gesamtlänge von 426.37 m. Die Breite der Brücke beträgt 24 m, wovon 13.8 m auf die Fahrbahn entfallen. Die Tragfähigkeit der neuen Brücke entspricht einer Menschenlast von 460 kg/m<sup>2</sup>, einer Belastung durch Lastwagen bis 28 t Gesamtgewicht und jener durch Wagen der elektrischen Strassenbahn mit Gewichten bis 32 t. Die Bauzeit sollte ursprünglich bis zur Mitte des Jahres 1916 reichen. Die Konstruktionsunterkante der Strebbrücke liegt 3.47 m über dem höchsten bisher bekannten Wasserspiegel des Donauhochwasser vom Jahre 1501. Die Kosten des Umbaues der Brücke, die ursprünglich mit 12 Millionen Kronen veranschlagt war, wurden infolge des Krieges bedeutend überschritten und betragen ca. 7.910.000.000 Kronen. An bedeutenderen Zwischenfällen beim Bau der Brücke ist der Absturz des Kaisens des Pfeilers XV erwähnenswert, der am 25. September 1913 erfolgte, durch den jedoch die Bauarbeiten keine Verzögerung erfuhren, da die Arbeitsdispositionen geändert und an anderen Kaisens weiter gearbeitet wurde. Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich in der Nacht vom 1. auf den 2. Jänner 1922, in der ein erkanter Sturm den Montagekran des flusaufwärtigen Begenträgers des ersten Strebfeldes vom linken Ufer aus gerechnet, diesen umwarf. In beiden Fällen war jedoch nur Sachschaden, kein Verlust an Menschenleben zu verzeichnen. Hingegen verliefen vier tödlich. Unglücksfälle am Bau

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H e n a y

Wien, Mittwoch, den 25. Juni 1924.      Abendausgabe.

.....  
Schwimmlehrcurs der Gemeinde Wien. In den letzten Jahren hat die Gemeinde Wien durch weitgehende Eintrittspreisermäßigungen und durch die Ausgabe von zahlreichen Freikarten die städtischen Bäder der Schuljugend geöffnet. Um den regelmäßigen und systematischen Schwimmunterricht in den städtischen Schulen einzuführen, wurde im laufenden Schuljahr zur Heranbildung von Schwimmlehrern ein für die Teilnehmer völlig unentgeltlicher Kurs für Volks- und Bürgerschullehrer veranstaltet. Derselbe wurde vom Stadtschulrat in der Zeit vom 27. Februar bis 7. Mai l. J. im Hallenbad in Wien V., durchgeführt und war durchschnittlich von 52 Lehrpersonen besucht. Er wird voraussichtlich im nächsten Schuljahre wiederholt werden, so daß sich Wien auch auf diesem Gebiete der körperlichen Erziehung anderen europäischen Ländern, in denen wie z. B. in den nordischen Staaten das Schwimmen der Schuljugend verbindlicher Unterrichtsgegenstand ist, an die Seite stellen kann.

.....  
Für den Fuhrwerksverkehr.

Absperrung eines Teiles der Währingerstrasse. Mit Rücksicht auf die Durchführung der Holzstöckelneupflasterung in der Währingerstrasse im IX. Bezirk wird diese Strasse in der Strecke von der Schwarzspanierstrasse bis zur Lackierergasse für den Fuhrwerks durchzugsverkehr vom Montag, den 30. Juni 1924 an abgesperrt.

.....  
Jubilare der Ehe. Stadtrat Speiser überreichte in Vertretung des Bürgermeisters den goldenen Hochzeitspaaren Wenzel und Anna Berek, XX., Traustrasse 42, Karl und Josefa Henneis, XIX., Langackergasse 25 und Anton und Franziska Rieser, XII., Edelsinngasse 58 die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

.....  
Kein Abbau des Piaristengymnasiums. Der Stadtschulrat für Wien teilt mit, daß die Gerüchte von einem beabsichtigten Abbau des Bundesgymnasiums Wien, VIII., (ehemaliges Piaristengymnasium) vollständig unbegründet sind.

.....

Zehntausend neue Wohnungen im Jahre 1925.Mitteilungen des amtsführenden Stadtrates Weber über die Vergebung der Wohnungen.

Dienstag nachmittags berichtete amtsführender Stadtrat Weber im Gemeinderatsausschuß für Sozialpolitik und Wohnungswesen, dem auch die Mitglieder der Wohnungskommission beiwohnten, über die Tätigkeit des Wohnungsamtes im Jahre 1923, über den gegenwärtigen Stand der Wohnungssuchenden und über die dem Wohnungsamt im Jahre 1924 zur Verfügung stehenden Wohnungen. Einleitend gab der Referent einen Ueberblick über den Wohnungsmarkt im Jahre 1923. In diesem Jahre wurden 6014 Wohnungen und Wohnräume rechtskräftig angefordert. Da im Jahre 1922 die Zahl der angeforderten rechtskräftigen Wohnungen 9622 betrug, ergibt sich ein Rückgang von 3608 Wohnungen und Wohnräume, der auf die bedeutende Verschlechterung des am 1. Jänner 1923 wirksam gewordenen Wohnungsanforderungsgesetzes zurückzuführen ist. Es sind vor allem die Ausmerzung des Anforderungsgrundes wegen beabsichtigter Aufgabe der Wohnung, aber auch die Verschlechterung der Bestimmungen über die Anforderbarkeit von Doppelwohnungen und Untervermietungen, die den gewaltigen Rückgang verursachen. Von den im Jahre 1923 rechtskräftig angeforderten 6014 Wohnungen und Wohnräumen entfallen auf Kleinwohnungen (Zimmer, Kabinett) 3319, auf Mittelwohnungen (drei Wohnräume) 705, auf große Mittelwohnungen (vier Wohnräume) 236, auf Großwohnungen mit mehr als vier Wohnräumen 132 und auf Einzelwohnräume 1622 Zuweisungen. Von den im Jahre 1923 fertig gestellten Wohnungen in den Neubauten der Gemeinde wurden 1323 noch im selben Jahre zugewiesen, so daß im Jahre 1923 insgesamt 7337 Wohnungen vergeben worden sind. Im Jahre 1923 wurden 10.391 Wohnungstausch- und Umschreibungsansuchen bewilligt. Die Zahl der Wohnungssuchenden, die mit I qualifiziert worden sind, war am 1. Juli 23.450.

Nicht uninteressant ist eine Zusammenstellung des Wohnungsamtes über die Gründe der Vormerkungen. So erfolgte die Einreihung in die Klasse I in 3337 Fällen wegen gerichtlicher Kündigung der Hauptmieter und in 2663 Fällen der Untermieter, ferner sind als Bettgeher 6716 Personen vorgemerkt, wegen Raummangel aus berücksichtigungswürdigen beruflichen Gründen sind 554, wegen Ueberbelag der Wohnung 5493, wegen Gesundheitschädlichkeit der Wohnung 1190, wegen Unbewohnbarkeit der Wohnung 1895 und wegen getrennten Haushalt 3602 Wohnungssuchende vorgemerkt.

Stadtrat Weber gab ferner einen Ueberblick über die Wohnungszuweisungen im Jahre 1924 und teilte die Richtlinien über die Vergebung der in diesem Jahre dem Wohnungsamt zur Verfügung stehenden Wohnungen mit. Es werden wahrscheinlich von den gegenwärtig in Bau befindlichen 9000 Wohnungen ungefähr vier- bis fünftausend noch im Jahre 1924 zugewiesen werden können. Das Wohnbauprogramm für das Jahr 1925, das ursprünglich nur 5000 Wohnungen umfasste, wird auf 10.000 Wohnungen erhöht. Die dazu erforderlichen umfangreichen Vorarbeiten sind bereits im vollen Gang. Ferner werden schätzungsweise rund 2000 Wohnungen durch die Anforderung erfasst werden, so daß im Jahre 1924 insgesamt sechs- bis siebentausend in der Klasse I vorgemerkte Wohnungssuchende untergebracht werden können.

Bei der Zuweisung dieser Wohnungen werden zunächst die allerdringendsten Fälle berücksichtigt. Vor allem müssen die als „Notstandsfälle“ bezeichneten Parteien, die ohne eigenes Verschulden wegen Eigenbedarf gerichtlich gekündigt wurden und bereits delogiert sind, ferner jene Parteien, die sich in baufälligen Wohnungen befinden, untergebracht werden. Das Wohnungsamt hat bekanntlich im Jahre 1922 auch eine Kontingentliste geführt, in die seit mehr als einem Jahre keine Neueintragen mehr erfolgen. Alle noch in der Kontingentliste enthaltenen Wohnungssuchenden werden in der nächsten Zeit befriedigt werden. Es sind das mit den Notstandsfällen rund 3000 Wohnungssuchende. Darüber hinaus werden die Zuweisungen nach der Dringlichkeit des Falles, tunlichst nach der Reihenfolge der Vormerkung in der Gruppe I erfolgen, soweit nicht zwingende Gründe, wie etwa Notstandsfälle und plötzlich auftretende Baufälligkeit

von Wohnungen und andere dringende Ursachen eine Zuweisung außerhalb der Reihenfolge notwendig machen. Da zunächst die allerdringendsten Fälle untergebracht werden müssen, ist es unbedingt notwendig, den Wohnungstausch, der vielfach für die Wohnungen in den Neubauten der Gemeinde angestrebt wird, auf das Äußerste einzuschränken. Nur wenn sehr zwingende Gründe, wie etwa sehr weite Entfernungen vom Arbeitsort, Krankheit und wichtige Gründe der Existenz vorliegen, kann ein solcher Tausch bewilligt werden. Aber auch hier ist die unbedingte Voraussetzung, daß die bisherige Wohnung des Tauschwerbers dem Wohnungsamt in beziehbarem, reinem Zustand und untermietfrei ohne Anforderung zur Verfügung gestellt wird.

Nach Unterbringung der allerdringlichsten Fälle, was in nicht allzu ferner Zeit möglich sein wird, werden die Tauschbedingungen wesentlich gemildert werden. Gegenwärtig sind aber alle Ansuchen um Bewilligung eines solchen Tausches für die Wohnungen in Neubauten, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, vollständig zwecklos.

Es muß auch ausdrücklich aufmerksam gemacht werden, daß nur jene Wohnungssuchenden eine Wohnung in den Neubauten der Gemeinde erhalten können, die in Wien heimatsberechtigt sind und hier seit 1. August 1914 anwesend waren.

Nach diesen Richtlinien wird nunmehr vom Wohnungsamt eine Zuweisungsliste vorbereitet. Ueber die Zuweisung selbst entscheiden die Senate der Wohnungskommission, die bekanntlich aus gewählten Funktionären bestehen und unter dem Vorsitz eines Gemeinderates tagen. Damit ist die volle Gewähr für die objektive Behandlung der Zuweisungen gesichert. Ueberdies werden alle Zuweisungen, so wie bisher im amtlichen Wohnungstauschanzeiger veröffentlicht, so daß die Oeffentlichkeit genau unterrichtet ist. Die Bautätigkeit der Gemeinde Wien hat die Anmeldung von Wohnungssuchenden stark vermehrt. Es wurde auch vielfach der Wunsch ausgesprochen, daß man die Bedingungen über die Vormerkungen mildern soll. Davon kann aber jetzt keine Rede sein. Nach wie vor muß mit dem vorhandenen und mit dem neuwachsenden Wohnraum äußerst wirtschaftlich verfahren werden. Erst nach Vollendung eines großen Teiles des Wohnbauprogramms der Gemeinde werden Erleichterungen möglich sein.

Schließlich gab amtsführender Stadtrat Weber der Hoffnung Ausdruck, daß durch das günstige Fortschreiten des städtischen Wohnbauprogramms allmählich für die Wohnungssuchenden die schwerste Zeit vorübergehen wird. Er müsse bei dieser Gelegenheit auch darauf aufmerksam machen, daß in der letzten Zeit versucht wird, die Not der Wohnungssuchenden aus unlauteren Beweggründen für egoistische Zwecke auszunützen. Es gelingt leider noch immer gewissenlosen Menschen Wohnungssuchenden vorzutäuschen, daß sie vermöge „ihrer Beziehungen zum Wohnungsamt“ oder durch Geldleistungen dank ihrer „Verbindungen mit Beamten und Funktionären“ des Wohnungsamtes Hilfe zu bringen vermögen. Soweit dem Wohnungsamt solche gewissenlose Menschen bekannt werden, die derart die Not der Wohnungssuchenden für ihre egoistischen Zwecke mißbrauchen, wird ihnen das Betreten des Wohnungsamtes untersagt. Interventionen in Wohnungsangelegenheiten dürfen keine wie immer geartete Bevorzugung hervorrufen. Für die Entscheidungen sind ausschließlich nur die objektiven von den Parteien selbst angeführten und amtlich erhobenen Tatsachen maßgebend. Wer den Wohnungssuchenden etwas anderes einzureden versucht, hat bestimmt dunkle Absichten. Das Wohnungsamt warnt alle Wohnungssuchenden vor angeblichen „Freunden und selbstlosen Helfern“ und kann nur raten, alle Personen, die sich unter irgend einem Vorwand herandrängen, als Schwindler abzuweisen und für den Fall, daß eine Geldleistung verlangt wird, sofort anhalten zu lassen. Nur so können sich Wohnungssuchende vor schweren Schaden bewahren und kann das Wohnungsamt seine schwierige Aufgabe bewältigen. An diesen Bericht knüpfte sich eine ausführliche Debatte, nach der die Richtlinien und Ausführungen des amtsführenden Stadtrates für das Wohnungswesen zur Kenntnis genommen wurden.

tausend Bänke für die Wiener Gärten. Die öffentlichen Gartenanlagen

Wiens weisen wieder eine Besucherzahl auf, die sogar die vor dem Kriege bei weitem übertrifft. Die bisherige Zahl der Gartenbänke genügt deshalb nicht, und sowohl das Aufsichtspersonal <sup>wie</sup> die ständigen Besucher von Gartenanlagen richteten zu wiederholten Malen an die Gemeindeverwaltung Ansuchen um Beistellung weiterer Gartenbänke. Es gab deren in Wien vor dem Kriege rund 6400. Bis Ende 1922 sank dieser Stand durch Abnutzung und Zerstörung auf 4800 Stück, wurde jedoch von da bis Mitte Mai des l. J. auf 6000 gehoben. Im Februar hatte bereits der technische Ausschuss des Gemeinderates die Anschaffung von tausend Gartenbänken genehmigt, so daß in zwei bis drei Wochen ein Stand von 7000 Gartenbänken in Wien zu verzeichnen sein wird. Aber auch diese Zahl genügt noch nicht, besonders da seit 1914 <sup>sieben</sup> neue Gartenanlagen (III., Erdbergerlände, XVII., Stöberplatz, XII., Johann Hoffmannplatz, XVI., Erweiterung des Stillfriedplatzes, X., Waldmüllerpark, XVIII., Währingerpark, XXI., Floridsdorfer- und Donauefelderfriedhof) zu den bisherigen Gartenanlagen hinzugekommen sind. Daher wird in der freitägigen Gemeinderatssitzung die Anschaffung von weiteren tausend Gartenbänken beantragt werden. Die Kosten solcher schmiedeeisener Bänke mit Eichenholzbelag stellen sich auf 780 Millionen Kronen.

Wettbewerb für Blumenschmuck an Fenstern, Balkonen und Geschäftsportalen.

In seiner morgigen Sitzung wird der Gemeinderat über eine Kreditbewilligung von 50 Millionen Kronen zu bestimmen haben, die für die Veranstaltung eines Wettbewerbes für Blumenschmuck in Wien bestimmt sind. Die Stadtverwaltung will damit die Bevölkerung Wiens zur Blumenausschmückung von Fenstern, Balkonen und Geschäftsportalen im geschlossenen Stadtgebiete aneifern. Ueber die Durchführung des Wettbewerbes wird ein Komitee zu entscheiden haben, in das sechs vom Gemeinderat gewählte Mitglieder und drei vom Bürgermeister bestimmte Vertreter des Magistrats entsendet werden. Dem Preisgericht, das die Verteilung der Preise und Diplome durchzuführen haben wird, werden außer diesen Komiteemitgliedern noch zwei Vertreter der Aktion „Schmückt euer Heim mit Blumen“ angehören.

Ausschreibung von Leiterstellen an fachlichen Fortbildungsschulen. Mit

Beginn des Schuljahres 1924/25 kommen die Leiterstellen an den nachfolgenden fachlichen Fortbildungsschulen zur Besetzung: 1.) Bäcker, XIV., Sechshausenstrasse 71, (Unterrichtszeit Dienstag, Freitag 2 bis 6 Uhr), 2.) Kleidermacher, XII., Neuwallgasse 26 (Unterrichtszeit Montag, Dienstag 2 bis 6 Uhr), 3.) Kleidermacher XVII., Geblergasse 31 (Unterrichtszeit Montag, Dienstag 2 bis 6 Uhr), 4.) Kleidermacherinnen, V., Castelligasse 25 (Unterrichtszeit Montag, Mittwoch 2 bis 6 Uhr), 5.) Kleidermacherinnen, X., Erlachgasse 91 (Unterrichtszeit Montag, Dienstag 2 bis 6 Uhr), 6.) Kleidermacherinnen, IX., Galileigasse 3 (Unterrichtszeit Montag, Mittwoch 2 bis 6 Uhr), 7.) Kleidermacherinnen, XV., Friedrichsplatz 5 (Unterrichtszeit Montag, Mittwoch 2 bis 6 Uhr), 8.) Kleidermacherinnen, XVIII., Anastasius Grüngasse 10 (Unterrichtszeit Montag, Mittwoch 2 bis 6 Uhr), 9.) Kupferschmiede, VI., Mollardgasse 87 (Unterrichtszeit Montag 8 bis 12, 2 bis 6), 10.) Schlosser, XVIII., Cottagegasse 17 (Unterrichtszeit Montag, Freitag 2 bis 6), 11.) Schuhmacher, XVII., Kastnergasse 29 (Unterrichtszeit Montag, Dienstag 2 bis 6), 12.) Wäschewarenerzeugerinnen, XIV., Herbststrasse 86 (Unterrichtszeit Montag, Mittwoch 2 bis 6). Als Endtermin für die Einbringung der Gesuche wird der 31. Juli 1924 festgesetzt. Bemerkt wird, daß nur solche Bewerber für die Verleihung der Stellen in Betracht kommen, die mit Rücksicht auf ihren Hauptberuf auch tatsächlich in der Lage sind, zu den für die betreffende Fortbildungsschule festgesetzten Unterrichtszeiten anwesend zu sein. Die Bewerber haben die vorschriftsmäßig gestempelten Gesuche (Gesuchstempel zu 2000 K, Beilagenstempel zu 400 K) beim Fortbildungsschulrate für Wien, VI., Mollardgasse 87 einzubringen.

Neue Telefonnummern des Stadtschulrates. Die bisherigen Nummern des Stadt-

schulrates für Wien 39-309, 33-4-64, 35-077 werden ab 30. Juni 1924 auf die Seriennummer 39-5-75 umgeschaltet. Der Stadtschulrat ist daher während der Amtsstunden (täglich von 8 bis 3 Uhr, Samstag von 8 bis 2 Uhr) unter dieser Nummer erreichbar. Von 3 Uhr nachmittags (bezw. Samstag von 2 Uhr nachmittags) an ist das Präsidium des Stadtschulrates unter der Nummer 39-5-77 erreichbar.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur

Karl H o n a y

Wien, 26. Juni 1924

Abendausgabe

-----

Gemeinde Wien und Allgemeine Depositenbank. Die „Rathauskorrespondenz“ schreibt: Entgegen den vielfachen ~~XXXXXXXXXX~~ Sensationsmeldungen über Riesensummen, die angeblich von der Gemeinde Wien bei der Allgemeinen Depositenbank eingelegt worden und nun gefährdet sind, sei Folgendes festgestellt: Das Guthaben der Gemeinde bei der Allgemeinen Depositenbank beträgt 78 Millionen (nicht etwa Milliarden) Kronen und ist durch eine von der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft übernommene Haftung vollkommen sichergestellt. Die Verbindung mit der Allgemeinen Depositenbank wurde noch von der früheren Gemeindeverwaltung durch Beteiligung an der von der Depositenbank geführten Vonviller Dampfzählen A.G. und Silesia A.G. eröffnet. Die <sup>erfolgte</sup> Belassung des vorerwähnten geringfügiger Betrages über besonderes Ansuchen des im Mai bestellten neuen Vorstandes, der von dem beabsichtigten gänzlichen Abbruch der <sup>Verbindung</sup> die nicht unbekannt geblieben wäre, einen sehr ungünstigen Eindruck und eine Gefährdung der damals für gesichert gehaltenen Sanierung der Bank befürchtete. Diesem eindringlichst vorgebrachten Wunsche wurde wohl entsprochen, doch hat sich die Gemeinde durch eine von der Niederösterreichischen Escomptegesellschaft geleistete Bürgschaft vor dem Verluste auch dieses kleinen Betrages bewahrt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 27. Juni 1924.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 27. Juni 1924.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 5 Uhr nachmittags und hält, während das Haus sich erhebt, folgende Ansprache:

Wenige Bahnstunden von Wien hat sich gestern ein furchtbares Unglück ereignet. In Hart in Niederösterreich sind schwere Menschenopfer gefallen. Es ist das erstmal in der Republik Österreichs, daß wir einen so furchtbaren Unglücksfall zu beklagen haben, daß sich an Märtyrern der Arbeit, ein trauriges Proletarierschicksal, erfüllt. Wir gedenken nicht nur in tiefer Trauer dieser Opfer selbst, sondern wir gedenken auch ihrer Hinterbliebenen, der Frauen, der Mütter und Väter der Verunglückten, der verlesenen Kinder und wir können aus diesem furchtbaren Unglück nur wieder auf neue die Lehre ziehen, daß es Pflicht aller verantwortlichen Organe ist, alles daranzusetzen, um das Menschenleben vor solchen Unfällen zu schützen, alle Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die möglich sind und daher notwendig sind.

Es wird hierauf ein großer Teil der Tagesordnung ohne Referat genehmigt. So der zehnte Vierteljahresbericht der WAG für die Zeit vom 1. Februar bis 30. April 1924, ein ige Grundankäufe auf der Landstrasse Alsergrund, Inzersdorf, Hirschstetten, ein Grundtausch in Oberlaa und der Ankauf eines Hauses im Burgenland durch die Direktion der Braunkohlenbergbaugewerkschaft Zillingdorf. Die Subvention für Propagandazwecke der Wiener Herbstmesse in der Höhe von 400 Millionen Kronen, sowie Subventionen an die Gesellschaft zur Herausgabe der Denkmäler der Tonkunst von fünfzehn und an den Verein zur Geschichte der Stadt Wien von fünf Millionen Kronen, werden gleichfalls ohne Referat bewilligt. Auch die Anträge der Strassenbahndirektion wegen der Umgestaltung der Zufahrtsgleise zum Strassenbahnhof Währing mit einem Kostenbetrag von 790 Millionen Kronen, der zweigleisige Ausbau der Strassenbahnlinie Triesterstrasse von der Gudrunstrasse bis zur Troststrasse mit einem Kostenaufwand von 1200 Millionen Kronen werden ohne Wortmeldung genehmigt. Schliesslich erteilte der Gemeinderat seine Zustimmung zur Erhöhung der Kosten für die Ausgestaltung der Kinderübernahmestelle in der Ayrenhoffgasse um 5.17 Milliarden Kronen und genehmigte eine Abänderung des Voranschlages für die Erziehungsanstalt in Eggenburg, einen Betrag von 300 Millionen Kronen für die Kanalisierung der Kindererholungsstätte auf dem Laaerberg, die Ausgestaltung einer Anlage im Gaswerk Leopoldau mit einem Aufwand von 850 Millionen Kronen, die Pflasterung des Schuhmeierplatzes in Ottakring mit Holzstöckel, die Umpflasterung der Fahrbahn auf der Brücke über dem Hauptzollamtsbahnhof, den Umbau des Kanals in der Lindengasse von der Neubaugasse bis zur Zieglergasse mit einem Aufwand von 410 Millionen Kronen.

Stadtrat Richter referiert dann über ein neues Uebereinkommen mit der Post- und Telegrafverwaltung über die Benützung des öffentlichen Gutes. Das Uebereinkommen ist das Ergebnis sehr langwieriger Verhandlungen, an denen von beiden Seiten die besten Fachleute teilgenommen haben. Das Uebereinkommen stellt einen Mittelweg dar.

Der Antrag des Referenten auf Genehmigung des Uebereinkommens wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Broczyner referiert über die Festsetzung des Zinsfußes für die Einlage der Gemeinde Wien bei der Zentralsparkasse zur Förderung der Gewährung von Instandsetzungskrediten für Kleinwohnungshäuser. Der Gemeinderat hat am 4. April beschlossen, daß 20 Milliarden zur Gewährung amortisabler Darlehen zur Instandsetzung von Kleinwohnungshäusern zur Verfügung gestellt werden. Die Verzinsung wurde mit drei Prozent über die jeweilige Bankrate festgesetzt. Am 5. Juni hat nun die Nationalbank die Bankrate von neun auf zwölf Prozent erhöht. Es hätte also auch der Zinsfuß für diese Darlehen automatisch von dreizehn auf sechzehn Prozent erhöht werden müssen. Es soll dies aber nicht geschehen und es wird beantragt, den alten Zinsfuß zu belassen, wenn auch die Sozialver-

sicherungsinstitute, die ebenfalls einen Betrag von zehn Milliarden Kronen überwiesen haben, zustimmen. Das Einvernehmen mit diesen Instituten ist bereits gepflogen worden und es wurde zugesichert, daß sie sich dem Antrag der Gemeinde anschließen werden. Leider ist die Inanspruchnahme dieser Kredite sehr minimal. Bis jetzt sind erst 276 Ansuchen vorgelegt worden und stellt sich der durchschnittliche Kredit für ein Haus auf 38 Millionen Kronen, so daß mit dem bereitstehenden Betrag 788 Häuser repariert werden könnten. Es soll öffentlich aufmerksam gemacht werden, daß durch diese Kredite eine Instandsetzung von Wohnhäusern zu wirklich annehmbaren Bedingungen erfolgt und daher ein lebhafterer Zuspruch erwünscht ist. Es werden jetzt auch die Kredite sofort nach der Bewilligung ausgezahlt.

GR. Doppler (chr. soz.): Wenn die Aussendung der Rathauskorrespondenz über diese Angelegenheit so sachlich gewesen wäre, als das Referat, dann hätte ich mich nicht zum Wort melden müssen. Die Korrespondenz hat nämlich mitgeteilt, daß die Nationalbank die Bankrate auf 15 Prozent erhöht hätte, während in Wirklichkeit dies unrichtig ist und nur eine Erhöhung auf 12 Prozent, wie der Referent auch berichtet hat, erfolgt ist.

GR. Broczyner: Vielleicht war das nicht richtig ausgedrückt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien verweisen, die in den letzten Monaten einen bedeutend erhöhten Einlagestand verzeichnet. So ist im Monat Mai ein Zuwachs der Einlagen von mehr als 20 Milliarden und im Monat Juni von weiteren ungefähr 12 Milliarden erfolgt. Es hängt dies zweifellos damit zusammen, daß dieses Institut sich von allen Spekulationen fern gehalten hat und die Gemeinde Wien die Haftung für alle Einlagen übernimmt.

GR. Fischer <sup>Hermann</sup> referiert über die Einbeziehung der Strassenbahnlinie 47 in den Tarif I des Strassenbahnnetzes, so daß der Sonderfahrpreis von 700 Kronen für diese Teilstrecke aufgelassen wird. Diese Maßnahme soll mit dem 15. Juli in Kraft treten und ist insbesondere wegen der zahlreichen dort ansässigen Siedler für die Bevölkerung wichtig.

GR. Doppler (chr. soz.) nimmt diesen Antrag zum Anlaß, um noch einmal für die Errichtung eines Zonentarifes im Strassenbahnnetz zu plädieren. Redner stellt den Antrag, daß für diese kurze Fahrstrecke nur ein Personentarif von 700 K eingehoben werde, daß aber Personen, die mit der Strassenbahn über diese Strecke hinausfahren den allgemeinen Preis einer Strassenbahnfahrt zahlen. Ferner erinnert er an einen ähnlichen seinerzeit von ihm gestellten Antrag bezüglich der Strecke Inzersdorferstrasse-Triesterstrasse, den er neuerdings zur Beschlußfassung vorlegt.

GR. Fischer Hermann spricht sich gegen diese Anträge aus, weil dadurch das ganze Tarifsysteem durchlöchert würde.

Die Referentenanträge werden angenommen, die Anträge des GR. Doppler abgelehnt.

GR. Iser referiert über den Antrag, daß für einen von der Gemeinde Wien veranstalteten Wettbewerb für Blumenschmuck an Fenstern, Balkonen und Geschäftsportalen 50 Millionen Kronen aus dem Ertragnis der Kleingartenausstellung überwiesen werde.

GR. Ullreich (chr. soz.) ist mit diesem Antrage einverstanden, erinnert aber daran, daß, als die frühere Gemeindeverwaltung einen solchen Wettbewerb veranstaltet hatte, sie von der damaligen Minorität und ihrer Presse heftig angegriffen wurde. Redner wünscht ferner, daß der notwendige Betrag von 50 Millionen nicht aus den Erträgen der Kleingartenausstellung genommen werde, die ausschliesslich für Kleingärtner zu verwenden seien, sondern aus den Gemeindemitteln, und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

GR. Iser erwidert, daß zwischen dem Wirken der früheren Gemeinderatsverwaltung und der gegenwärtigen, doch ein großer Unterschied bestehe. Er brauche da bloß an die Maßnahmen bezüglich der Wohnungsfrage zu erinnern. Ueberdies sei der verlangte Betrag verhältnismäßig geringfügig und werde auch nicht aus den Gemeindemitteln genommen. Redner spricht sich gegen den Antrag des Gemeinderates Ullreich aus, weil die Erträge der Kleingartenausstellung ausdrücklich für solche Zwecke vorbehalten sind und schließlich die angeforderte Summe zum größeren Teile wenigstens doch wieder den Kleingärtnern zugute kommen werden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen dürfe für derartige Zwecke aus allgemeinen Mitteln kein Geld genommen werden.

Die Anträge des Referenten werden angenommen, der Abänderungsantrag Ullreich wird abgelehnt.

GR. Iser referiert über die Anschaffung von 1000 Stück neuen Gartenbänken, deren Kosten sich auf 780 Millionen Kronen belaufen.

GR. Doppler (chr. soz.) ist mit diesem Antrag einverstanden, glaubt sich aber zu erinnern, daß im Sondervoranschlag bereits für diese Post eine größere Summe eingesetzt ist, und wünscht zu wissen ob die Anschaffung der Gartenbänke, die hier jetzt beantragt wird, mit der früher geplanten Anschaffung identisch ist. Ferner wünscht Redner die Berücksichtigung der Grünanlagen im XVII. Bezirk bei der Verteilung der Gartenbänke.

GR. Iser erklärt, daß die jetzt geforderten 780 Millionen für die Anschaffung von 1009 Gartenbänken und daß die im Sondervoranschlag vorgesehenen Gartenbänke bereits angeschafft wurden und in zwei Wochen etwa zur Aufstellung gelangen. Ferner verspricht Redner, die Berücksichtigungen aller Wünsche des GR. Doppler.

Die Referentenanträge werden hierauf angenommen.

GR. Jenschik referiert über die Umwandlung eines Belagheimes im Lainzer Versorgungshaus in einen Krankenpavillon, wozu ein Kostenbetrag von drei Milliarden Kronen erforderlich ist.

GR. Stöger (chr. soz.) beschwert sich, daß Hin- und Hershiebungen zahlreiche Pfleglinge des Versorgungshauses Lainz stattfindet. Der Referent möge dahin wirken, daß auch die heutige Verwaltung von Lainz als ein Ruhmeskapitel der Gemeindeverwaltung bezeichnet werde, wie dies unter der früheren Mehrheit der Fall war und daß das Versorgungshaus Lainz seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben werde.

GR. Jenschik erklärt die Vorwürfe des Vorredners als absolut unbegründet. Es sei vollkommen unrichtig, daß mit den Pfleglingen hin- und hergeschoben werde. Die Zahl der Ehepavillons werde durch die beantragte Umwandlung in keiner Weise vermindert.

Die Referentenanträge werden angenommen.

GR. Michal referiert über den Bau eines Büro- und Werkstättengebäudes für das Büro für Leitungsanlagen und einer Garage für die Oberbauwerkstätte der städtischen Strassenbahnen im XIII. Bezirk. Die Baukosten betragen 5200 Millionen Kronen.

GR. Kunschak (chr. soz.) erklärt, daß dieses Referat mit größter Vorsicht aufzunehmen sei. Im Finanzausschuß habe er gefragt, woher man den Betrag von 1600 Millionen Kronen für die Baukosten der geplanten 16 Wohnungen hernehmen wolle und er habe die Antwort erhalten, daß dies aus der Wohnbausteuer geschehen werde. Dagegen habe er Verwahrung eingelegt, denn die Wohnbausteuer sei für gemeinnützige Wohnzwecke bestimmt. In dem Antrag des Finanzausschusses wurde gesagt, daß diese 1600 Millionen nur vorschussweise von den Strassenbahnen zur Verfügung gestellt werden. In dem heute vorliegenden Antrag ist nun das Wort vorschussweise weggeblieben. Ich frage also, ob es sich hier um ein Versehen der Kanzlei handelt oder ob ganz einfach ohne jeden Beschluß eine solche Streichung vorgenommen worden ist. Wenn das letztere richtig ist, so wäre das eine Vergewaltigung des Finanzausschusses. Auf jeden Fall ist Aufklärung unbedingt notwendig und wenn sie jetzt nicht gegeben werden kann, dann beantrage ich die Rückverweisung an den Stadtsenat.

GR. Michal sagt, daß mit dem Wohnungsamt wegen der Beistellung dieses Betrages aus den Mitteln der Wohnbausteuer verhandelt wurde. Die Strassenbahnen haben wohl damit gerechnet, daß sie diese Kosten, wenn das Wohnungsamt ablehnt, aus Betriebsmitteln decken müssen. Schliesslich wird ja dem Wohnungsmarkt neuer Wohnraum zugeführt, da die Leute, die dort die neuen Wohnungen beziehen, ihre gegenwärtigen Wohnräume freigeben.

GR. Kunschak: Durch die Erklärungen des Referenten sind die Dinge nichts weniger als klar gestellt. Ich bin ganz damit einverstanden, wenn jetzt beschlossen wird, daß die Strassenbahn diese 1600 Millionen leistet. Aber dann gibt es kein Verhandeln mit dem Wohnungsamt und da uns hier ein anderer Antrag vorliegt, als der vom Stadtsenat beschlossene, so beantrage ich die Rückverweisung.

VB. Emmerling teilt mit, daß er im Interesse der Strassenbahnen gewünscht hätte, wenn dieser Betrag, für den ja Wohnungen geschaffen werden, aus der Wohnbausteuer gedeckt worden wäre. Ich stimme mit der Auffas-

sung des Gemeinderates Kunschak überein, daß nach dem vorliegenden Antrag die Strassenbahn diesen Betrag zahlen muß.

GR. Kunschak berichtigt tatsächlich, daß es sich hier um einen anderen Antrag handelt, als er vom Finanzausschuß und Stadtsenat beschlossen worden ist. Er bittet den Vorsitzenden im Sinne der Geschäftsordnung den Gegenstand rückzuverweisen.

Vorsitzender VB. Hoss erklärt, daß ihm nicht erinnerlich sei, daß im Stadtsenat ein Abänderungsantrag gestellt wurde, weshalb er diesen Gegenstand von der Tagesordnung absetze.

GR. Müller (Soz. Dem.) berichtet über den Umbau der Kanäle in der Erenkelstrasse und auf dem Stillfriedplatz in Ottakring. Der Kanal liegt sehr seicht und ist mit Ratten bevölkert, weshalb diese Arbeit, die einen Aufwand von 533 Millionen Kronen erfordert, unbedingt durchgeführt werden muß.

GR. Huber (chr. soz.) führt aus, daß dieser Kanal nicht erst jetzt so schlecht geworden ist, sondern schon längst hätte gerichtet werden müssen. Er führt weiters darüber Klage, daß man in der Kandlerstrasse wegen der Pflasterung das Wasser abgesperrt habe, wodurch dort unhaltbare Verhältnisse eingetreten sind, die nun schon drei Monate dauern. Es sind dort Holzlagerplätze und eine Schmierfabrik, die bei einem Feuer nun ohne Wasser sein würden. Es wäre doch möglich, daß zuerst die Wasserleitungsrohre <sup>gelegt</sup> und dann erst die Strassenpflasterung durchgeführt wird.

GR. Müller antwortet, daß er die Beschwerden überprüfen lassen werde und wenn sie berechtigt sind, auf eine rasche Abstellung drängen wird. Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

GR. Schorsch beantragt den Bau einer Wagenhalle der städtischen Strassenbahnen samt Nebengebäuden auf dem Platze des ehemaligen Heu- und Stroßmarktes an der Linzerstrasse in Rudolfsheim. Die Kosten stellen sich einschliesslich der erforderlichen Gleisanlagen auf 9600 Millionen Kronen.

GR. Huber (chr. soz.) beschwert sich darüber, daß in dieser Angelegenheit der Gemeinderatsausschuß für Ernährungsangelegenheiten nicht gehört wurde. Auf diesem Platze befindet sich eine große Zahl von Markthütten, die doch anderwärts untergebracht werden müssen und der erwähnte Gemeinderatsausschuß hat ein Recht darüber zu entscheiden. Es ist auch unmöglich, daß wir hier mehr als sieben Milliarden bewilligen, ohne zu sehen, was dortgebaut wird. Durch diesen Bau, wird das Schloß Schönbrunn arg beeinträchtigt. Ich beantrage daher, daß die Vorlage rückverwiesen und neuerdings unter Beiziehung des Gemeinderatsausschusses für Ernährungsangelegenheiten durchberaten wird.

GR. Schorsch erklärt, daß die Baupläne aufliegen und mit den Besitzern der Hütten bereits Vereinbarungen bestehen, die ihnen anderwärts Plätze sichern. Mit dem Gemeinderatsausschuß für Ernährungsangelegenheiten habe die Sache gar nichts zu tun, da ja der Heumarkt längst überflüssig geworden ist und daher auch auf die Hütteldorferstrasse verlegt wurde.

Es wird hierauf der Referentenantrag unverändert angenommen.

StR. Professor Tandler beantragt für den Betrieb der Tagesheimstätten in Favoriten und in Ottakring einen Betrag von 629.4 Millionen Kronen zu gewähren. Die Gemeinde hat diese beiden Tagesheimstätten kürzlich übernommen und sind bedeutende Umbauten notwendig. Durch den starken Besuch muß auch neues Personal eingestellt werden.

GR. Binder (chr. soz.) teilt mit, daß der Verein Societas auf der Landstrasse in den Häusern gesammelt hat, ohne auf den Sammelbögen anzuführen, daß es sich um einen sozialdemokratischen Parteiverein handle. Damit wurde eine Irreführung in der Bevölkerung begangen. Dieser Verein hat auch im Fürsorgeinstitut der Landstrasse seinen Sitz, was ebenfalls irreführend wirkt, da die Leute glauben, daß es sich um eine amtliche Stelle handle. Schliesslich ersucht Redner, daß den Insassen des Grundarmenhauses in der Rochusgasse die verlangten Badekarten endlich ausgefolgt werden und daß diesen alten Leuten ein Mittagstisch geboten werden möge.

Der Referent erklärt, daß es sich bei dieser Sammlung um die Association der Fotografen gehandelt hat, die einzelne Häuser fotografierte und aus dem Erlöse des Verkaufes dieser Fotografien der Société einen sehr kleinen Betrag zuwendete. Dieser Verein ist auch nicht im offiziellen Fürsorgeinstitut untergebracht, sondern im zweiten Stock und steht in gar keiner räumlichen Verbindung mit der Fürsorgeabteilung der Gemeinde. Die Angelegenheit der Insassen im Grundarmenhaus in der Hochgasse werde untersucht werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

StR. Speiser referiert über eine Aenderung der Mitgliederzahl der gemeinderätlichen Personalkommission, in die vom Gemeinderat 12 Mitglieder und vom Verband der Gemeindeangestellten 11 Mitglieder zu entsenden seien.

GR. Hohaubek (chr. soz.) erklärt neuerdings die Klage vorbringen zu müssen, daß zur Interessenvertretung der Angestellten immer nur der Verband der städtischen Angestellten herangezogen werde. Bekanntlich gebe es auch eine Gewerkschaft christlicher Angestellte und diese habe auch eine Sektion der Gemeindeangestellten. Während der Proporz bei der Personalvertretung in den städtischen Unternehmungen Anwendung finde, sei dies bei der gemeinderätlichen Kommission nicht der Fall. Solange der Verband der städtischen Angestellten eine unpolitische Organisation war, sei gegen dessen alleinige Heranziehung nichts einzuwenden gewesen. Jetzt aber sei eine ausgesprochen sozialdemokratische Organisation, deren Obmann als sozialdemokratischer Nationalrat kandidiert hat. Der vorliegende Antrag des Referenten sei ein Hohn auf die Demokratie. Der Geist der in der Personalkommission herrsche, ist nicht unpolitisch. Da gäbe es wiederholt strafweise Verletzungen, denen man freilich den Mantel dienstlicher Rücksicht umhänge. Der Redner erinnert an den typischen Fall des Schulwartes Stalzer, ferner an verschiedene vorzeitige Pensionierungen, Prämierungen und an den Fall eines Laufburschen, der plötzlich zum Vizevorstand avanciert sei. Die Frau eines Strassenbahners, der sieben Jahre in der Gemeinde gedient und im Kriege in Przemysl gefallen ist, könne keine Pension erhalten, obwohl man wisse, wie knauserig die Invalidenentschädigungskommission sei. Redner stellt schliesslich den Änderungsantrag, daß zur Wahl von Mitgliedern in die gemeinderätliche Personalkommission nicht bloß der Verband der Angestellten der Gemeinde, sondern alle Angestelltenorganisationen berechtigt seien.

StR. Speiser erklärt, daß sein Antrag, den der Vorredner einen Hohn auf die Demokratie genannt habe, die Wiederholung eines Antrages aus dem Jahre 1919 sei, den der damalige Referent für die neue Dienstordnung Vaugoin gestellt hat. (Hört! Hört! bei den Parteigenossen).

StR. Rummelhardt (Damals hat eine christliche Gewerkschaft noch nicht existiert).

StR. Speiser: Wenn ein Hohn auf die Demokratie vorliegt, so ist das von dem jetzigen Heeresminister ausgegangen (Lebhafte Beifall bei den Parteigenossen). Wenn der Vorredner gefunden hat, daß der Geist in der Personalkommission nicht der richtige ist, so möge er ihm wenigstens bei den Mitgliedern ändern, auf die er Einfluß hat, nämlich bei den von der Minderheit entsendeten Gemeinderäten. Was die strafweise vorgenommenen Versetzungen betrifft, so gehen diese überhaupt nichts die Personalkommission an. Der Vorredner habe auch wieder den Fall des Schulwartes Stalzer erwähnt, und da müsse neuerdings konstatiert werden, daß von einer der Minderheit nahestehenden Seite, dieser Mann als Verstandeskrank erklärt worden ist. Versetzungen finden in vielen hundert Fällen statt und es sei eine Unerhörte Wehleidigkeit bei den Versetzungen, die ihrer Zahl nach im starken Gegensatz zu dem stehen, was auf dem Gebiete der Personalpolitik in früheren Zeiten verübt wurde, gleich über Parteilichkeit zu schimpfen. (Beifall bei der Mehrheit). Es ist nicht möglich, daß jeder, der der christlichsozialen Organisation nahe steht, deshalb gegen jede Versetzung gewahrt ist und daß er überhaupt aus diesem Grunde ein Privilegium für sich in Anspruch nimmt. (Sehr gut!) Man hat gesagt, vor dem Kriege war der Verband der Angestellten der Gemeinde eine unpolitische Organisation. Nun, vor dem Kriege hat es überhaupt keinen Verband der städtischen Angestellten gegeben, weil ein solcher Verband der Angestellten in diesem Hause verboten war (Unruhe bei der

der Minderheit) und weil sich nur ein Beamtenverein hat bilden dürfen, der allerdings keine Angestelltenorganisation war, sondern bloß Mitglieder von Zeit zu Zeit und nicht allzu oft in den berühmten schwarzen Rücken und mit Zylindern sich im Vorzimmer des Bürgermeisters einfinden durften.

GR. Kunschak: Gehen Sie jetzt mit aufgestreckten Hemdärmeln zum Bürgermeister?

StR. Speiser: Jedenfalls sind jetzt keine schwarzen Bratenröcke vorgeschrieben. Aber ich will damit nur den Unterschied zwischen dem Verein vor dem Kriege und der Organisation der Angestellten der Gemeinde jetzt kennzeichnen. Es wurde auch gesagt, daß dieser Verband ausgesprochen sozialdemokratische Vereinigung ist. Das ist mir nicht bekannt. (Zwischenrufe bei der Mehrheit) Wie soll ich annehmen, daß der Verband eine ausgesprochen sozialdemokratische Organisation ist, wenn von den sechs Mitgliedern des Präsidiums einer ein christlichsozialer Bezirksrat ist. (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Solche Argumente schlagen sich wohl selber. Gemeinderat Hohaubek hat gerügt, daß einige Mitglieder aus der gewerkschaftlichen Leitung es in Gemeindediensten zu Stellungen gebracht haben. In dieser Verallgemeinerung ist diese Behauptung falsch. Außerdem kann man doch nicht zugeben, daß jede Betätigung an dem gewerkschaftlichen Leben damit bestraft werden soll, daß der Betreffende in seiner dienstlichen Stellung nicht weiter kommen kann. (Beifall bei der Mehrheit). Wenn dies der Fall wäre, so müßte sich jeder aktive Mensch hüten, einen solchen Posten anzunehmen, an dem er außerhalb seiner Dienststunden für seine Kollegen Arbeit verrichtet. Es wurde auch von vorzeitigen Pensionierungen gesprochen. Das klingt hier im Saale wie die Melodie der Münchhausentrompete. Es werden Sachen geblasen, die jahrelang vorüber sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß jede Gemeinderatsverwaltung, die in leitenden Stellung stehen, ein gewisses gesichertes Vertsaufen haben muß. Ergeben sich Differenzen, so ist es vom Standpunkt der Gemeindeverwaltung wie der leitenden Beamten besser, daß mit solchen Pensionierungen vorgegangen sind, die übrigens in früheren Zeiten sehr stark üblich waren. Wie kann man aber heute von frühzeitigen Pensionierungen sprechen, wo doch die herrschende Partei des Bundes Leute in Rudeln in die frühzeitigen Pensionierungen schickt. (Lebhafte Unruhe bei der Minderheit, stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

GR. Doppler (chr. soz.): Das ist Demagogie! Das ist Ihrer unwürdig!

StR. Speiser: Es ist Demagogie, daß die Partei, die die Eisenbahner zu hunderten in die Pension schickt, hier im Saale über drei oder vier Fälle die in Wien vorgefallen sind, Klage führt. Das ist Demagogie. (Stürmischer Beifall bei den Parteigenossen). Der Herr Gemeinderat Hohaubek hat auch den Fall einer Frau erwähnt, deren Mann im Kriege gefallen ist und für die eine ausgiebige Pension von der Gemeinde verlangt, weil das Vorgehen der Invalidenentschädigungskommission bekannt sind. Solche Frauen genügend zu unterstützen, wäre die heilige Verpflichtung des Staates, des Bundes, der Rechtsnachfolger derjenigen ist, die diesen Krieg begonnen haben. (Lebhafte Unruhe bei der Minderheit). Statt daß die Herrn, die der Frau helfen wollen, sich an den Bund wenden, kommen sie hier und stellen uns Forderungen. Das ist Demagogie! (Stürmische Zufufe der Minderheit).

GR. Doppler: Hetzreden vom Referententisch! Ist das der richtige Ton am Referententisch?

Bürgermeister Seitz: Wenn so viele Zwischenrufe erfolgen, so wird jeder Zwischenruf gegenstandslos, weil ihn niemand hört. Ich möchte raten, sich in den Zwischenrufen auf ein gewisses Maß zu beschränken, das den Zwischenruf erst parlamentarisch wirksam macht. Sonst hört man nur ein wüstes Geschrei, aber keine Zwischenrufe. Ich möchte die Herren, die Zwischenrufe machen, einladen, ein wenig das Gesetz der Oekonomie der Kräfte zu beachten (Lebhafte Heiterkeit).

StR. Speiser: Soll sich mich als Referent angreifen lassen und nicht auch das Recht haben darauf mit Tatsachen zu antworten, auch wenn die Tatsachen richtig sind und daß sie unangenehm wirken. Es wurde mit von der Karriere eines Laufburschen vom Vorstandstellvertreter gesprochen. Nun, dieser Mann war vor etwa 15 Jahren Laufbursche und hat jene Karriere gemacht, die viele Laufburschen machen, die sich als tüchtig erweisen, in den Beamtenstand versetzt werden und dann allerdings oft die vorgeschriebene Pünze

der Matura und Handelsschule aufrücken. Dieser Laufbursche ist heute 32 bis 35 Jahre alt. Diese Blütenlese aus dem Strauß des Herrn GR. Holsaubek ist ein Beweis dafür, daß die Dinge nicht so sind, wie er sie dargestellt hat und daß die Angriffe auf die jetzige Gemeindeverwaltung auf die angebliche Parteilichkeit nicht zutreffen. Redner bittet um Annahme seiner Anträge und Ablehnung aller anderen Abänderungsanträge. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Nachdem die Anträge im Sinne des Referenten angenommen wurde, schliesst der Bürgermeister die Sitzung um 9 Uhr.

.....

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 27. Juni 1924. Abendausgabe

.....  
Das Ergebnis der Wiener Lehrerwahlen. Heute fanden die Wahlen der Wiener Lehrerschaft für den Stadtschulrat statt. Es wurden 6507 gültige Stimmen abgegeben, was gegenüber der letzten Wahl im November 1923 einen Rückgang um 106 Stimmen bedeutet. Die Liste des Zentralvereins der freien Lehrerschaft erhielt 2586 Stimmen und verzeichnet gegenüber der Wahl im vergangenen Jahr einen Zuwachs von 241 Stimmen. Die Liste der Unabhängigen Lehrerschaft, die sich aus dem Wiener Lehrerverein, dem Verein der Lehrer und Schulfreunde, dem katholischen Lehrerverein, dem Verein der katholischen Lehrerinnen und Erzieherinnen, dem christlich-deutschen Lehrerverein und dem Verein der katholischen Handarbeitslehrerinnen zusammensetzte, erhielt 3921 Stimmen und hat gegenüber der Wahl im Jahre 1923 einen Verlust von 347 Stimmen zu verzeichnen. In den Stadtschulrat wurden vom Zentralverein Theodor Neumann, Else Hofmann, Hans Winter und Melanie Burger gewählt. Auf die Liste der Unabhängigen Lehrerschaft entfielen sechs Mandate. Gewählt wurden: Josef Untermüller (Wiener Lehrerverein), Marie Tomicek (Verein katholischer Lehrerinnen und Erzieherinnen), Otto Rishawy (Verein der Lehrer und Schulfreunde), Paul Reidl (Wiener Lehrerverein), Franz Peter (katholischer Lehrerverein) und Anna Podirski (Verein der katholischen Handarbeitslehrerinnen). Von den zwei Mandaten in die Qualifikationskommission erhielt eines der Zentralverein. Gewählt wurde August Witak, der zweite Mandat entfiel auf die Liste der Unabhängigen Lehrerschaft. Gewählt wurde Alfred Feichtigger (katholischer Lehrerverein). Auf die Liste des Verbandes der Schulleiter, für die Disziplinarkommission entfielen alle drei Mandate. Gewählt wurden die Mitglieder des Zentralvereins Theodor Diesner, Eugenie Koppitz und Emil Bild. In die Disziplinarkommission der Bürgerschullehrer- und Lehrerinnen wurden vom Zentralverein Robert Kub, von der Unabhängigen Lehrerschaft Max Herbert (Wiener Lehrerverein) und Leopoldine Jungwirth (Verein der katholischen Lehrerinnen und Erzieherinnen). In die Disziplinarkommission der Volksschullehrer- und Lehrerinnen wurden vom Zentralverein Hans Winter, von der Unabhängigen Lehrerschaft Anton Hirschensauer (Verein der Lehrer und Schulfreunde) und Fritz Peter (katholischer Lehrerverein) gewählt. In die Disziplinarkommission der Handarbeitslehrerinnen wurden vom Zentralverein Melanie Burger (Fachverein der Handarbeitslehrerinnen) und vom Verein der katholischen Handarbeitslehrerinnen Anna Podirski und Marie Weczera gewählt. Die Religionslehrer der drei Konfessionen hatten jede nur eine Liste aufgestellt. Es entfiel daher die Wahl und vorgeschlagenen Kandidaten erscheinen gewählt.

.....

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 28. Juni 1924.

.....  
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat versammelt sich am Freitag um 5 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung.

.....  
Ärztliche Untersuchung für die erholungsbedürftige Jugend. Lehrlinge und Lehrmädchen, sowie jugendliche Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, die einer Krankenkasse angehören, die dem Verbands der Krankenkassen Oesterreichs angeschlossen ist und ein Erholungsheim der Lehrlingsfürsorgeaktion aufsuchen wollen, müssen sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen. Vom 1. Juli an finden diese Untersuchungen im Verbandsheim VI., Königsegggasse 10 jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 5 bis 6 Uhr abends statt. Dort sind auch Anmeldebogen erhältlich.

.....  
Entfallende Sprechstunden. Am Montag entfällt die Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten Stadtrat Breitner. Die Sprechstunde des städtischen Baureferenten Stadtrat Siegel entfällt bis 10. Juli wegen dienstlicher Verhinderung.

.....  
Der Wein im Rathauskeller. Am Mittwoch wurde im niederösterreichischen Landtag behauptet, daß im Wiener Rathauskeller nur Weinsorten verkauft werden, die von einer Gesellschaft „Emo“ stammen. Es wird festgestellt, daß diese Behauptung unrichtig ist. Die Wiener Rathauskellerkommission bezieht den Wein ausschliesslich von niederösterreichischen Weinbauern.

.....

